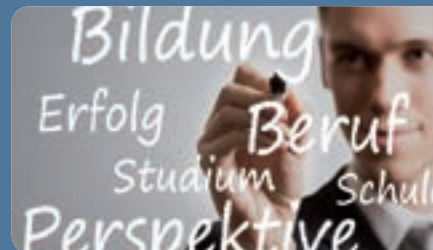


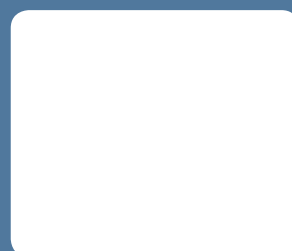
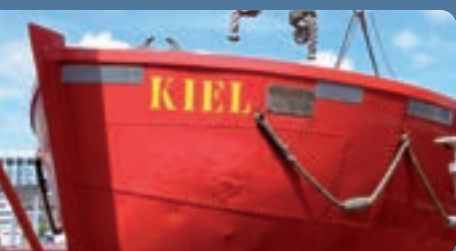


Bildungsbericht 2013

Übergang Schule-Beruf



Bildungsregion **Kiel**



Landes-
hauptstadt Kiel



Herausgeberin

Landeshauptstadt Kiel
Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport
Rathaus, Fleethörn 9
D-24103 Kiel

Verantwortlich

Stadtrat Adolf-Martin Möller
Telefon: 0431 901-3004
Fax: 0431 901-63023
E-Mail: A.Moeller@kiel.de

Annika Poppenborg, Bildungsmanagement
Telefon: 0431 901-3188
Fax: 0431 901-63023
E-Mail: Annika.Poppenborg@kiel.de

Verfasserinnen und Verfasser

Annika Poppenborg, Renate Treutel (Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen)
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsbüros der Landeshauptstadt Kiel
Der Bildungsbericht wurde verfasst mit freundlicher Unterstützung des Jobcenters Kiel,
der Agentur für Arbeit Kiel und dem Schulamt Kiel.

Redaktion

Annika Poppenborg, unter Mitarbeit von Larissa Henkelmann

Deckblattgestaltung

zuckerguss Werbeagentur, Kiel

Titelmotive

Landeshauptstadt Kiel/Bodo Quante, Torbz – Fotolia.com, elsone /photocase

Innengestaltung

schmidtundweber Konzept-Design, Kiel

Druck

Druckhaus Leupelt GmbH, Handewitt

Auflage

600 Stück, November 2013

www.kiel.de/bildungsregion

Vervielfältigung und Nachdruck – auch auszugsweise – sind ohne schriftliche Genehmigung
der Herausgeberin nicht gestattet.

Bildungsbericht 2013

Themenschwerpunkt Übergang Schule – Beruf



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1. Hinweise zum ersten Kieler Bildungsbericht	9
1.0 Vorbemerkung	10
1.1 Die Kieler Bildungsregion	10
1.2 Ziel und Zweck des Bildungsberichtes	12
1.3 Aufbau und Methodik des Berichtes	12
1.4 Warum die Fokussierung auf Übergänge?	14
2. Einführung in das Thema Übergang Schule – Beruf	15
2.1 Übergangsgestaltung Schule – Beruf als bundesweite Herausforderung	17
2.2 Rahmenbedingungen und Handlungsansätze in Schleswig-Holstein	19
2.3 Das Engagement der Landeshauptstadt Kiel beim Übergang Schule – Beruf	21
2.4 Resümee	24
TEIL I: Analyse	25
3. Die Ausgangssituation in Kiel	25
3.1 Die Rahmenbedingungen	26
3.1.1 Jugendliche und junge Erwachsene in Kiel	26
3.1.2 Der Verbleib der Kieler Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe I	27
3.1.3 Berufliche Ausbildungssituation in Kiel	28
3.2 Angebote zur Unterstützung und Berufsorientierung während der Schul- und Ausbildungszeit	30
3.2.1 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern	30
3.2.2 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Unterstützung der Ausbildung	33
3.2.3 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Interkulturelle Beratung	34
3.3 Angebote und Aktivitäten des Jobcenters Kiel und der Agentur für Arbeit in der Phase des Übergangs	36
3.3.1 Bestehende Instrumente und Maßnahmenangebote nach SGB II und SGB III	36
3.3.2 Projekte des Übergangs in gemeinsamer Verantwortung zwischen Kommune, Agentur für Arbeit und Jobcenter Kiel	38
3.4 Die Regionalen Berufsbildungszentren	41
3.4.1 Entwicklung und Angebote der RBZs in Kiel	41
3.4.2 Die Regionalen Berufsbildungszentren als Lernorte im Übergang	42
3.5 Resümee	46

TEIL II: Dokumentation des Gestaltungsprozesses	47
4. Zukünftige Handlungsschwerpunkte zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf	47
4.1 Das Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf	48
4.2 Die konkreten Handlungsschwerpunkte in den Leitzielen	49
4.2.1 Leitziel 1: Jede/r Jugendliche ist ausbildungsfähig – Handlungsschwerpunkte	49
4.2.2 Leitziel 2: Kein Abschluss ohne Anschluss – Handlungsschwerpunkte	50
4.2.3 Leitziel 3: Ausbildung hat Vorrang – Handlungsschwerpunkte	51
4.3 Resümee	52
TEIL III: Evaluierung	53
5. Kernindikatoren zur Evaluation	53
6. Fazit und Ausblick	57
TEIL IV: Weitere Informationen	61
7. Exkurs: Übergang Schule – Beruf/ Studium	61
7.1 Die Kieler Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II	62
7.2 Angebote Berufs- und Studienorientierung in der gymnasialen Oberstufe	62
8. Anhang	65
8.1 Aktionspapier des Kieler Arbeitsbündnisses zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf sowie die Maßnahmenübersicht zu den drei Leitzielen	66
8.2 Abkürzungsverzeichnis	73
8.3 Literaturverzeichnis	74

Vorwort

Die Veröffentlichung des ersten Kieler Bildungsberichtes markiert einen weiteren wichtigen Meilenstein in dem Gestaltungsprozess der Bildungsregion Kiel. Bundesweit wird darüber diskutiert, wie es gelingen kann, junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf besser zu unterstützen. Studien zeigen, dass Jugendliche immer später den Weg in die duale Ausbildung finden und sich viele von ihnen erst mal im sogenannten „Übergangssystem“ befinden.

Der Bildungsbericht beschreibt die Situation in Kiel und zeigt auf, was sich verbessern muss, damit Kieler Jugendliche leichter und passgenauer den Weg in den Beruf finden. Darüber hinaus wird dargestellt, wie man sich im Rahmen der Bildungsregion Kiel gemeinsam auf den Weg gemacht hat, um den Erkenntnissen Taten folgen zu lassen.



An dieser Stelle danke ich ausdrücklich allen Partnern des neugegründeten Kieler Arbeitsbündnisses zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf. Eine lokale Verantwortungsgemeinschaft entsteht nur dann, wenn alle bereit sind, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Ressourcen für ein gemeinsames Ziel verbindlich einzubringen. Dies ist im Themenfeld Übergang Schule – Beruf geglückt. Das Engagement der Bündnispartner war beispielhaft. Es setzt wichtige Signale für die weiteren Themenfelder und Bearbeitungsprozesse in der Kieler Bildungsregion.

Bildung ist selbstverständlich mehr als schulische Bildung und die Vorbereitung auf das Berufsleben. Es geht um die Chancen und Angebote zur Entwicklung von Kompetenzen zur Gestaltung des eigenen Lebens, es geht um die Bildungsbiographien der Kieler Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören die Familienbildung, die frühkindliche Bildung, die schulische und berufliche Bildung, die verschiedenen Varianten der non-formalen Bildung, die Weiterbildung sowie natürlich auch die kulturelle und musische Bildung. Im Rahmen der Bildungsregion Kiel wird die Landeshauptstadt Kiel die verschiedenen Themenschwerpunkten nacheinander betrachten und gemeinsam mit den jeweils zuständigen Akteuren im Sinne einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft weiterentwickeln.

A handwritten signature in black ink that reads "Adolf-Martin Möller". The script is cursive and fluid.

Adolf-Martin Möller

*Dezernent für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport
der Landeshauptstadt Kiel*

Hinweise zum ersten Kieler Bildungsbericht



1

Hinweise zum ersten Kieler Bildungsbericht

1.0 Vorbemerkung

Der erste Kieler Bildungsbericht der Landeshauptstadt Kiel behandelt das Schwerpunktthema Übergang Schule – Beruf. Er stellt Daten zu Schülerzahlen und Ausbildungsplätzen vor, beschreibt unterstützende Angebote für Jugendliche auf dem Weg von der Schule in den Beruf und dokumentiert die gemeinsame Anstrengung verschiedener Partner in der Kieler Bildungsregion, junge Kielerinnen und Kieler zukünftig noch besser bei dem Einstieg in den Beruf zu unterstützen.

Der Bericht erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der bestehenden vielfältigen Informations- und Unterstützungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene in Kiel. Die Fülle der Einzelangebote umfassend darzustellen, würde den Rahmen des Berichtes sprengen, daher fokussiert er sich auf die grundsätzlichen Ansatzpunkte und nimmt dabei vor allem die Angebote der bisherigen Partner des Kieler Arbeitsbündnisses zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf¹ in den Blick.

Solche Angebote sind zentrale Bestandteile der Übergangsbegleitung. Ob sie erfolgreich sind, hängt unter anderem auch davon ab, auf welche persönlichen Voraussetzungen sie bei den Jugendlichen treffen. Haben diese bereits positive Erfahrungen bei der Bewältigung von Übergängen und neuen (Lern-) Herausforderungen gemacht? Der Blick auf die gesamte Bildungsbiographie, auf die positive Begleitung und Unterstützung von Kindern von Anfang an, ist die Basis der Aktivitäten zur Bildungsregion Kiel.

1.1 Die Kieler Bildungsregion

Bildungsprozesse finden an zahlreichen Orten und bei vielen Gegebenheiten statt: im Elternhaus, im Kindergarten, auf dem Sportplatz, in der Schule, in der Oper, in Betrieben, im Ehrenamt, im Austausch mit anderen Kulturen und anderen Generationen usw..

Es sind zahlreiche Akteure, die gemeinsam die Bildungsmöglichkeiten in einer Region gestalten. Im Idealfall wirken diese Akteure Hand in Hand, schaffen Bildungsketten, in denen jede Kielerin, jeder Kieler gemäß ihre oder seiner Fähigkeiten und Neigungen optimal unterstützt wird. Und dies von Anfang an.



Abb. 1: Gemeinsam die Vielfältigkeit von Bildung gestalten, Illustration der Kieler Bildungsregion, Quelle: Bildungsmanagement der Landeshauptstadt Kiel

Die Grundidee einer Bildungsregion oder Bildungslandschaft ist die Vernetzung der verschiedenen Akteure, um durch ein optimales Zusammenwirken und das Ausrichten auf gemeinsame Ziele die Qualität der Bildung in der Region zu steigern.

¹ Landeshauptstadt Kiel, Schulamt Kiel, Jobcenter Kiel, Agentur für Arbeit Kiel, Kreishandwerkerschaft Kiel, Industrie- und Handelskammer zu Kiel und Unternehmensverband Kiel, Stand Oktober 2013.

„Bildungsregionen sind institutionalisierte regionale Zusammenschlüsse von Schulen sowie ihren außerschulischen Partnerinstitutionen mit dem Ziel, die Bildungsqualität innerhalb der Region entsprechend verschiedener Kriterien maßgeblich zu verbessern.“²

Diese Definition einer Bildungsregion findet bundesweit Verwendung, um das Ziel und den Zweck der gemeinsamen Aktivitäten zu beschreiben. In der Landeshauptstadt Kiel wird diese Vernetzung im Sinne einer Bildungsregion auf verschiedenen Ebenen betrieben³:

Die **Steuerungsgruppe Bildungsregion** tagt monatlich und steuert den Gesamtprozess. Sie ist verwaltungsintern mit verschiedenen Mitgliedern des Dezernats für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport besetzt.

Der **Bildungsbeirat der Landeshauptstadt Kiel** wurde im Oktober 2012 gegründet. Er besteht aktuell aus 26 festen Mitgliedern sowie themenspezifischen Gästen und tagt ein- bis zweimal im Jahr. Seine Aufgaben sind die Unterstützung und Begleitung des Gesamtprozesses und der Themenschwerpunkte.

Zu den einzelnen Themenschwerpunkten werden spezifische **Arbeitsbündnisse** gegründet. Dafür werden bereits bestehende Netzwerke aktiv angesprochen und eingebunden.

Neben dieser institutionellen Vernetzung werden durch die **Bildungskonferenzen** die Akteure vor Ort mit in den Diskussions- und Gestaltungsprozess eingebunden. Den Gesamtprozess zu gestalten und zu koordinieren sowie die jeweiligen Ergebnisse zusammenzubinden, ist die Aufgabe des **Bildungsmanagements** der Landeshauptstadt Kiel.

Wie sieht der Gestaltungsprozess der Bildungsregion konkret aus?

Als erstes wird das jährliche Fokusthema festgelegt. Das geschieht durch die Steuerungsgruppe, wobei die Entscheidungen auf der Grundlage der Ergebnisse der 1. Kieler Bildungskonferenz für die nächsten Jahre bereits getroffen sind – die Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen und Bildungsphasen werden im Mittelpunkt stehen. Jeder Übergang bekommt ein gutes Jahr intensiver Betrachtung, was nicht bedeutet, dass in den anderen Bereichen in der Zeit nichts passiert. Der Prozess der Bildungsregion ist kein Flaschenhals, sondern nimmt gezielt einzelne Phasen in der Bildungsbiographie unter die Lupe, ohne dabei den Blick auf das große Ganze zu verlieren.

Am Anfang jedes Themenschwerpunktes steht die Bestandsaufnahme: was läuft gut, was braucht es noch? Dann folgt die Einigung auf gemeinsame Ziele, Maßnahmen und messbare Kriterien, um den festgestellten Bedarf an Verbesserung konkret anzugehen. Unter dem Fokus der Bildungsregion wird genau geschaut, wo und wie die Vernetzung der Ressourcen und Zuständigkeiten optimiert werden kann.

Diesen Prozess und seine Ergebnisse dokumentiert der **Bildungsbericht**. Er veröffentlicht auch die Kernindikatoren, auf die sich die Akteure gemeinsam geeinigt haben und die zukünftig nachvollziehbar machen, ob sich in dem entsprechenden Bereich die Qualität wirklich verbessert.

² Maak Merki, Katharina (2008): Die Architektur einer Theorie der Schulentwicklung. In: journal für schulentwicklung 2/2008, S.28

³ Weitere Informationen unter www.kiel.de/bildungsregion

1.2 Ziel und Zweck des Bildungsberichtes

Der Kieler Bildungsbericht trägt Informationen und Daten zusammen, gibt einen Einblick in das gewählte Schwerpunktthema und beschreibt die Problemlage. Doch er leistet noch mehr: die Landeshauptstadt Kiel versteht den Bildungsbericht grundsätzlich als Bestandteil des sozialen Gestaltungsprozesses der „Bildungsregion Kiel“. Die Stoßrichtung des Berichtes „besteht also nicht in einer zweckfreien und umfassenden Datensammlung“⁴, sondern geht über diese hinaus. Der Bildungsbericht, der zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen erscheinen wird, hat vor allem drei Aufgaben:

1. Analyse der aktuellen Situation im jeweiligen Schwerpunktthema

2. Darstellung der Ergebnisse des Gestaltungsprozesses

3. Beschreibung der Kernindikatoren für die zukünftige Evaluierung des Themenfeldes

Durch diesen Aufbau wird der Bildungsbericht zu einem Meilenstein in der Weiterentwicklung eines Schwerpunktthemas. Eng verzahnt mit dem konkreten Vernetzungs-/Gestaltungsprozess in der Bildungsregion wird er zu einem Steuerungsinstrument innerhalb dieses ausgewählten Themas. Zeitgleich zielt er auf den Aufbau eines langfristigen und umfassenden Bildungsmonitorings.

„Ein Bildungsmonitoring verdeutlicht übergreifende Problemlagen, bietet eine empirische Fundierung der Informationen durch eine gesicherte, kontinuierlich nutzbare Datenbasis, macht Entwicklungen im Bildungswesen in einer Zeitreihe oder im Vergleich sichtbar und vergrößert die Transparenz des Bildungsgeschehens durch die Schaffung einer verlässlichen Grundlage für eine breite öffentliche Diskussion und für bildungspolitische wie wirtschaftliche Entscheidungen.“⁵

1.3 Aufbau und Methodik des Berichtes

Der vorliegende Bericht orientiert sich an einem Bildungsverständnis, dessen Ziele sich in drei Dimensionen niederschlagen:

1. Stärkung der Fähigkeit, das eigene Leben aktiv zu gestalten,
2. Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit,
3. Sicherung von Arbeitskräften.

Diese drei Dimensionen bilden zusammen mit der Leitidee „Bildung im Lebenslauf“ oder „bildungsbiografische Orientierung“ die konzeptionelle Basis der Bildungsberichterstattung in Deutschland.⁶

In den Kieler Bildungsberichten wird die besondere Aufmerksamkeit auf die „erfolgskritischen“ Übergänge zwischen den Bildungsinstitutionen und -phasen gelegt. Diese Übergänge stehen auch im Fokus des Gestaltungsprozesses der Kieler Bildungsregion, weil sie für jeden einzelnen Menschen, aber auch bei der Zusammenarbeit von Institutionen eine besondere Herausforderung darstellen.

Der Aufbau der Bildungsberichte ist gemäß der oben genannten Aufgaben strukturiert: in Analyse, Dokumentation des Gestaltungsprozesses und zukünftige Evaluierung.

4 Kruse, Wilfried, (2012): Überlegungen und Hinweise für eine Bildungsberichterstattung der Landeshauptstadt Kiel. TU Dortmund, Sozialforschungsstelle, S.8. Die komplette Vorstudie von Dr. Kruse ist zu finden unter www.kiel.de/bildungsregion.

5 Programmstelle „Lernen vor Ort“ beim PT-DLR (Hg.) (2012): Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht?, S. 7

6 Ebd., S.11

Analyse (Teil I)

Bei der Analyse werden relevante Daten und Informationen aus dem Themenfeld dargestellt, um die Ausgangssituation zu beschreiben und den Handlungsbedarf ableiten zu können. Dafür wird auf eigene Statistiken der Landeshauptstadt Kiel sowie auf externes Datenmaterial zurückgegriffen. Darüber hinaus werden bereits bestehende Angebote und Kooperationsformen einzelner Partner zusammengefasst dargestellt, um den aktuellen Stand des Schwerpunktthemas in der Landeshauptstadt Kiel abzubilden. Diese Analyse ist der Ausgangspunkt für den weiteren Bearbeitungs- und Gestaltungsprozess des Themenfeldes.

Darstellung des Gestaltungsprozesses (Teil II)

Der Ablauf und die Ergebnisse des Bearbeitungs- und Gestaltungsprozesses des Themenschwerpunktes (Bildung eines Arbeitsbündnisses, Einbindung Bildungsbeirat, Bildungskonferenz) werden im zweiten Teil des Kieler Bildungsberichtes beschrieben.

Der Bericht folgt damit den Empfehlungen von Dr. Kruse von der Sozialforschungsstelle der Technischen Universität Dortmund, der einen Vorbericht mit grundsätzlichen Hinweisen für einen Kieler Bildungsbericht verfasst hat. Laut Kruse dokumentiert ein Bildungsbericht idealerweise „die Entwicklung von Zielen, Aufgabenstellungen, Projekten, Organisationsweisen und Kooperationsformen (...)“ und gibt „damit einen Einblick in das lebendige gestalterische Geschehen auf lokaler Ebene (...)“⁷. Dieser Punkt dient dazu, „immer wieder die Akteursperspektive in den Blick zu nehmen, nämlich kooperative Verantwortlichkeiten und bewusste Entscheidungen über Prioritäten, Schrittfolgen und Ressourcenverwendung.“⁸

Zukünftige Evaluierung (Teil III)

Um eine Evaluierung möglich zu machen, wurden im Rahmen des Gestaltungsprozesses Kennzahlen sowie Kernindikatoren zur Überprüfung der weiteren Entwicklung des Themenfeldes festgelegt. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden in den nachfolgenden Bildungsberichten dargestellt. So werden die zukünftigen Bildungsberichte einen über die Jahre wachsenden Evaluierungsabschnitt enthalten und das Kieler Bildungsmonitoring wird „Schritt für Schritt“ aufgebaut.

Dieser Aufbau des Bildungsberichtes bzw. dieses Vorgehen entspricht den grundsätzlichen Empfehlungen von Kruse. Er bezeichnet einen Bildungsbericht als nur dann wirksam und nützlich, „wenn er sich nahe am Puls der drängenden lokalen Problemlagen bewegt, ohne Zusammenhänge und weitere Entwicklungshorizonte aus den Augen zu verlieren. Er darf sich also nicht in Aktualität erschöpfen, muss aber pragmatisch genug sein, um an die aktuellen Problemstellungen und Debatten Anschluss zu finden. Gemeint ist damit, nicht der Versuchung nach sofortiger Vollständigkeit zu erliegen und dementsprechend „Datenhuberei“ zu veranstalten, sondern nahe bei den schon kommunal erkannten Problemlagen mit einigen wenigen Themen zu beginnen und diese exemplarisch zu bearbeiten, um dann in weiteren Schritten und mit weiteren Bildungsberichten das Panorama Schritt für Schritt zu vervollständigen.“⁹

Kruse befürwortet die Idee, nicht einen einmaligen Bericht zu verfassen, sondern ihn in eine „zyklische Grundstruktur“ von lokaler Bildungsgestaltung einzuordnen. Er betont dabei, dass es sich bei solch einem Bericht nicht um eine wissenschaftliche Studie im engeren Sinne handelt, obgleich er methodisch seriös sein muss. Allerdings sei die Datenlage in den einzelnen Themenfeldern „aus einer Vielzahl von Gründen nach wie vor unbefriedigend und kann zumeist durch lokale Anstrengung allein nicht ausreichend verbessert werden“, darum dürften die Erwartungen an eine lokale Bildungsberichterstattung nicht überzogen werden und bei der Interpretation von Daten und Fakten seien Vorsicht und Zurückhaltung geboten. „Dennoch wird im Laufe der Zeit und bei ständigen Verbesserungen ein Daten- und Informationsgerüst entstehen, was für die kommunale Gestaltungsarbeit belastbar ist.“¹⁰

⁷ Kruse (2012), S. 8

⁸ Ebd., S. 9

⁹ Ebd., S. 16

¹⁰ Ebd.

Dieser dreiteilige Aufbau aus Analyse, Gestaltungsprozess und Evaluierung soll auch bei den zukünftigen Bildungsberichten umgesetzt werden, da er dem jeweiligen Bearbeitungsprozess des Themenschwerpunktes im Rahmen der Bildungsregion entspricht.

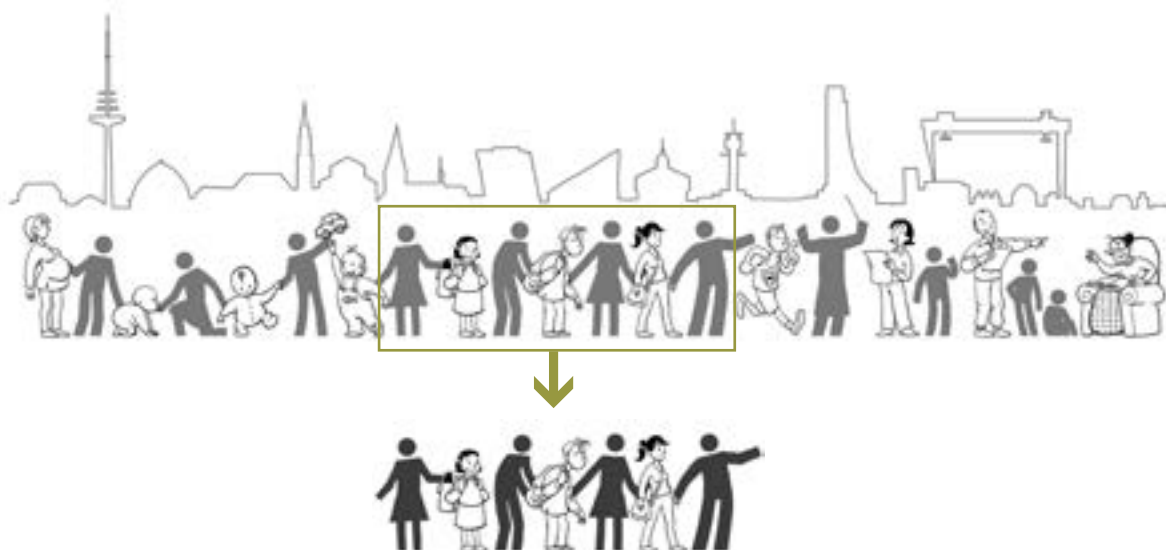
Der vorliegende Bildungsbericht hat einen zusätzlichen Teil IV, der ein kurzer Exkurs zum Übergang nach der Sekundarstufe II in den Beruf oder ins Studium enthält. In ihm werden auch die Ergebnisse der erstmals von der Landeshauptstadt Kiel durchgeführten Verbleibanalyse an den Kieler Gymnasien (9.–12.Klasse) aufgeführt.

1.4 Warum die Fokussierung auf Übergänge?

Es ist in bildungsbiographischen Ansätzen weit verbreitet, den Fokus und die Handlungsorientierung auf die Gestaltung von Übergängen zu legen. In dem stark gegliederten Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland sind Übergänge risikohaltig und ein Scheitern in ihnen kann zum Teil langfristige negative Folgen haben. Durch die wissenschaftliche Forschung ist breit belegt, „dass insbesondere frühe Übergänge, also von der Kita in die Grundschule, oder von der Grundschule in die jeweiligen Schulformen der Sekundarstufe I in ihren Auswahleffekten soziale Benachteiligung fortsetzen. Sozialräumliche und milieubezogene Faktoren spielen hierbei eine erhebliche Rolle.“¹¹

Es spricht nach Kruse „also zunächst und bis auf Weiteres vieles dafür, die ohnehin knappen Ressourcen für Unterstützung, Begleitung und Koordinierung auf diese Übergänge zu konzentrieren (...).“¹² Die Beschränktheit dieses „Übergangs“-Ansatzes liegt allerdings darin, „dass er sich auf die (negativen oder riskanten) Folgen vorgängiger Bildungs-, Bewertungs- und Auswahlprozesse bezieht, nicht aber auf diese selbst“. Natürlich sei aber von großer Bedeutung, „was zwischen den Übergängen passiert, wie also das pädagogische Geschehen selbst gestaltet ist, was und wie gelernt wird, wie binnendifferenziert die pädagogischen Einrichtungen funktionieren, usw.“. Er betont, dass es falsch wäre, „das zentrale Geschehen ‚zwischen den Übergängen‘ konzeptionell auszublenden; vielmehr müssen vor Ort Kooperationsformen gefunden werden“.¹³

Der Übergang Schule – Beruf erfordert in ganz besonderem Maße die frühzeitige Kooperation der verschiedenen Akteure. Je besser diese frühzeitige Kooperation gelingt, umso leichter und fließender wird der Übergang für die Jugendlichen. Um diese Kooperationsformen zu unterstützen, wurde der Übergang Schule – Beruf als erstes Schwerpunktthema für die Kieler Bildungsregion und somit auch als Thema für den ersten Kieler Bildungsbericht ausgewählt.



11 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengeprägter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographischen Wandel, hier zitiert nach Kruse (2012), S. 13

12 Ebd.

13 Ebd.

Einführung in das Thema Übergang Schule – Beruf

2

Einführung in das Thema Übergang Schule – Beruf

Der Übergang von der Schule in die Berufsbildungs- und Arbeitswelt ist ein wichtiger Schritt in der Verselbstständigung junger Menschen. Er ist zugleich wesentliche Voraussetzung für ihre berufliche und soziale Integration, denn der Abschluss einer Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf stellt heutzutage häufig die Mindestqualifizierung für die Erwerbsarbeit dar. Der Weg dorthin ist aber für etliche junge Menschen sehr holprig geworden. Sie absolvieren Zwischenschritte in weiterführenden Schulen, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in Angeboten der Jugendhilfe. Gedacht sind diese Angebote, um die Jugendlichen besser auf die Anforderungen einer Berufsausbildung vorzubereiten. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Jugendlichen in sogenannte „Maßnahmenkarrieren“ geraten, in deren Verlauf die jungen Menschen ihre Bildungsanstrengungen eher aufgeben, weil sie subjektiv und objektiv ihre Aussichten, eine Berufsausbildung aufzunehmen und abzuschließen, nicht verbessern und Zeit verlieren.

Die vielfältigen Maßnahmen, die zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf angeboten werden, sind unter dem Begriff „Übergangssystem“ subsumiert. Sie sind in ihren Wirkungen ambivalent: Auf der einen Seite gelingt es einigen Jugendlichen, einen höherwertigen Schulabschluss zu erwerben und/oder den Weg in eine Ausbildung zu finden. Auf der anderen Seite nimmt dieses Übergangssystem die Funktion eines Auffangbeckens für sogenannte „nicht ausbildungsreife“ und „marktbenachteiligte“ Jugendliche ein.

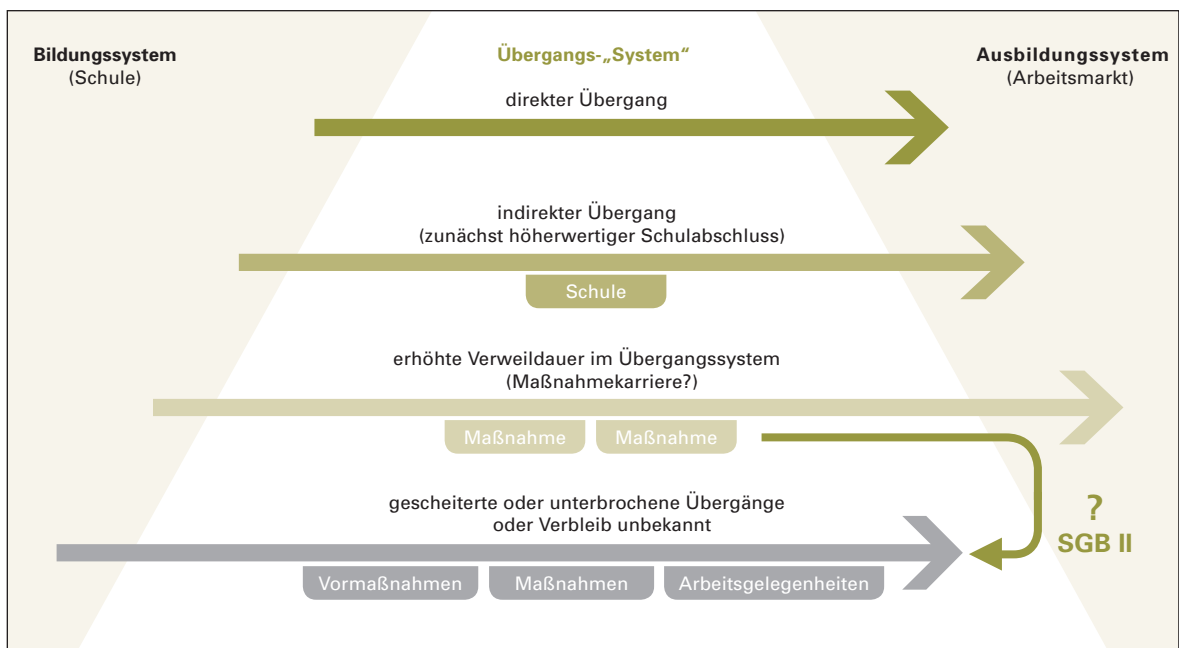


Abb. 2: Die Wege des Übergangs von der Schule in den Beruf, Quelle: eigene Darstellung, Regionales Übergangssystemmanagement / Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

Die Gefahr besteht, dass sich mit wachsender Dauer der Teilnahme an vielfach nicht abgestimmten Fördermaßnahmen der Jugendliche oder die Jugendliche immer weiter von seinen bzw. ihren ursprünglichen Ausbildungszielen entfernt. Hinzu kommt, dass aus der Sicht der Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber, die lange im Übergangsbereich waren, tendenziell problematische Bewerberinnen und Bewerber sind.

Das Durchschnittsalter beim Beginn einer betrieblichen dualen Berufsausbildung hat sich inzwischen auf über 19,5 Jahre, teilweise auf über 20 Jahre verschoben¹⁴, obwohl die Jugendlichen im Alter von 15 bis 16 Jahren die allgemeinbildende Schulpflicht bereits erfüllt haben. Fehlende Transparenz und Kohärenz im „Übergangssystem“ führen vielfach dazu, dass es – trotz der enormen finanziellen Mittel, die hier investiert werden – nicht gelingt, Jugendlichen die passgenaue Unterstützungsleistung anzubieten, die sie für ihre berufliche Perspektive benötigen.

Man kann hier nicht von einem systematischen und abgestimmten System der Förderung in Ausbildung und Beruf sprechen, sondern muss diesen Bereich im Sinne von „Übergängen mit System“ neu strukturieren und gestalten. Von der Bertelsmann Stiftung und der Weinheimer Initiative¹⁵ wird dies unter kommunaler Koordinierung gefordert. Es geht darum, die Lebens- und Teilhabeperspektiven der Jugendlichen zu verbessern und sicherzustellen, dass kein junger Mensch trotz bzw. gerade wegen der Vielfalt der Maßnahmen verloren geht.¹⁶

Nach Kruse ist der Übergang Schule und Arbeitswelt für alle Jugendlichen zu einer erheblichen Herausforderung geworden, wenngleich nicht für alle gleichermaßen risikoreich. Gerade vor dem Hintergrund des sich belebenden Arbeitsmarktes, des knapper werdenden „Reservoirs“ an Bewerberinnen und Bewerbern im „Dualen System“¹⁷ und einer zunehmenden Zahl frei bleibender oder nur schwer zu besetzender Ausbildungsplätze sowie der prognostizierten demografischen Entwicklung wird überdeutlich, so Kruse weiter, dass Übergangsgestaltung nicht an oder vor der 1. Schwelle des Übergangs Schule und Beruf stehen bleiben kann. Es müsse schwellenübergreifend angesetzt werden, d. h. bis hin zum sicheren Ankommen in der Arbeitswelt. Das Verständnis von Übergang und demzufolge auch der Übergangsgestaltung könne dabei sowohl aus der Perspektive von Arbeitsmarktpolitik gesehen werden, als auch von der Seite der Bildungsbiographie. Beide Perspektiven würden sich nicht ausschließen, stellten aber im Zuge der Gestaltung der Übergänge Schule und Arbeitswelt eine erhebliche Herausforderung dar, die im Rahmen einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft von den Akteuren vor Ort gemeinsam gelöst werden müsse.¹⁸

Die Folgen der Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen treffen ganz besonders die Kommunen und Landkreise. Sie sind mit den Problemen vor Ort konfrontiert. Sie tragen im besonderen Maße die sozialen und finanziellen Folgen, wenn junge Menschen nicht stabil in das Erwerbssystem eingliedert werden können.

Für die Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf kann lokal eine Menge getan werden, doch es braucht die Zusammenarbeit der Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, um umfassenden Erfolg zu haben. Daher wird zunächst ein Blick auf die Aktivitäten des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein geworfen, bevor das Engagement der Landeshauptstadt Kiel vorgestellt wird.

2.1 Übergangsgestaltung Schule – Beruf als bundesweite Herausforderung

Die Gestaltung des Übergangsbereiches Schule und Beruf ist eine dauerhafte und bundesweite Herausforderung. Laut dem Bildungsbericht der Bundesregierung¹⁹ befinden sich 2011 ca. 300.000 Jugendliche in diesem Bereich. Der finanzielle Aufwand wird zwischen 4,3 Mrd. Euro (Bertelsmann Stiftung) und 7 Mrd. Euro (Institut Arbeit und Technik) beziffert.

14 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, S.105ff

15 Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative ist ein Zusammenschluss von Städten und Landkreisen aus dem gesamten Bundesgebiet zur positiven lokalen Gestaltung der Übergänge Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt und zu deren kommunaler Koordinierung.

16 Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hg.) (2011): Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung kommunalen Managements am Übergang Schule und Beruf: benachteiligungssensibel-chancengerecht-inklusiv, S.6

17 Das duale Berufsausbildungssystem bezeichnet die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule bzw. im tertiären Bereich an der Berufsakademie.

18 Kruse (2012), S.20

19 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), S.7

Die genannten 300.000 Jugendlichen begannen, da sie zunächst keine Lehrstelle fanden, eine der zahlreichen berufsvorbereitenden Übergangsmaßnahmen²⁰. Dahinter verbirgt sich so allerlei: Das Spektrum reicht vom Bewerbungstraining über Wiederholung von Schulstoff bis hin zu ersten praktischen Erfahrungen. „Alles prinzipiell hilfreich, aber für viele Jugendliche bedeuten diese Maßnahmen nichts als verlorene Zeit in der Warteschleife, denn: Ein Berufsabschluss kann im heutigen Übergangsbereich nicht erworben werden“, kritisiert Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, und spricht von einem „teuren Maßnahmenmischling“²¹.

Eine Befragung von etwa 550 Experten im Rahmen einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bertelsmann Stiftung²² zum Reformbedarf des Übergangssystems zeigte folgende Ergebnisse: 89 % der Experten geben an, dass es beim Einsatz von finanziellen Mitteln und Personal im Übergangssystem an Effektivität mangelt. Mehr als drei Viertel kritisieren, dass die zahlreichen unterschiedlichen Maßnahmen und Bildungsgänge inzwischen kaum noch zu überblicken und die institutionellen Strukturen des Übergangssystems von Komplexität, fehlender Transparenz und Ineffizienz geprägt seien.

Das zeigen auch folgende Zahlen: drei Fünftel der Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss nehmen erst nach zweieinhalb Jahren im Übergangssystem eine qualifizierte Ausbildung auf. Für sie verzögert sich ihr Eintritt in das Berufsleben erheblich, wobei die Risikogruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien (20–30 %) auch nach drei Jahren im Übergangssystem nicht in eine Berufsausbildung einmündet²³. Insgesamt bleiben trotz des hohen finanziellen Aufwandes des Übergangssystems jedes Jahr bundesweit 150.000 Jugendliche dauerhaft ohne Berufsabschluss. Sie haben als Ungelernte nur geringe Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Rund 15 % der Altersgruppe von 20 bis 34 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben, droht ein Leben in Arbeitslosigkeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen.²⁴ Seit Jahren werden Konzepte diskutiert, entwickelt und auch erprobt, wie eine Förderung am Übergang Schule – Beruf optimiert werden kann. Aufeinander abgestimmte Instrumente, die für jeden jungen Menschen passgenaue Hilfen und Unterstützung auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Arbeit bieten sollen, ist das Ziel dieser Bemühungen. Es wird immer deutlicher, dass bundesweit ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Alle neuen Konzepte verbindet dabei das Ziel: Ausbildung für alle! Hierfür setzt sich insbesondere die bundesweite Initiative „Übergänge mit System“²⁵ der Bertelsmann Stiftung ein. Allen ausbildungswilligen Jugendlichen an der Schwelle zwischen Schule und Beruf sollen ohne Zeitverlust zwei Wege zum Abschluss einer Berufsausbildung angeboten werden:

Weg 1: Ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sollen keine Zeit mehr im Übergangssystem verlieren, sondern direkt eine Ausbildung beginnen – vorrangig in der dualen Form – und wenn dies nicht möglich ist, in außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Alternativen.

Weg 2: Für nicht ausbildungsreife Jugendliche sollen individuelle Ansätze genutzt werden, um die Ausbildungsreife herzustellen. Wer diese erlangt hat, soll ein verbindliches Angebot dafür erhalten, eine abschlussorientierte Berufsausbildung anzutreten.

Auch die Bundesregierung und der Europäische Sozialfonds (ESF) haben in den letzten Jahren entsprechende Förderprogramme ausgeschrieben.

So will die Bundesregierung beispielsweise mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“²⁶ den Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss nachhaltig senken und deren Zukunftschancen verbessern. Mit verschiedenen Förderinitiativen werden eine

²⁰ Dräger, Jörg, in: Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 20.09.2012

²¹ Dräger, Jörg, in: Jugendliche versauern in der Warteschleife. In: „Die Welt“ vom 19.09.2012

²² Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (2011): Expertenmonitor. Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung, S.17ff

²³ Krüger-Charlé, Michael, (2010): Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. In: Institut Arbeit und Technik (Hg.): „Forschung Aktuell“ vom 14.10.2010

²⁴ Dräger, Jörg, 19.09.2012

²⁵ Weitere Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de

²⁶ www.perspektive-berufsabschluss.de

effektivere zielgruppenbezogene Förderung im Sinne einer strukturellen Weiterentwicklung angestrebt sowie andere Fördermaßnahmen des Bundes (wie z. B. JOBSTARTER, Kompetenzagenturen) und der Bundesagentur für Arbeit sinnvoll ergänzt.

Diese im Prinzip positiven Unterstützungen des Bundes für eine regionale Verbesserung der Übergangsstrukturen sind jedoch nicht ausreichend, denn Strukturen und Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene lassen sich nicht durch befristete Projektstrukturen innerhalb von drei bis vier Jahren verändern und es braucht zusätzlich den Dialog „auf Augenhöhe“, damit Kommune, Land und Bund auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses die Übergänge Schule und Beruf neu gestalten.

2.2 Rahmenbedingungen und Handlungsansätze in Schleswig-Holstein

Das Land Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren mit seinem „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt²⁷. Dieses 2007 implementierte Konzept hat das Ziel, mit überwiegend präventiven und flankierenden arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen und für mehr Ausbildungs- und Berufsreife bei den Jugendlichen zu sorgen. Besonders hervorzuheben an diesem Konzept ist seine gemeinsame Erarbeitung durch das Arbeitsministerium sowie das Bildungsministerium. Darüber hinaus wurde die Agentur für Arbeit als Partner gewonnen und im Rahmen dieser trilateralen Partnerschaft gelang es, zusätzliche Fördermittel über den Europäischen Sozialfonds (ESF) einzuwerben.

Laut des „Handlungskonzeptes Schule & Arbeitswelt“ ist die Basis der Übergangsgestaltung in Schleswig-Holstein eine gleichberechtigte trilaterale Verantwortungsgemeinschaft zwischen Land, Bundesagentur für Arbeit und Kommunen. Um diese Verantwortungsgemeinschaft ziel- und ergebnisorientiert umzusetzen, ist es notwendig, dass die Partner von ihren jeweiligen originären Aufgaben- und Verantwortungsbereichen „über den Tellerrand schauend“ aufeinanderzugesehen. Als Zielgruppe wurden Schülerinnen und Schüler in den Fokus genommen, deren schulische Karrieren aufgrund persönlicher Problemlagen oder gesellschaftlich/familiär bedingter Benachteiligungen von Misserfolgserfahrungen und damit von Schulmüdigkeit und Schulversäumnissen – bis hin zum Schulabsentismus – geprägt sind. Bei ihnen soll bereits in der Schule präventiv gegengesteuert werden mit Kompetenzfeststellungen, Berufsfelderproben, individuellem Coaching und Qualifizierungsbausteinen.



Abb. 3: Folie 4 der Gesamtpräsentation der Landesregierung zum Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt, Quelle: Internetseiten der Investitionsbank Schleswig-Holstein, www.ib-sh.de, Menüpunkt Arbeit & Bildung

²⁷ Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2009): Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt. Präventive und flankierende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen im Förderzeitraum 2009 bis 2011.

Das „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“, dessen aktuelle Förderperiode 2013 beendet ist, wurde vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und der Rambøll Management Consulting GmbH evaluiert²⁸ und überwiegend als ein Erfolg dargestellt:

- Jugendarbeitslosigkeit konnte gesenkt werden,
- Schulabschlussquoten steigen,
- individuelles Coaching ist beste Praxis,
- besser informierte Jugendliche, besser informierte Eltern,
- landesweit gültige Qualitätsstandards wurden erstellt,
- routinierte Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten und vor allem mit den Schulen,
- Transparenz und Zusammenwirken ähnlich gelagerter Programme erfolgen,
- hohe Dialog- und Kooperationsbereitschaft innerhalb der Entwicklungspartnerschaft auf allen Ebenen,
- Schleswig-Holstein tritt der Bertelsmann Initiative „Übergänge mit System“ bei.

Von 2014 bis 2020 wird es eine neue Förderperiode durch die Europäische Union geben, allerdings stehen die Fördermittel nicht mehr in der vorherigen Höhe zur Verfügung. Das Arbeits- und das Bildungsministerium sind im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit seit 2012 im Prozess, um ein neues Förderkonzept zu entwickeln.

Im laufenden Koalitionsvertrag (2012 bis 2017) der Landesregierung Schleswig-Holstein haben die Parteien SPD, Grüne und SSW festgehalten, allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss anbieten zu wollen. Weiter heißt es: „Duale Berufsausbildung ist die tragende Säule der Ausbildung von Fachkräften. Hier geht es um individuelle Chancen, genauso wie um wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes. Viel zu viele junge Menschen starten ihre berufliche Laufbahn in Übergangsmaßnahmen, teilweise über mehrere Jahre und ohne einen beruflichen Abschluss. (...) Das werden wir ändern.“²⁹ Erreichen möchte die Landesregierung dieses Ziel, in dem sie „gemeinsam mit den relevanten Akteuren den Übergang von der Schule zum Beruf transparent und qualifizierend neu gestaltet“.³⁰

Solch eine Zusammenarbeit ist unabdingbar. Eine freiwillige Kooperation zwischen Landesregierung und Kommunen gibt es bereits seit 2009 im sogenannten „Plöner Kreis“. Er ist ein Arbeitsgremium des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft sowie der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit und den koordinierungsaktiven Städten und Landkreisen Schleswig-Holsteins. Der Plöner Kreis verfolgt das Ziel, eine Entwicklungspartnerschaft zwischen diesen Institutionen aufzubauen. Angestrebt wird eine Übergangsgestaltung „auf Augenhöhe“, die zu einer wirksamen Zusammenarbeit führt, die geprägt ist von Kontinuität sowie klaren und verbindlichen Regelungen. Die beteiligten Kommunen und Ministerien haben sich dafür jeweils selbst „Entwicklungsaufgaben“ gesetzt. Die Landeshauptstadt Kiel sowie die übrigen aktiven Kommunen³¹ haben ihre Entwicklungsaufgaben beeindruckend vorangetrieben und bereits weitgehend erfüllt. Diese Erfahrungen und Kompetenzen sind für die Fortschreibung der Entwicklungspartnerschaft auf Landesebene von großem Wert.

Im Mai 2013 haben die im Plöner Kreis versammelten Kommunen diese Entwicklungsaufgaben in folgender Matrix dargestellt:

28 Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2011): Evaluierung der Umsetzung des Zukunftsprogrammes Arbeit in den Jahren 2007 bis 2010. Evaluierung des Handlungskonzepts Schule & Arbeitswelt. Anhang 1 zum Endbericht, September 2011

29 Bündnis für den Norden. Neue Horizonte für Schleswig-Holstein. Koalitionsvertrag 2012–2017 von SPD, Grünen und SSW, Kiel 2012, S. 18

30 Ebd.

31 Neben der Landeshauptstadt Kiel arbeiten weitere acht kreisfreie Städte und Landkreise im „Plöner Kreis“ mit.

Entwicklungsaufgaben auf Seiten der Kommune	Gemeinsamer Entwicklungsprozess	Entwicklungsaufgaben auf Seiten des Landes
Koordinierungskompetenz ist entwickelt	 Institutionalisierte Dialog (Plöner Kreis)	Land erkennt kommunale Bildungsverantwortung an
Lokale Verantwortungsgemeinschaft ist aufgebaut		Interministerielle Querkoordination aufbauen
Aktivitäten zur Übergangsgestaltung sind katalogisiert und wurden auf ihre Wirkung überprüft		Katalogisieren und wirkungsorientierte Überprüfung landesseitigen Aktivitäten und Programme
Lokale Verbleibserfassung wurde eingerichtet		Rechtl. Rahmen und Voraussetzungen für Übergangsmoitoring schaffen
Kommunale Bildungs- und Berufsintegrationsberichte liegen vor		Entwicklungs- und Förderprogramme
u. a. m.		u. a. m.

Abb. 4: Übergangsgestaltung in Schleswig-Holstein, Quelle: Positionspapier der im Plöner Kreis versammelten Kommunen, Mai 2013, S.5

Es gibt eine Reihe weiterer Landesaktivitäten in dem Themenfeld „Übergang Schule – Beruf“, so z. B. im Rahmen des „Zukunftsprogramms Arbeit“. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Förderung der „Regionalen Ausbildungsbetreuung“ zu nennen. Sie begleitet die Jugendlichen während der Ausbildung, damit ein Ausbildungsabbruch vermieden bzw. bei Abbruch schnell ein neuer Ausbildungsplatz gefunden wird (vgl. Kap. 3.2.2).

Auch die schleswig-holsteinische „Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft“ hat sich gemeinsam das Ziel gesetzt, die Berufswahl- und Studienwahlkompetenz sowie die Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Schulabsolventinnen und -absolventen verbessern zu wollen. Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, zwei Ministerien (Bildung, Arbeit), Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, Landesverband der Freien Berufe Schleswig-Holstein und die Unternehmensverbände Nord sind die Partner, die unter Einbeziehung langjährig gewachsener und bewährter Strukturen in dieser Landespartnerschaft kooperieren.³²

Des Weiteren gibt es das „Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein“. Es dokumentiert in seinen Vereinbarungen eindrucksvoll, mit welchen Instrumenten man gemeinsam gewillt ist, ausbildungswilligen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Alle relevanten Akteure des Übergangs Schule und Arbeitswelt haben diese Vereinbarung unterschrieben und sich verpflichtet, durch öffentliches Werben und intensive Berufsfrühorientierung einen größeren Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger in das Berufsausbildungssystem zu integrieren und den Bedarf an Maßnahmen des Übergangssystems deutlich zu senken.³³ Aus Sicht der Kommunen fehlen in dieser Bündniserklärung allerdings die Leistungen, die die Kommunen aus eigener Kraft und mit eigenen Ressourcen im Sinne einer nachhaltigen Daseinsvorsorge bereits erbringen.

2.3 Das Engagement der Landeshauptstadt Kiel beim Übergang Schule – Beruf

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich – trotz schwieriger Rahmenbedingungen – entschlossen, die berufliche Integration ihrer jungen Bürgerinnen und Bürger systematisch zu verbessern. Seit 2009 setzt sie in Kooperation mit dem Jugendaufbauwerk Kiel (JAW Kiel) ein Regionales Übergangsmoitoring Kiel (RÜM Kiel) um. Die finanziellen Mittel dafür werden vor allem durch eine Bundesförderung und eine Förderung durch den Europäischen Sozialfonds bereit gestellt.

³² Weitere Informationen unter www.schleswig-holstein.de, Menüpunkt Themenportal Bildung, Unterpunkt Schule und Beruf.

³³ Bündnis für Ausbildung (2011): Vereinbarungen 2011 zum Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein.

Das Aufgabenspektrum des Regionalen Übergangsmanagements umfasst dabei insbesondere:

- die Schärfung des Problembewusstseins für Scheitern und Ausgrenzung im Übergang Schule und Beruf,
- ein Monitoring des Verbleibs der Jugendlichen an jeder bildungsbiographischen Schnittstelle sowie Ermittlung von Handlungsbedarfen,
- die Bestandsaufnahme von Strukturen und Angeboten im Übergangsbereich,
- die Transparenz bezüglich der Zuständigkeiten und Aufgaben der Akteure sowie vorhandener Förderstrukturen und Bildungsangebote,
- die Gestaltung, Planung und Koordinierung funktionierender und nachhaltiger Übergänge in das Ausbildungs- und Erwerbssystem,
- die Sicherstellung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitswelt-, Berufs- und Studienorientierung in der Schule,
- die Erstellung von wirkungsorientierten Indikatoren zur Überprüfung der vorgegebenen gemeinsamen Ziele.

Die strukturelle Arbeit des Regionalen Übergangsmanagements (befristet finanziert mit Bundesmitteln bis Mitte 2014), wird ergänzt und verstärkt durch das operativ wirkende Projekt „Interkulturelle Bildungsberatung Übergang Schule und Beruf“ (befristet finanziert mit EU-Mitteln bis Ende 2014) sowie die Regionale Ausbildungsbetreuung, die – wie bereits erwähnt – projektfinanziert ist durch Landesmittel aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit“. Bei diesen vielfältigen Aktivitäten wird darauf geachtet, dass sie sich nicht allein auf die Förderung von Benachteiligten reduzieren, sondern sich prinzipiell an alle Jugendlichen richten, ohne die Problematik von Benachteiligung aus dem Blick zu verlieren.

Unterstützt wird die Landeshauptstadt Kiel in ihrem Engagement durch die Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“. Im Frühjahr 2012 fand deren Bundesversammlung in Kiel statt. Zentrales Thema auf diesem Jahresforum war die Gestaltung des Übergangsgeschehens als arbeitsmarktnaher Bereich. Das Aufgabenfeld erweitert sich: Die attraktive und qualitätsvolle Gestaltung einer lokal ansetzenden Arbeitsmarktpolitik wird nun ebenfalls zu einem Gegenstand „kommunaler Koordinierung“. „Niemand darf zurück bleiben“ und „Jede/r wird gebraucht“ sind die Ausgangspunkte des kommunalen Engagements und einer besonderen Bedeutung kommt dabei einer Bildungspartnerschaft mit den Ländern sowie der vertieften Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, den Kammern und Wirtschaftsverbänden zu.

Dieser Tatsache trägt das neu gegründete Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf Rechnung, denn den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf strukturell effektiver und nachhaltiger zu gestalten, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Unter der Leitidee der lokalen Verantwortungsgemeinschaft werden in der Bildungsregion Kiel, unter kommunaler Koordinierung, alle an Bildung beteiligten Akteure mit einbezogen, um bereits vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen und miteinander zu vernetzen. Im Themenfeld Übergang Schule – Beruf sind das:

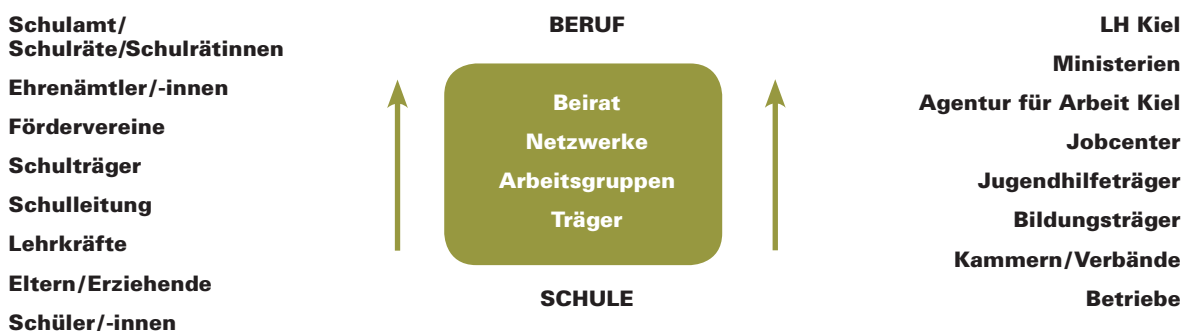


Abb. 5: Die Akteure am Übergang Schule – Beruf, Quelle: eigene Darstellung des Regionalen Übergangsmanagement/Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

Der Dialog zwischen all diesen Akteuren wurde im Rahmen des Gesamtprozesses zum Themenschwerpunkt aktiv unterstützt. Den Kern bildet die Gründung des neuen Kieler Arbeitsbündnisses, doch auch die Einbindung der weiteren Akteure durch den Kieler Bildungsbeirat und die 2. Kieler Bildungskonferenz sind wichtige Bausteine für die Initiierung einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft.

Der Arbeits- und Dialogprozess zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf im Überblick:



2.4 Resümee

Die Bedeutung und dringende Notwendigkeit der Neugestaltung des „Übergangssystems Schule – Beruf“ ist bundesweit erkannt worden. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat das Ziel formuliert, mit allen relevanten Akteuren den Übergang von der Schule in den Beruf **transparent und qualifizierend neu zu gestalten**.

Die Landeshauptstadt Kiel unterstützt dieses Ziel und versteht sich als Impulsgeber für die Bildungsentwicklung vor Ort. Gemeinsam mit den Bündnispartnern kann es dabei nur die Perspektive geben, die Verantwortlichkeiten und Ressourcen für den Übergang Schule – Beruf zu bündeln und zu vernetzen, damit den Jugendlichen nach dem Abschluss ihrer Schulbildung ein nachhaltiger beruflicher Anschluss gelingt. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter Kiel, das Schulamt Kiel sowie die Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter von Kammern und Verbänden als Arbeitsbündnispartner der Landeshauptstadt Kiel sind ausgesprochen engagierte, kompetente und aktive Partner bei der Umsetzung des Konzeptes zur Bildungsregion. Im Rahmen des Arbeitsbündnisses zum Übergang Schule und Beruf werden sie sich auch an einer neuen landesweiten Übergangsgestaltung beteiligen.

TEIL I: Analyse

Die Ausgangssituation in Kiel

3

TEIL I: Analyse

Die Ausgangssituation in Kiel

Um die Ausgangssituation im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf in Kiel zu beschreiben, muss zunächst geklärt werden, von wie vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Rede ist, wie viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und wie die Situation an den Berufsbildenden Schulen ist. Des Weiteren ist für die Analyse der Ausgangssituation wichtig, ein Blick auf die vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu werfen. Wie bereits in der Vorbemerkung des Berichtes angeführt, kann es an dieser Stelle nicht um Vollständigkeit gehen³⁴.

Es sollen jedoch die verschiedenen zeitlichen Ansatzpunkte der Unterstützung (während der Schulzeit, Übergangszeit oder Ausbildungszeit) sowie die unterschiedlichen „persönlichen Ansatzpunkte“ (individuelle Beratung, Vermittlung von Schlüsselkompetenzen oder fachlichem Basiswissen) aufgezeigt werden. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt dabei auf den Aktivitäten der Schulen, des Jobcenters Kiel und der Agentur für Arbeit sowie der Landeshauptstadt Kiel.

3.1 Die Rahmenbedingungen

3.1.1 Jugendliche und junge Erwachsene in Kiel

In Kiel leben momentan 32.300 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren³⁵. Sie machen knapp 14 % der Kieler Gesamtbevölkerung aus.

Im Schuljahr 2012/2013 waren in Kiel an den allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Trägerschaft, inklusive Förderzentren) insgesamt knapp 24.000 Schülerinnen und Schüler gemeldet.

Die allgemeinbildenden Schulen setzen sich im Schuljahr 2012/2013 folgendermaßen zusammen:

32	Grundschulen
6	Regionalschulen
9	Gemeinschaftschulen, darunter 3 mit gymnasialer Oberstufe
4	Schulen in privater Trägerschaft, darunter 1 Regionalschule 3 Gemeinschaftschulen, darunter die Waldorfschule mit gymnasialer Oberstufe
11	Gymnasien
8	Förderzentren

In den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen befanden sich im Schuljahr 2012/2013 rund 16.600 Kinder und Jugendliche, knapp sechs Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund.³⁶

Die Schule nach der Sekundarstufe I verlassen, haben in dem Schuljahr rund 990 Schülerinnen und Schüler. Dieser Wert sinkt entsprechend dem allgemeinen Rückgang von Schülerinnen und Schülern jährlich leicht ab.

³⁴ Eine umfassende Darstellung der vielfältigen Angebote ist zu finden unter www.uebergangsmanagement-kiel.de.

³⁵ Stichtag 30.06.13, Quelle: Sozialraumdaten 2013 der Landeshauptstadt Kiel/Amt für Familie und Soziales

³⁶ Quelle: Sozialraumdaten 2012 der Landeshauptstadt Kiel/Amt für Familie und Soziales

In Schleswig-Holstein ist jede Jugendliche, jeder Jugendliche, der beim Verlassen der allgemeinbildenden Schule noch nicht volljährig ist, berufsschulpflichtig (Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz vom 24. Januar 2007, §23). Diese Berufsschulpflicht endet mit der Volljährigkeit oder mit dem Abschluss eines Ausbildungsverhältnisses.

Die Jugendlichen, die die Schule nach der Sekundarstufe I verlassen, sind durchschnittlich zwischen 15 und 17 Jahren alt. Rund 40% von ihnen schließen die Schule mit einem Hauptschulabschluss ab, rund 50% verlassen die allgemeinbildende Schule mit einem Realschulabschluss. Diese Kieler Zahlen sind in den letzten vier Jahren relativ konstant. Ähnlich konstant ist der Anteil der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule ohne den Hauptschulabschluss verlassen (rund 3,2%)³⁷.

Das Regionale Übergangsmanagement ist auf solche und weitere empirische Daten angewiesen. Ohne diese Daten ist es nicht möglich, die Situation der Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf einigermaßen objektiv einzuschätzen, Handlungsbedarfe zu erkennen sowie Lösungswege zu entwickeln.

In Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD), den Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen, den Regionalen Berufsbildungszentren und dem Schulamt führt das Regionale Übergangsmanagement (RÜM) in Kiel daher seit vier Jahren eine Abfrage zum Verbleib der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I durch.

In 2013 wurden zum ersten Mal auch die abgehenden Schülerinnen und Schüler der Regionalen Berufsbildungszentren (vgl. Kap. 3.4) sowie der Gymnasien (9.–12. Klasse, vgl. Kap. 7.1) befragt. Solche Verbleibzahlen sind ein wichtiger Baustein für die Analyse der IST-Situation, doch der Aufwand eines manuellen Abfragesystems, wie es momentan durch das Regionale Übergangsmanagement in Kiel geleistet wird, ist groß.

Es gibt von Seiten des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums Signale, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und landesweit ein automatisiertes Online-Verfahren einzuführen, in dem die Schülerinnen und Schüler selbstständig die entsprechenden Informationen eintragen können. Mit dieser Einführung wäre ein wichtiger Baustein zur erfolgreichen Übergangsgestaltung langfristig gesichert.

3.1.2 Der Verbleib der Kieler Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe I

Im Laufe der letzten vier Jahre lassen sich anhand der Verbleibstatistiken immer mehr positive Veränderungen am Prozess Übergang Schule – Beruf feststellen. Waren in den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 ca. 25% der Jugendlichen ohne Anschlussperspektive, so waren es zum Ende des Schuljahres 2011/2012 nur noch 16%. Im Jahr 2013 ist der Ausgangswert der Jugendlichen ohne Anschlussperspektive zum Schuljahrsende weiter gesunken und liegt bei knapp 14%. Mit Hilfe der individuellen Beratung und Begleitung der Jugendlichen durch Coaches³⁸ und andere Beraterinnen und Berater konnte die Anzahl der „unversorgten“ Jugendlichen über die Sommermonate hinweg im Jahr 2012 auf 11% und im Jahr 2013 auf 7% gesenkt werden.

Solch eine verbleibstatistische Untersuchung ist aber keineswegs nur eine Art technischer Vorgang, „sondern ein sozialer und kommunikativer Prozess, von dessen Qualität auch abhängig ist, wie handlungsrelevant ihre Ergebnisse wirklich werden.“³⁹

³⁷ Diese Daten beruhen auf den Auswertungen der Verbleibanalyse des Regionalen Übergangsmanagements der Landeshauptstadt Kiel. Es handelt sich dabei nicht um amtliche Statistiken, sondern um Abfragen in den Abgangsklassen der Kieler Schulen, basierend auf einer freiwilligen Zusammenarbeit.

³⁸ An dieser Stelle sind die Coaches gemeint, deren Aktivitäten über das „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ abgedeckt sind. Sie stehen in enger Verbindung zu den Beraterinnen und Beratern des Regionalen Übergangsmanagements und der Interkulturellen Bildungsberatung der Landeshauptstadt Kiel. Um die Jugendlichen, die noch keine Anschlussperspektive haben, in den Sommerferien zu kontaktieren und individuell beraten zu können, muss „man“ sie überhaupt kennen. Daher sind in diesem Zusammenhang datenschutzrechtliche Aspekte zu berücksichtigen bzw. zu klären, die an dieser Stelle nicht ausgeführt, aber benannt werden sollen.

³⁹ Kruse (2012), S. 25

Durch die jährlichen Abfragen der Verbleibzahlen bleibt das Thema „Anschlussperspektive“ an den Schulen präsent. Auch die Feedbackgespräche durch die RÜM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter mit der Schulleitung und der Berufsorientierungs-Lehrkraft zum Ablauf und zu den Ergebnissen spiegelt den jeweiligen Schulen ihre eigene Entwicklung wider und deckt mögliche Handlungsbedarfe auf. Im aktiven Dialog werden alle am Übergang Schule – Beruf beteiligten Akteure in den Prozess der angestrebten gemeinsamen Verantwortung miteinbezogen. Die Anschlussperspektive rückt so noch stärker in den Fokus. Nicht zuletzt wird in Zusammenarbeit vom Schulamt und RÜM eine verpflichtende Fortbildung für Lehrkräfte der Abgangsklassen angeboten. Ziel ist es, neben den Informationen über aktuelle Entwicklungen in den Regionalen Berufsbildungszentren und der dort angebotenen Bildungsgänge, das Augenmerk auf das Abfrageverfahren und das Anmeldeverfahren zur Berufsschulpflicht zu legen. Diese Fortbildung soll den Lehrkräften die Übergangsmöglichkeiten und Anschlussperspektiven transparent darstellen und ihnen damit mehr Sicherheit bei der Beratung ihrer Schülerinnen und Schüler geben. All diese Aktivitäten haben dazu beigetragen, dass der Anteil der Jugendlichen ohne Anschlussperspektive zum Schuljahresende deutlich gesenkt werden konnte.

Die verschiedenen Anschlussperspektiven der Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe I verlassen, verteilen sich im Detail auf folgende „Laufbahnen“:

	2010	2011	2012	2013
Duale Ausbildung	20,62 %	16,74 %	20,63 %	21,01 %
Schulische Berufsausbildung	5,06 %	6,22 %	4,86 %	2,63 %
Berufsfachschule (Typ I)	17,77 %	16,74 %	17,39 %	17,17 %
Ausbildungsvorbereitendes Jahr (AvJ)	4,50 %	3,51 %	4,32 %	6,06 %
Berufliches Gymnasium	12,48 %	15,51 %	19,37 %	20,81 %
Allgemeinbildende Schule	5,06 %	7,80 %	5,41 %	7,27 %
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB)	2,61 %	2,02 %	3,69 %	3,33 %
Arbeitsstelle	1,03 %	0,70 %	0,54 %	0,61 %
FSJ / FÖJ / Zivildienst (bis 2011)	3,87 %	4,56 %	7,21 %	7,37 %
Ohne Anschluss zum 15. / 30.06.	25,67 %	26,21 %	16,13 %	13,74 %

Abb. 6: Verbleib der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zum 30.06. im Schuljahr 2010, 2011, 2012 und 2013 im Vergleich, Quelle: Regionales Übergangsmanagement / Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

Noch detailliertere Informationen, wie z. B. die Verteilung der aufgeführten Anschlussperspektiven nach Jugendlichen mit Haupt- oder Realschulabschluss, sind in den kompletten Auswertungen der Verbleibstatistiken⁴⁰ zu finden.

3.1.3 Berufliche Ausbildungssituation in Kiel

In Kiel standen Ende Juli 2013 laut der Bundesagentur für Arbeit den Bewerberinnen und Bewerbern 2.080 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Davon waren zum 31.07.2013 noch rund 22 Prozent unbesetzt, d. h. jede gemeldete Bewerberin und jeden gemeldeten Bewerber kamen 1,3 Stellen und auf jeden – zu diesem Zeitpunkt noch unversorgten – Bewerbenden 1,1 Stellen. Auf den ersten Blick gesehen eine gute Situation für die Wirtschaft und die jugendlichen Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber.

Dennoch gestaltet sich die Situation schwieriger und komplexer, als sie die reine Zahlengegenüberstellung hergibt. Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Schleswig-Holsteins Betriebe wollen nach Aussage der IHK Kiel ausbilden und sich die Fachkräfte der Zukunft sichern. Doch es ist ein Wettbewerb der Betriebe um die besten Bewerberinnen und Bewerber entbrannt, „zwischen Trend- und weniger beliebten Berufen, zwischen großen und kleinen Betrieben, zwischen Ballungszentren und ländlichen Gebieten.“⁴¹

⁴⁰ Abrufbar unter www.uebergangsmanagement-kiel.de, Menüpunkt Auswertungen.

⁴¹ „Kieler Nachrichten“ vom 22.07.2013

Jugendliche wählen immer weniger Dienstleistungsberufe im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe oder in kleineren (Handwerks-)Betrieben. Viele Firmen betreiben immer mehr Werbeaufwand, um die Jugendlichen zu erreichen, binden verstärkt soziale Medien mit ein, intensivieren ihr Engagement im Bereich der Praktika und befördern Kooperationen mit Schulen, dennoch ist der Erfolg relativ.

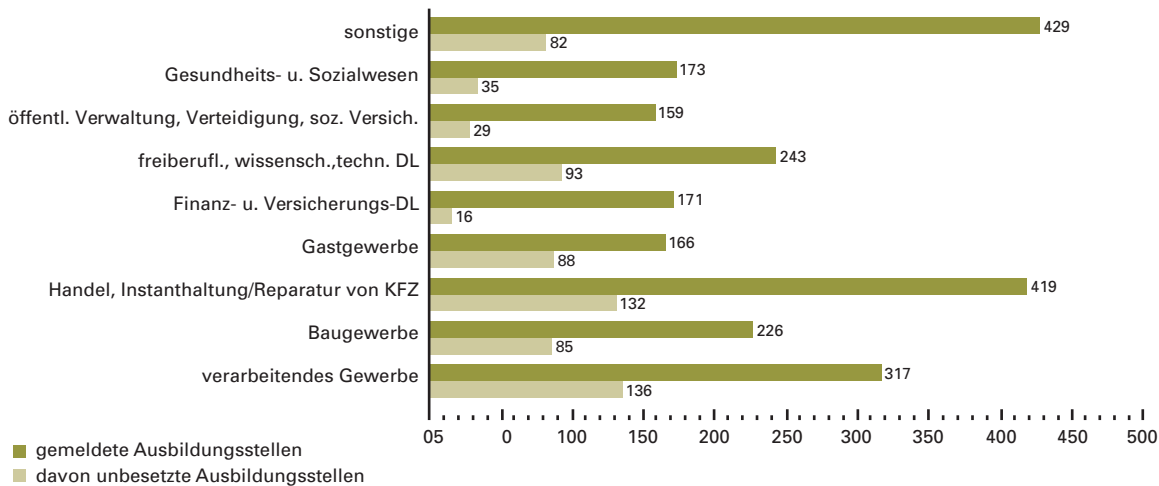


Abb. 7: Gegenüberstellung gemeldeter und unbesetzter Ausbildungsstellen laut Ausbildungsstellenmarkt der Agentur für Arbeit in Kiel, Stand 31.07.13, Quelle: eigene Darstellung des Bildungsmanagements der Landeshauptstadt Kiel

Aufgrund dieser Entwicklungen strukturieren einige Firmen bereits ihr Personalmanagement um und reduzieren ihr Ausbildungsengagement. Arbeitsmarktexperten warnen vor den weiteren Folgen. Bezogen auf Schleswig-Holstein zeigt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der IHK erstellt wurde, dass „von einer berufsfeldübergreifenden und regional flächendeckenden Auszubildendenlücke bereits ab dem Jahr 2020 ausgegangen werden muss. Die Lücke liegt maßgeblich für Schulabgänger mit Haupt- und Realschulabschluss vor, während für Hochschulzugangsberechtigte sogar ein leichter Auszubildendenüberschuss zu erwarten ist.“⁴²

Die Verfasser der Studie gehen davon aus, dass im Jahr 2030 im Kammerbezirk Kiel die relative Auszubildendenlücke bei etwa 15% liegen wird⁴³. Am stärksten betroffen werde davon der Einzelhandel, gefolgt von Hotel- und Gaststättenberufen sowie der Hauswirtschaft, den kaufmännischen Berufen, den Köchinnen und Köchen sowie der Bereich der Lager- und Transportarbeit.⁴⁴

Trotz unbesetzter Ausbildungsstellen gibt es eine große Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht sofort gelingt oder aber auch nicht gelingen will. Viele Jugendliche streben immer noch dem ehemals gesellschaftlich vermittelten Bildungsideal ihrer Eltern nach und wollen den höchstmöglichen Bildungsabschluss erreichen. Sie gehen insgesamt länger zur Schule, auch auf die Gefahr hin, dass sie den höheren Bildungsabschluss nicht erreichen. Die Verweildauer im Übergangsbereich Schule und Beruf hat sich nachweislich verlängert, die Jugendlichen stehen als „Altbewerber“ erst durchschnittlich mit über 20 Jahren für eine Ausbildung zur Verfügung.

Darüber hinaus beenden etliche Jugendliche ihre angefangene Ausbildung vorzeitig. Diese vorzeitigen Vertragslösungen sind aber nicht immer mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen, viele Jugendliche wechseln den Betrieb und lernen dort dann weiter.

Ein erhöhtes Abbruchrisiko haben insbesondere Frauen, die während der Ausbildung schwanger werden und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Insgesamt ist die Zahl der Jugendlichen

⁴² Analytix, Institut für quantitative Marktforschung & statistische Datenanalyse (Hg.) (2013): Auszubildendenprojektion 2030 in den Kreisen der Industrie- und Handelskammern Kiel und Flensburg – Ergänzungsbericht, S. 74

⁴³ Ebd., S. 76

⁴⁴ Ebd., S. 75

ohne Ausbildungsabschluss mit 12 Prozent⁴⁵ zu hoch und lässt Fragen nach ausreichender Berufsorientierung, guter Beratung und passendem Matching in den Ausbildungsberuf für alle am Berufsfindungsprozess Beteiligten offen.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig es für die Zukunft sein wird, dass der gesamte Übergangsbereich Schule und Beruf neu gestaltet wird, dass den Jugendlichen strukturell direktere Wege in Ausbildung und Arbeit und damit auch zur Bildung angeboten werden müssen. Außerdem muss die Prävention an Schulen noch nachhaltiger implementiert sein. Unterstützende und prozessorientierte Hilfen für einen passgenauen Zugang in Ausbildung müssen für alle Jugendlichen vorgehalten werden. Dieses sind alles Ziele, wie sie auch mit dem Kieler Arbeitsbündnis Schule und Beruf verfolgt werden.

Bevor die daraus abgeleiteten Maßnahmen vorgestellt werden, erfolgt ein Blick auf die vielfältigen Maßnahmen und Ansatzpunkte, die es bereits gibt.

3.2 Angebote zur Unterstützung und Berufsorientierung während der Schul- und Ausbildungszeit

3.2.1 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern

Hinter dem Begriff der Berufsorientierung verbirgt sich ein Prozess, in dem die individuellen Wünsche und Fähigkeiten der Jugendlichen den Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt gegenüber gestellt werden. Es gilt, Persönlichkeitsentwicklung und Selbstkompetenz der Jugendlichen zu stärken und ihre Berufswahlfähigkeit/ Beschäftigungsfähigkeit zu unterstützen. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für Jugendliche eine große Herausforderung. Durch eine gelungene Berufsorientierung können die jungen Menschen darin gestärkt werden, dieser Herausforderung angstfrei und positiv zu begegnen.

Im aktuellen Landeskonzept „Berufsorientierung der Regional- und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein“ des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein wird die zentrale Bedeutung der Schulen bei der Berufsorientierung von Jugendlichen unterstrichen.

„Die Vorbereitung auf diesen Übergang muss in den Regional- und Gemeinschaftsschulen frühzeitig einsetzen und dabei müssen vor allem die Ausbildungsfähigkeit und die Berufswahlkompetenzen gestärkt werden. Es ist ein wesentlicher Bestandteil des gesetzlichen schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages (§ 4 Abs. 3 Satz 3 SchulG), die Schüler ‚zur Teilnahme am Arbeitsleben und zur Aufnahme einer hierfür erforderlichen Berufsausbildung zu befähigen‘. Die diesen Zielen dienende schulische Arbeit wird vor allem in der Berufsorientierung zusammengefasst. Die Berufsorientierung stellt einen integrativen Bestandteil aller Fächer und Jahrgangsstufen dar.“⁴⁶

Welche konkreten Bausteine die Berufsorientierung enthält, wird an jeder Schule durch ein entsprechendes Curriculum festgelegt. Dieses Curriculum wird an jeder Schule von der jeweiligen Schulkonferenz beschlossen und als fester Bestandteil des Schulprogramms auch mit den externen Partnern kommuniziert. Unterstützt in der Umsetzung werden die Schulen von den sogenannten Kreisfachberaterinnen und -beratern für Berufsorientierung, die seit Ende 2008 von der Landesregierung mit der Koordination der regionalen Berufsorientierung beauftragt sind.

Berufsorientierungscurriculum (BO-Curriculum) an den Schulen

Das Curriculum zur Berufsorientierung umfasst die verschiedenen Aktivitäten und Instrumente, die die jeweilige Schule einsetzt, um die Jugendlichen auf dem Weg in den Beruf zu unterstützen, z. B.:

⁴⁵ Bundesinstitut für Berufsbildung: Pressemitteilung 20/2013 vom 13.06.2013

⁴⁶ Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2013): Landeskonzept Berufsorientierung der Regional- und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein, S.3

- **Praktika**

Praktika gehören zu den zentralen Elementen eines BO-Curriculums. Dazu zählen Werkstatt-, Langzeit- sowie Betriebspraktika. Letztere werden in einem von den Schülerinnen und Schülern ausgesuchten Betrieb absolviert und dauern in der Regel zwei Wochen. Solche Praktika sind in allen allgemeinbildenden Schulen in Kiel verpflichtend und in einem BO-Curriculum fest verankert. In Zusammenarbeit mit den Kieler Wirtschaftsverbänden sollen die Praktika zukünftig noch besser vor- und nachbereitet werden (vgl. Kap.5).

- **Berufswahlpass**

Der Berufswahlpass kann von den Schülerinnen und Schülern selbst geführt und mit Einträgen und Dokumenten versehen werden. Er ist ein bewährtes Instrument zur beruflichen Orientierung im Rahmen des schulischen Berufsorientierungsprozesses. Der Berufswahlpass wird in allen Schulformen ab der Sekundarstufe I (zum Teil schon ab der 7. Klasse) eingesetzt und kann die Jugendlichen ein Leben lang begleiten⁴⁷.

- **Spezielle Unterrichtseinheiten**

Die Bandbreite von speziellen Unterrichtseinheiten ist groß. Sie reicht von der Einführung von Schülerfirmen und Workshops zum sozialen Unternehmertum (Social Entrepreneurship) bis hin zu Unterrichtsstunden, in denen Eltern ihre Berufe vorstellen oder Besuche von Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Unternehmen stattfinden (z. B. in Kooperation mit den Wirtschafts-junioren Kiel).

- **Bewerbungstrainings**

Gezielte Bewerbungstrainings mit ausgebildeten Fachkräften (z.B. von der Agentur für Arbeit oder Ausbilderinnen und Ausbildern aus Unternehmen) sind ebenfalls häufig Bestandteil des Berufsorientierungscurriculums.

- **Schnuppertage**

Etliche Schulen haben Kooperationen oder sogenannte „Lernpartnerschaften“ mit Kieler Unternehmen (siehe: Regionale Fachberatung Schule – Betrieb) und führen beispielsweise im Klassenverband Betriebsbesichtigungen durch.

- **Besuche von Messen wie z. B. die nordjob oder das Berufsforum der Förde Sparkasse / Kieler Nachrichten und / oder Durchführung eigener Berufsmessen in verschiedenen Kieler Schulen**

Neben den großen Berufsmessen führen Schulen zunehmend auch eigene interne Messen durch, bei denen ehemalige Schülerinnen und Schüler sowie Eltern eingebunden werden.

- **Besuch des Berufsinformationszentrums (BIZ)**

Das Berufsinformationszentrum (BIZ) der Agentur für Arbeit ist neben der Schule der klassische Ort für Veranstaltungen der Berufsorientierung und bietet eine Fülle von Medien zur Selbstinformation zur Berufswahl. Außerdem stehen Gruppenräume als Veranstaltungsort für Workshops und Seminar, Vorträge, Ausbildungsplatzbörsen und Messen zur Verfügung. Sein Besuch ist fester Bestandteil der meisten Berufsorientierungscurriculums. Die Schulbesprechung im BIZ gibt den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich mit Informations- und Recherchemöglichkeiten vertraut zu machen, elektronische Medien und Printmedien zu nutzen. Das BIZ legt großen Wert auf die Aktualität und Neutralität seiner Informationsangebote.

- **Medien zur Berufsorientierung**

Die Online-Portale planet-beruf.de und abi.de sind die Leitmedien für die Jugendlichen in der Sekundarstufe I und II. BERUFENET, KURSNET, das Videoportal BERUFE.TV und die JOBBÖRSE sind ebenfalls online abrufbar. Zahlreiche Printmedien wie Studien- und Berufswahl, BERUF AKTUELL, die Magazine zu planet-beruf und abi. Faltblätter „Berufe im Überblick“, Infomappen zu Ausbildung, Studium, Weiterbildung sowie die Regionalschriften bieten wichtige Informationen zu Ausbildung, Studium und Beruf.

⁴⁷ Weitere Informationen unter www.berufswahlpass.de

Neben diesen Bausteinen gibt es vielfach noch weitere Angebote, die die Berufsorientierung der Jugendlichen unterstützen sollen. Das BO-Curriculum soll ein systematisches und strukturiertes Gesamtkonzept darstellen und bereits ab Jahrgangsstufe 5 einsetzen. Eine Maßnahme des neu gegründeten Kieler Arbeitsbündnisses Übergang Schule – Beruf ist die Einführung eines einheitlichen Berufsorientierungscurriculums an allen Kieler Schulen sowie die Förderung der Vor- und Nachbereitung von Praktika (vgl. Kap. 4 und 5).

Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben: die regionale Fachberatung „Schule–Betrieb“

Die regionale Fachberatung „Schule–Betrieb“⁴⁸ ist seit 2006 ein Projekt im Rahmen der „Landespartnerschaft Schule–Wirtschaft“ mit Beteiligung der Kammern, der Landesregierung, dem Unternehmensverband Nord sowie der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit. Die Fachberatung unterstützt die Kooperationen zwischen den Schulen und den Betrieben, um durch einen frühzeitigen Kontakt den Übergang von der Schule in den Beruf für beide Partner deutlich zielgerichteter und effektiver zu gestalten. Für die Schülerinnen und Schüler können zum Beispiel Praktikumsplätze, Bewerbungstrainings oder Besuche in den Unternehmen organisiert werden. Die Betriebe können den Unterricht durch praxisnahe Inhalte ergänzen und so die duale Berufsausbildung realitätsnäher an die Jugendlichen heranbringen.

Im Sommer 2013 existierten in Kiel 71 Kooperationen zwischen Betrieben und allgemeinbildenden Schulen.

Kooperationskalender zur Unterstützung der Koordination der Aktivitäten

Der vom Bildungsbüro Kiel im Schuljahr 2012/2013 neu erstellte Kooperationskalender gibt einen sehr differenzierten Einblick über alle internen und externen Aktivitäten der beruflichen Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen in Kiel. Er erfasst die drei letzten Klassenstufen jeder Schule mit den dazu gehörigen Maßnahmen. So lassen sich Zusammenhänge zwischen Angeboten und Ergebnissen ermitteln, eventuelle Handlungsbedarfe identifizieren und eine strukturelle und planbare Vorgehensweise festlegen. Der Kooperationskalender zeigt sich bereits nach einem Jahr als unverzichtbares Instrument zur notwendigen Transparenz und folglich als Überprüfungsgrundlage der erzielten Wirkung oben genannter Maßnahmen.

Angebote der individuellen Beratung und Begleitung zur Berufsorientierung für Kieler Schülerinnen und Schüler

Individuelle Beratungen sowie zum Teil längerfristige prozessorientierte Begleitungen von Schülerinnen und Schülern sind in Kiel unter anderem über folgende Stellen möglich:

- Agentur für Arbeit Kiel
- Kieler Jobcenter für Jugendliche
- Industrie- und Handelskammer zu Kiel
- Kreishandwerkerschaft Kiel
- Interkulturelle Bildungsberatung Übergang Schule und Beruf (vgl. Kapitel 3.2.3)
- Übergangsberatung des Integrationsfachdienstes der Landeshauptstadt Kiel⁴⁹
- Bildungsberatung Kiel – Ost (vgl. Kapitel 3.2.3)
- Ehrenamtsprojekt „Ausbildungsbrücke/AusbildungsPATEN“⁵⁰

Auch an dieser Stelle nochmal der Hinweis, dass es neben diesen Angeboten noch weitere unterstützende Beratungs- und Begleitungsangebote von anderen Trägern gibt (wie z.B. das

48 Weitergehende Informationen unter www.schule-betrieb-sh.de.

49 Seit 2011 arbeitet die Landeshauptstadt Kiel am Projekt „Übergang Schule – Beruf“ des schleswig-holsteinischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung mit.

50 Kiel ist ein Standort der sogenannten „Ausbildungsbrücke“. Die Ausbildungsbrücke ist ein Projekt der Initiative Arbeit durch Management/PATENMODELL, welches wiederum eine bundesweite Initiative der Diakonie ist. Die Ausbildungsbrücke besteht aus drei Säulen und ermöglicht Schülerinnen und Schülern eine ehrenamtliche Begleitung von der Schule bis zum Antritt der ersten Stelle nach Ausbildungsabschluss. Auch bietet sie Unternehmen eine Plattform für aktive Anwerbung neuer Auszubildenden. Weitere Infos unter www.ausbildungsbruecke.patenmodell.de.

Jugendaufbauwerk, die isfa interkulturelle schule fortbildung und ausbildung gGmbH, der DRK Kreisverband Kiel, o. a.). Die Fülle der Angebote lässt sich am umfassendsten über die Internetseite des Regionalen Übergangsmanagements der Landeshauptstadt Kiel ermitteln.

3.2.2 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Unterstützung der Ausbildung

Der Begleitungs- und Unterstützungsbedarf der Jugendlichen und jungen Erwachsenen endet zu meist nicht bei Antritt der Ausbildung, sondern besteht darüber hinaus. Die folgenden Angebote bieten Unterstützung während der Ausbildungszeit.

Regionale Ausbildungsbetreuung in Schleswig-Holstein, Standort Kiel

Seit 1995 wird landesweit in zehn Regionen die regionale Ausbildungsbetreuung angeboten. Grund war die steigende Zahl vorzeitiger Ausbildungsaufösungen und die relativ große Anzahl Beschäftigter ohne Berufsausbildung. Die Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer werden finanziert durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein. Seit 2003 beteiligen sich auch die jeweiligen Träger und seit 2006 der Europäische Sozialfonds.

Die individuelle Unterstützung von Jugendlichen während ihrer Ausbildungszeit, aber auch bei Abbruch ihrer Ausbildung, steht im Fokus der Arbeit der Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer. Dabei spielt es keine Rolle, welche Gründe zum Abbruch geführt haben. Alle Themen, die der erfolgreichen Absolvierung einer Ausbildung im Wege stehen, sind Inhalte der vertraulichen und kostenlosen Beratung.

Am Kieler Standort, d. h. bei der regionalen Ausbildungsbetreuung der Landeshauptstadt Kiel, wurden laut Sachstandsbericht im Jahr 2012 insgesamt 901 Beratungsgespräche durchgeführt. Dabei entfielen auf 269 Ratsuchende (159 m, 110 w) 633 Folgeberatungen. 56,5 Prozent der Ratsuchenden waren Auszubildende, 43,5% waren Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrecher.

Rund 60 Prozent der ratsuchenden Jugendlichen waren zwischen 18 und 21 Jahre alt und der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund lag insgesamt bei 23,8 %. Zusätzlich zu den Beratungen der Jugendlichen fanden rund 500 Gespräche/Kontakte mit unterschiedlichen Kooperationspartnern statt. Die Jugendlichen lernten gleichermaßen in Industrie und Handel (40,3 % der Ratsuchenden) wie im Handwerk (41 % der Ratsuchenden).

Die Hauptgründe für den Beratungsbedarf waren zwischenmenschliche und fachliche Probleme im Betrieb, gefolgt von Fehlverhalten des Betriebes oder des Auszubildenden, persönlichen/familiären Belastungen, interkulturellen Problemlagen und der beruflichen Neuorientierung. Auch wurden 2012 vermehrt gesundheitliche Problematiken bekannt.

In den Beratungen zeigte sich, dass sich der Zeitpunkt des Ausbildungsabbruchs auf die ersten beiden Ausbildungsjahre verlagert. Rund 41 % der Ratsuchenden brachen bereits in der Probezeit, 27 % im ersten Ausbildungsjahr ab.

Insgesamt nahm im Jahr 2012 die Tendenz des längerfristigen Beratungsbedarfes zu. Hierfür war in der Ausbildungsbetreuung in Kiel zusätzlich eine Fachkraft für individuelles Coaching tätig. Dies zeigt eine Entwicklung, die den Bedarf an individueller Begleitung unterstreicht.

Ehrenamtsprojekt VerA (Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen)

Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative des Senior Experten Service (SES), der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). VerA ist seit April 2012 unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern auch in Schleswig-Holstein aktiv. Das Projekt ist ein Angebot für diejenigen, die in der Ausbildung auf Schwierigkeiten stoßen und sich mit dem Gedanken tragen, sie abzubrechen. Auf Wunsch stellt der SES diesen Jugendlichen berufs- und lebenserfahrene Senior-Expertinnen und -Experten als Vertrauenspersonen zur Seite. Die Begleiterinnen und Begleiter helfen unabhängig, ehrenamtlich und individuell – egal, ob fachliche oder private Probleme drängen oder soziale



Konflikte schwelen. Unterstützung durch VerA können alle anfordern, die an der Ausbildung beteiligt sind: Auszubildende, Eltern, Ausbildungsberaterinnen und -berater, Ausbildungsbetriebe und auch Berufsschulen. Der Koordinator für die Kielregion ist über die IHK zu Kiel zu erreichen.⁵¹

Ehrenamtsprojekt „Ausbildungsbrücke / AusbildungsPATEN“

Das bundesweit tätige Projekt der Diakonie begleitet Jugendliche ab der Schulzeit bis zur ersten Stelle nach Abschluss der Ausbildung (siehe Fußnote 50).

Berufsausbildungsbeihilfe / Ausbildungsbegleitenden Hilfen

Neben den persönlichen Beratungs- und Begleitungsangeboten gibt es auch finanzielle Maßnahmen des Jobcenters für Jugendliche/der Agentur für Arbeit zur Unterstützung der Ausbildung: beispielsweise die *Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)*, die Auszubildende finanziell unterstützt, die nicht mehr bei den Eltern wohnen. Die *Ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH)* ermöglichen Nachhilfeunterricht für Auszubildende, die in der Berufsschule Probleme haben.

3.2.3 Bestehende Instrumente und Aktivitäten, Schwerpunkt Interkulturelle Beratung

Bundesweit münden immer noch nur halb so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund in eine duale Berufsausbildung wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund⁵². Fragt man nach den Gründen, werden neben mangelnder Ausbildungsreife und fehlender Kenntnisse über die tatsächlichen Ausbildungsangebote auch häufig eine latente Diskriminierung wegen der Herkunft oder des Familiennamens ins Feld geführt. Um besonders den zwei letztgenannten Faktoren, nämlich den fehlenden Kenntnissen über Ausbildungschancen und einer latenten Diskriminierung, entgegen zu wirken, ist eine enge Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und -migranten ein erfolgsversprechender Ansatz. Dieser Ansatz wird in der Landeshauptstadt Kiel aktiv verfolgt und an dieser Stelle nochmal explizit dargestellt.

Interkulturelle Bildungsberatung Übergang Schule und Beruf

Im April 2012 wurde die „Interkulturelle Bildungsberatung Übergang Schule und Beruf“⁵³ innerhalb des neu geschaffenen Bildungsbüros bei der Landeshauptstadt Kiel ins Leben gerufen. Finanziert bis Ende 2014 durch Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Jobcenters Kiel, ergänzt die Interkulturelle Bildungsberatung in enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Kiel die bestehenden Beratungsangebote. Im Verbund mit diesen Partnern werden erkannte Handlungsbedarfe und Beratungslücken angegangen.

Ziel der prozessorientierten Bildungsberatung ist es, die Jugendlichen mit einer gesicherten Anschlussperspektive wieder aus der Beratung zu entlassen. Neben der Arbeit in den eigenen Räumlichkeiten bietet die Interkulturelle Bildungsberatung aufsuchende Informations- und Beratungsangebote in Schulen und Jugendtreffs an.

Im Jahr 2012 hatte die Interkulturelle Bildungsberatung rund 1.100 Beratungskontakte, davon 500 Beratungen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Über 50 Schülerinnen und Schüler nahmen dabei das Angebot einer langfristigen Begleitung (länger als einen Monat) in Anspruch und wurden/werden von den Bildungsberaterinnen und -beratern intensiv bis zum direkten Anschluss betreut.

Für das Jahr 2013 konnte die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Beratungen durch die Bildungsberatung der Landeshauptstadt Kiel bereits in den ersten beiden Quartalen, auch durch eine weitere Verstärkung des Beratungsteams, deutlich übertroffen werden. Bis zum Sommer 2013

51 Weiterführende Informationen unter: www.ihk-schleswig-holstein.de/bildung/ausbildung/projekte/1576886/VerA_staerkt_Auszubildende_SES_Initiative_jetzt_auch_in_Flensbu.html

52 Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.) (2011): BIBB REPORT Ausgabe 16/11. Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten, S.1ff

53 Weitere Informationen unter www.uebergangsmangement-kiel.de, Menüpunkt „Interkulturelle Bildungsberatung“.

waren bereits 700 Beratungskontakte erfolgt. Darüber hinaus sind derzeit über 100 Jugendliche in einer langfristigen Beratung, von denen einige auch bereits für das Jahr 2014 einen beruflichen Anschluss suchen. Für 45 Jugendliche, die im Jahr 2013 ihre Beratung begonnen haben, konnte bereits eine direkte Anschlussperspektive gefunden werden. Darunter fielen viele Ausbildungs-, Schul- und Studienplätze.

Ein besonderes Augenmerk der Interkulturellen Bildungsberatung gilt Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Rund 50 % der Jugendlichen, die eine Beratung in Anspruch nehmen, haben einen Migrationshintergrund. Ebenso wichtig wie die Beratung der Schülerinnen und Schüler, ist die Beratung der Eltern sowie der Lehrkräfte der verschiedenen Schulformen. Während man letztere meist über die Schulen erreichen kann, sind die klassischen Wege, wie Elternabende und Elternversammlungen in den letzten beiden Jahrgängen vor dem Abschluss wegen der geringen Beteiligungsquote von Eltern nur selten erfolgsversprechend.

Es zeigt sich, dass insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund Anlaufstellen benötigen, die sie bei Bedarf in ihrer Muttersprache zur Bildungs- und Ausbildungslaufbahn ihrer Kinder beraten können. Um diesen Bedarf zu erfüllen, hat die Interkulturelle Bildungsberatung ihre Zusammenarbeit mit den Bildungsbeauftragten der Migrantenselbstorganisationen (siehe „Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf“) intensiviert.

So wurde im Februar 2013 eine Kooperationsvereinbarung mit der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. (TG S-H e.V.) geschlossen. Im Rahmen dieser Kooperation wurden zwei Mitarbeiter der TG S-H e.V. zur Interkulturellen Bildungsberatung „abgeordnet“ und sind nun fester Bestandteil des Bildungsberatungsteams der Interkulturellen Bildungsberatung. Diese Bildungsberaterinnen und -berater arbeiten sowohl in den Räumlichkeiten der Bildungsberatung als auch bei der Türkischen Gemeinde S-H in Gaarden. Ein weiteres Angebot konnte mit dem Türkischen Elternbund e.V. vereinbart werden. Seit April 2013 findet dort an jedem ersten Freitag im Monat ebenfalls eine Bildungsberatung vor Ort statt.

Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf



Auf Initiative der Landeshauptstadt Kiel wurde im Januar 2011 die „Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf“ gegründet. Acht Migrantenorganisationen und zwei Religionsgemeinschaften unterzeichneten einen Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Träger des RÜM-Begleitprojektes MOZAIK, gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle Bildungs- und Beratungsangebote. In ihr erklären sich alle Beteiligten bereit, an einer Verbesserung der Bildungsintegration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund aktiv mitzuwirken.

Jede Migrantenorganisation und jede Religionsgemeinschaft ernannte eine **Bildungsbeauftragte bzw. einen Bildungsbeauftragten**⁵⁴ sowie eine Vertretung. Die Aus- und Weiterbildung dieser Bildungsbeauftragten im Rahmen regelmäßiger Fortbildungsveranstaltungen unter der Bezeichnung „Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf“ wurde 2011 mit einem der fünf Integrationspreise des Landes Schleswig-Holstein prämiert.

Die Interkulturelle Bildungsberatung hat die Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf nun zu einem regelmäßig tagenden, zentralen Fach- und Informationsnetzwerk für alle Akteure im Übergang Schule, Beruf und Studium in der Kiel Region ausgebaut. Die Bildungsberatung kann so aktuelle Informationen zu Veränderungen im Übergangssystem, Vorstellungen themenbezogener Projekte und neues aus dem Themenbereich Migration und Bildung direkt an viele Multiplikatoren weitergeben.

⁵⁴ Das Plakat mit den Kontaktdaten der Bildungsbeauftragten sowie weitere Informationen finden Sie unter www.uebergangsmangement-kiel.de, Menüpunkt „Interkulturelle Interessengemeinschaft Schule und Beruf“.

Vor allem bei der Arbeit mit den Eltern mit Migrationshintergrund übernehmen die Bildungsbeauftragten der Migrantenselbstorganisationen, aber auch die Teilnehmenden an den Sitzungen der Interkulturellen Interessengemeinschaft, als Multiplikatoren eine entscheidende Mittlerrolle.

Bildungsberatung Kiel-Ost

Die „Bildungsberatung Kiel-Ost“ steht in Trägerschaft der isfa – interkulturelle schule fortbildung und ausbildung gemeinnützige gesellschaft mbh – und wird im Rahmen der Projektfinanzierung auch von der Landeshauptstadt Kiel finanziell unterstützt. Sie ist am Regionalen Berufsbildungszentrum Technik in Gaarden angesiedelt und arbeitet eng mit diesem zusammen. Sie wurde im Februar 2012 eröffnet und ist in ihrer jetzigen Finanzierung ebenfalls bis Ende 2014 befristet. Die drei Mitarbeiterinnen beraten zu den verschiedensten Bildungsfragen und begleiten insbesondere die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsphasen.

Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit führte die Bildungsberatung Kiel-Ost 1.750 Beratungen durch, von denen 62 % das Thema Übergang Schule – Beruf betrafen⁵⁵. Die Beraterinnen arbeiten ebenfalls prozessorientiert und mit verschiedenen Kooperationspartnern, vorrangig auf dem Ostufer, zusammen. Auf Wunsch begleiten sie die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch zu Terminen in anderen Institutionen. Weiterhin praktizieren auch sie „aufsuchende“ Beratungsarbeit in Schulen oder Jugendtreffs, um den Jugendlichen eventuelle Hemmschwellen zu nehmen und den direkten Kontakt zu erleichtern. Ähnlich wie bei der „Interkulturellen Bildungsberatung Übergang Schule und Beruf“ wies der Großteil der Ratsuchenden (41 %) einen Migrationshintergrund auf und bei fast 90 Prozent handelte es sich um Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 19 Jahren.

Auch bei der Bildungsberatung Kiel-Ost nehmen die Beratungszahlen im zweiten Projektjahr deutlich zu. Neben den Aktivitäten zum Übergang Schule – Beruf soll 2013/2014 der Übergang Grundschule – weiterführende Schule sowie die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule stärker in der Beratungsarbeit berücksichtigt werden.

3.3 Angebote und Aktivitäten des Jobcenters Kiel und der Agentur für Arbeit in der Phase des Übergangs

3.3.1 Bestehende Instrumente und Maßnahmenangebote nach SGB II und SGB III

Die Agentur für Arbeit (AA) in Kiel nimmt mit ihrer Berufsberatung eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung Jugendlicher von der Schule in Ausbildung und/oder Arbeit ein. Die Angebote der Berufsberatung sind interessenneutral und kostenlos. Sie leisten damit einen grundlegenden Beitrag zur beruflichen Orientierung der Schülerinnen und Schüler und sollten in partnerschaftlicher Abstimmung zwischen Schule und Berufsberatung möglichst umfassend genutzt werden. Sie unterstützt die schulische Berufsorientierung durch personale Angebote wie Schulbesprechungen in Vorabgangs- und Abgangsklassen, Elternveranstaltungen und wirkt bei Projekttagen mit. Die Berufsberatung der Agentur für Arbeit stellt Informationen über Berufe und den lokalen Ausbildungsstellenmarkt zur Verfügung, berät über die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten während und nach der Schule und vermittelt in Ausbildung und Arbeit. Neben den Informationsveranstaltungen im BIZ stehen zahlreiche mediale Angebote den Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften zur Verfügung. Zusätzlich können besondere Berufsorientierungsveranstaltungen (z. B. Potenzialanalysen und Berufsfelderprobungen) für Schülerinnen und Schüler gefördert werden, die ihnen einen vertieften Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt ermöglichen und sie damit besser auf die Berufswahl vorbereiten. Die Förderung durch Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung kann erfolgen, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % an der Finanzierung beteiligen. Wichtige Angebote im Übergang Schule – Beruf stellen auch die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) dar, die Jugendliche in praxisbezogener Weise zur Berufswahl und Ausbildungsreife verhelfen sollen. Dieses Angebot hat sich in der Praxis als gutes arbeitsmarktpolitisches Integrationsinstrument bewährt.

⁵⁵ Bildungsberatung Kiel-Ost (Hg.) (2013): Sachbericht Bildungsberatung Kiel-Ost 2012-2013, S.10

Die Agentur für Arbeit Kiel arbeitet im Themenbereich Übergang Schule – Beruf eng mit dem Jobcenter zusammen. Durch eine enge Zusammenarbeit in der Ausbildungsvermittlung kann eine verlässliche Dienstleistung aus einer Hand sowohl für Unternehmen als auch für die Jugendlichen angeboten werden. Gemeinsames Ziel ist es, die gemeldeten Stellen zeitnah und qualitativ hochwertig zu besetzen. Darüber hinaus führen die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Kiel gemeinsame Aktivitäten, wie z. B. Stellenbörsen, Betriebsbesuche, Branchentage oder Auswahlverfahren für Unternehmen durch.⁵⁶ Auch die Berufsberatung der Agentur für Arbeit arbeitet eng mit dem Jobcenter Kiel zusammen. Nach terminlicher Absprache werden in einer individuellen Berufsberatung „neben den Interessen, Fähigkeiten und Eignungsaspekten immer auch die Chancen einer realistischen Umsetzung beleuchtet, so dass Jugendliche am Ende in die Lage versetzt werden, eine eigene tragfähige Entscheidung zu treffen.“⁵⁷

Das Jobcenter Kiel stellt als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf der Grundlage des Zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) ein breites Spektrum von Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Ziel ist es, allen Jugendlichen innerhalb einer kurzen Frist ein Angebot machen zu können. Diese Maßnahmenangebote werden im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens an Bildungsträger in Kiel vergeben. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit hält das Jobcenter für Jugendliche sehr unterschiedlich ausgerichtete Maßnahmen vor. Insgesamt liegen die Kosten dafür nach eigenen Angaben bei rund 5 Millionen Euro pro Jahr (Stand 2012).

Gemeinsam ist den Maßnahmen, dass sie für die Teilnehmenden verpflichtend sind. Im Kern sollten sie direkt in eine Ausbildung und nicht durch Folgemaßnahmen in sogenannte „Maßnahmenkarrieren“ führen. Insgesamt bietet das Jobcenter für Jugendliche in Kiel 21 verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Ausbildungsreife und zur Erreichung eines Berufsabschlusses an.

Diese Maßnahmen lassen sich in vier Kategorien einordnen:

- **Maßnahmen zur Berufsorientierung und Verfestigung der Ausbildungsreife**
Diese Maßnahmen sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage versetzen, einen Schulabschluss, eine Ausbildung oder eine Arbeitstätigkeit aufzunehmen (vgl. auch Kap. 3.3.2). So sollen beispielsweise die Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) oder die Einstiegsqualifizierung (EQ) Jugendliche ansprechen, die nach ihrem Schulabschluss noch keine Ausbildung gefunden haben. Sie dienen der Berufsorientierung, dem Einüben und Verfestigen von Sozial- und Arbeitstugenden und der Nachqualifizierung. Falls Jugendliche das Maßnahmenziel vorzeitig erreichen, können sie mittels der Maßnahme IN-JOB direkt in Ausbildung oder Arbeit gebracht werden.
- **Maßnahmen zur Unterstützung der Ausbildung**
Des Weiteren gibt es Maßnahmen während der Ausbildung. Wie im Kap.3.2.2 bereits erwähnt, gibt es beispielsweise die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), die Auszubildende finanziell unterstützt, die nicht mehr bei den Eltern wohnen und die Ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH), die Nachhilfeunterricht für Auszubildende ermöglichen, die in der Berufsschule Probleme haben.
- **Maßnahmen zur Integration von Menschen mit einer Lernbehinderung**
Zur Integration von jungen Menschen mit einer Lernbehinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt gibt es die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE).
- **Maßnahmen zum Training von Arbeitstugenden**
Arbeitsgelegenheiten (AGH) trainieren junge Menschen „on the job“, damit sie in die Lage versetzt werden, grundlegende Arbeitstugenden kennen zu lernen und zu trainieren.

Derzeit beziehen rund 4.600 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren (U25) SGB II Leistungen und werden vom Jobcenter für Jugendliche Kiel (JJC) betreut. Von diesen Jugendlichen gehen ca. 1.600 noch zur Schule⁵⁸. Bei ca. 200 Jugendlichen kann das JJC davon ausgehen, dass diese in der Regel alleine und ohne die Unterstützungsangebote der Fachkräfte des Jobcenters nach dem Schulabschluss ihren Weg ins Berufsleben finden. Für 1.600 Jugendliche im SGB II Bezug gilt dies meist nicht. Für sie werden spezielle Angebote (Maßnahmen, Projekte) zur Unterstützung konzipiert.

⁵⁶ Jobcenter Kiel (Hg.) (2013): Arbeitsmarktprogramm 2013, S.12

⁵⁷ Ebd., S.13

⁵⁸ Stand 31.05.2013

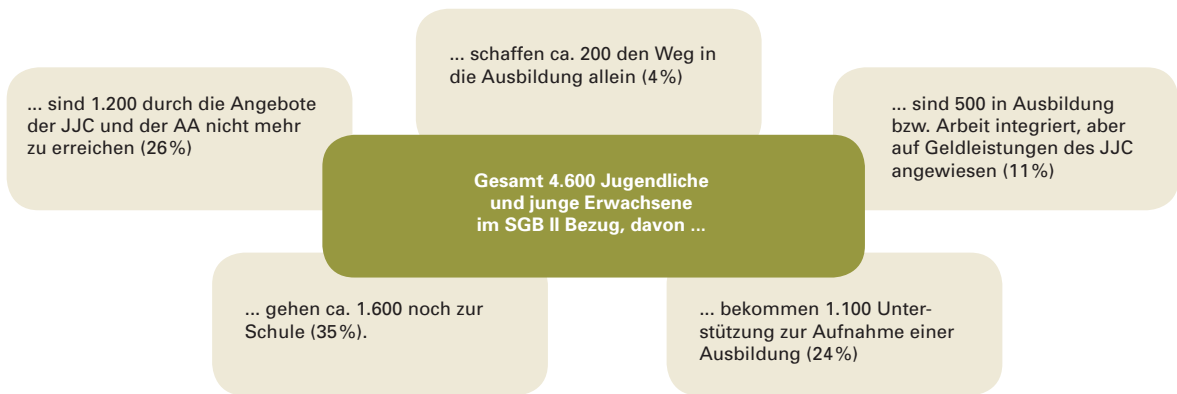


Abb. 8: Verteilung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im SGB II – Bezug, eigene Darstellung des Bildungsmanagements/Regionalen Übergangsmanagement der Landeshauptstadt Kiel auf der Grundlage von Informationen des Jobcenters Kiel (Stand Mai 2013)

Hier kann die Formel „Fördern und Fordern“ als grundlegendes Konzept angesehen werden. In einem zuvor genau festgelegten Rahmen werden die Anforderungen des Arbeitsmarktes mit denen des zukünftigen Bewerbers oder der zukünftigen Bewerberin verglichen. Fehlen hier entsprechende Qualifikationen oder ist der/die zu vermittelnde SGBII Empfänger/in noch nicht in der Lage die Anforderungen zu erfüllen, ergeben sich verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten. So können Schulabschlüsse nachgeholt, berufliche Vorqualifikationen erreicht sowie berufsbedingte Zusatzqualifikationen (Staplerschein, Schweißerschein) erworben werden. Bei Jugendlichen, die mit schwerwiegenderen Defiziten die Hilfe und Unterstützung des Jobcenters benötigen, kann es aber auch erst mal um das Wiedererlangen von Tagesstrukturen, Umgangsformen am Arbeitsplatz oder den regelmäßigen Schulbesuch gehen. Erst in einem nächsten oder übernächsten Schritt kann dann an die langsame Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gesprochen werden.

Trotz aller Bemühungen seitens der Maßnahmen- und Projektträger und der intensiven Betreuung durch das Jobcenter Kiel, können von den insgesamt 4.600 Jugendlichen im SGBII-Bezug 1.200 Jugendliche unter 25 Jahren durch alle diese Angebote nicht mehr erreicht werden. Bei diesen Jugendlichen stehen Themen wie Obdachlosigkeit, familiäre Probleme, das Erleiden von Gewalt und Abhängigkeiten unterschiedlichster Art im Vordergrund. An die Aufnahme einer Ausbildung, einer beruflichen Tätigkeit oder einer Fortführung der Schullaufbahn ist hier zunächst nicht zu denken.

3.3.2 Projekte des Übergangs in gemeinsamer Verantwortung zwischen Kommune, Agentur für Arbeit und Jobcenter Kiel

Durch Beschluss der Ratsversammlung wurde die Oberbürgermeisterin im Jahr 2008 beauftragt, das Jobcenter beim Ausbau innovativer Maßnahmen der Beschäftigungsförderung für besondere Zielgruppen (Jugendliche, Alleinerziehende, Ältere, Migrantinnen und Migranten) zu unterstützen.⁵⁹

Diese Aufgabe wird im Rahmen der Kommunalen Beschäftigungsförderung als Teil des Bildungsbüros wahrgenommen. Aufgrund der traditionell guten Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Kiel ist es möglich, die Jugendlichen bei der Überwindung von Problemen im Übergang Schule und Beruf zu unterstützen. Dies sind überwiegend prozessorientierte Projekte, die die Jugendlichen befähigen sollen, individuelle Schwierigkeiten zu überwinden und persönliche Stärken herauszuarbeiten.

Folgende Projekte werden gemeinsam von der Landeshauptstadt Kiel, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gefördert:

⁵⁹ Drucksache 0852/2008: Aktive Beschäftigungsförderung, zu finden unter: www.kiel.de, Menüpunkt „Infosystem Kommunalpolitik“

Projekt BOJE (Berufliche Orientierung für Jugendliche und junge Erwachsene)

Zielgruppe:

Jugendliche (mehrheitlich) ohne Hauptschulabschluss, die aufgrund persönlicher Defizite (noch) nicht ausbildungsreif sind und teilweise auch schulabstinent sind bzw. waren.

Arbeitsweise:

Vermittlung von beruflich nutzbaren Kompetenzen durch Einbindung in betriebsnahe Produktionsprozesse. Hierfür wurden die Produktionsbereiche Holz- und Bautechnik / Metalltechnik, Floristik/Handel und Gastronomie/Hauswirtschaft mit insgesamt 32 Teilnehmerplätzen gebildet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden durch das Jobcenter und die Landeshauptstadt Kiel (Amt für Familie und Soziales) zugewiesen.

Durchführungsträger:

Bildungsträger inab

Finanzierung:

Bundesprogramm BIWAQ II des Europäischen Sozialfonds mit Kofinanzierung durch die Landeshauptstadt Kiel

Dauer:

November 2011 bis Oktober 2014

Erfolge:

Die 32 Teilnehmerplätze sind seit Projektbeginn durchgängig besetzt. Bis zum 30.09.13 haben insgesamt 51 Jugendliche teilgenommen. Von diesen brachen 10 die Teilnahme vorzeitig ab. Bei den anderen 41 (=80%) konnte eine soziale Stabilisierung erreicht werden, was als großer Erfolg zu werten ist. In neun Fällen gelang den Jugendlichen bereits ein Übergang in Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Maßnahmen.

Projekt IN-JOB

Zielgruppe:

Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr, die trotz Integrationshindernissen das Potenzial aufweisen, erfolgreich in Ausbildung oder Arbeit zu gehen.

Arbeitsweise:

Die Zuweisung erfolgt direkt durch die Integrationsfachkräfte des Jobcenters für Jugendliche oder durch Bildungsträger, bei denen die Jugendlichen in der Aktivierungsphase sind. Es werden nur Jugendliche aufgenommen, die Potenzial für eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsstelle oder für eine Qualifizierung aufweisen. Nach Aufnahme einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle erfolgt eine Nachbetreuung.

Durchführungsträger:

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Bildungsträger Mikro Partner GmbH und dem Jobcenter für Jugendliche durchgeführt.

Finanzierung:

Jobcenter Kiel und Landeshauptstadt Kiel tragen die Projektkosten jeweils zur Hälfte.

Dauer:

Januar 2012 – Dezember 2014

Erfolge:

2012 konnten von 384 ins Projekt aufgenommenen Jugendlichen 204 in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Für 69 weitere Jugendliche konnte eine Anschlussperspektive gefunden werden (=71% Erfolgsquote).

Projekt Talentschmiede

Zielgruppe:

Ziel des Modellvorhabens „Talentschmiede Kiel/ Kieler Anschlussmodell“ ist es, den Anteil von Hauptschülerinnen und Hauptschülern zu erhöhen, die direkt nach dem Schulbesuch in eine ungeforderte Ausbildung gehen.

Arbeitsweise:

Beratung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern und deren Eltern durch die ‚Ausbildungslotsen‘ der Talentschmiede in kooperierenden Schulen und in eigenen Beratungsräumen. In einer gemeinsamen Steuerungsgruppe zwischen Agentur für Arbeit, Jobcenter Kiel, Schulamt Kiel und der Landeshauptstadt Kiel werden die Ergebnisse evaluiert und das weitere Vorgehen gemeinsam mit dem Durchführungsträger festgelegt.

Durchführungsträger:

Von 2010 bis 2013 befand sich das Projekt in der Trägerschaft des Jugendaufbauwerks Kiel (JAW Kiel), seit dem Sommer 2013 ist es in gemeinsamer Trägerschaft der Agentur für Arbeit Kiel, dem Jobcenter Kiel, dem Schulamt Kiel und der Landeshauptstadt Kiel.

Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgt anteilig durch die Landeshauptstadt Kiel, der Agentur für Arbeit, dem Schulamt Kiel und dem Jobcenter Kiel.

Dauer:

Das Projekt ist momentan auf die Laufzeit des Schuljahres 2013/2014 befristet.

Erfolge:

Im Schuljahr 2011/2012 wurden insgesamt 119 Schülerinnen und Schüler aktiv betreut, von denen 55 in duale Ausbildung vermittelt werden konnten (= 46%). Im Schuljahr 2012/2013 gelang dies bei 47 von 94 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern (= 50%), Stand 31.08.13

Projekt PAC's (Über Praktikum in Ausbildung durch Coaching)

Zielgruppe:

Ziel des Projekts PAC's ist es, (langzeit-)arbeitslose Jugendliche und junge Menschen bis 25 Jahren für einen Zugang zum ersten Ausbildungsmarkt zu qualifizieren und den Übergang in Ausbildung zu sichern.

Arbeitsweise:

Nach Erhebung eines Kompetenzprofils und Durchführung eines ersten Orientierungspraktikums werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ein Praktikum auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Begleitend erfolgen Bildungsmodule zur Stärkung der individuellen Ausbildungsreife. Bei positivem Praktikumsverlauf wird die Übernahme in ein reguläres Ausbildungsverhältnis angestrebt.

Durchführungsträger:

Das Projekt befindet sich in der Trägerschaft des Jugendaufbauwerks Kiel (JAW Kiel).

Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgt jeweils zur Hälfte aus Mitteln des Beschäftigungsfonds der Landeshauptstadt Kiel und durch das Jobcenter Kiel.

Dauer:

Laufzeit von Oktober 2013 bis Oktober 2014.

Erfolge:

Es wird angestrebt, die in einem Vorgängerprojekt vom JAW Kiel erreichte Vermittlungsquote von 60% weiter zu erhöhen.

3.4 Die Regionalen Berufsbildungszentren

3.4.1 Entwicklung und Angebote der RBZs in Kiel

Im Jahr 2005 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein mit dem Bericht „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)“⁶⁰ den Grundstein für die Umwandlung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren gelegt.

Den Schulen werden größtmögliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortung übertragen. Dies soll sie in die Lage versetzen, eine kontinuierliche Verbesserung ihrer Unterrichtsqualität durch flexiblere Anpassung an die Anforderungen der Wirtschaft zu erreichen und bei der Gestaltung des regionalen Berufsbildungsangebots mitzuwirken.

Es gibt in Kiel drei Regionale Berufsbildungszentren, namentlich das RBZ 1, das RBZ Technik sowie das RBZ Wirtschaft. Im Schuljahr 2012/2013 besuchen insgesamt rund 12.000 Schülerinnen und Schülern die RBZ.⁶¹ Diese Zahl ist in den letzten Jahren relativ konstant (Schwankungen zwischen 0–3 Prozent).

Für Jugendliche ohne Abschluss, mit Hauptschulabschluss, Mittlerem Bildungsabschluss, Fachhochschulreife und Allgemeiner Hochschulreife sowie jungen Erwachsenen mit abgeschlossener Berufsausbildung bieten die drei Regionalen Berufsbildungszentren der Landeshauptstadt Kiel über hundert Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es gibt den berufsschulischen Teil der dualen Ausbildung, die Vollzeitbildungsgänge (schulische Berufsausbildung), das Ausbildungsvorbereitende Jahr, die Berufseingangsklassen, die Fach- und Berufsoberschulen, die Berufsfachschulen, die Fachschule sowie das Berufliche Gymnasium.⁶²

Die Angebote im Überblick:

Vor der beruflichen oder universitären Ausbildung

- Die *Berufsfachschule I (BFS I)* richtet sich an Jugendliche mit Hauptschulabschluss und vermittelt eine berufliche Grundbildung. Bei einem erfolgreichen Abschluss erreichen die Jugendlichen einen Mittleren Bildungsabschluss, der mit einem Realschulabschluss vergleichbar ist.
- Das *Ausbildungsvorbereitende Jahr (AVJ)* richtet sich an Jugendliche, die am Ende der Schulzeit keinen Hauptschulabschluss erreicht oder keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Im AVJ werden allgemeine Fächer und berufliche Fächer unterrichtet, in denen Kenntnisse und Fertigkeiten aus den Berufsfeldern vermittelt werden.
- Die *Berufseingangsklasse (BEK)* richtet sich an Jugendliche, die noch nicht 18 Jahre alt sind, keinen Schulplatz, keinen Ausbildungsplatz und keinen Platz in einer Maßnahme des Jobcenters haben und damit weiterhin berufsschulpflichtig sind. Diese Berufsschulpflicht ist im Schleswig-Holsteinischen Schulgesetz festgelegt.
- Am *Beruflichen Gymnasium* können Jugendliche in drei Jahren die Allgemeine Hochschulreife erwerben. Neben allgemeinen Fächern werden spezifische Fächer – je nach Schulprofil – angeboten.

HINWEIS: Um Schülerinnen und Schülern nach der zehnten Klasse an einer Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe schon frühzeitig eine Anschlussperspektive zu gewährleisten, gibt es in Kiel Kooperationen zwischen einigen Gemeinschaftsschulen und den Regionalen Berufsbildungszentren.

⁶⁰ Landtagsdrucksache 16/346: Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ). Bericht der Landesregierung, zu finden unter www.landtag.ltsh.de/infotehek/

⁶¹ Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2013): Kieler Schulinformation. Die Schulstatistik der Landeshauptstadt Kiel für das Schuljahr 2012/2013, S. 88–89

⁶² Vgl. www.kiel.de/leben/bildung/berufsbildende/index.php

Während der Ausbildung

- **Duale Ausbildung**

Der schulische Teil einer beruflichen Ausbildung wird an den RBZs der Landeshauptstadt Kiel unterrichtet. Eine duale Ausbildung dauert zwei bis dreieinhalb Jahre. Jugendliche, die ihre Ausbildung mit einem Hauptschulabschluss begonnen haben, können unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Abschluss der Ausbildung einen Mittleren Bildungsabschluss (MBA) erwerben, der mit einem Realschulabschluss vergleichbar ist.

Jugendliche, die ihre Ausbildung mit einem Realschulabschluss begonnen haben, können in einer *zweijährigen berufsbegleitenden Fachoberschule* (Abendschule) die Fachhochschulreife erwerben.

- **Schulische Ausbildung**

Die *Berufsfachschule III (BFS III)* richtet sich an Jugendliche, die im Rahmen einer schulischen Berufsausbildung einen anerkannten Beruf erlernen wollen. Je nach vorherigem Bildungsabschluss (Haupt- oder Realschulabschluss) und Ausbildungsberuf dauert die Ausbildung zwei bis drei Jahre. Der gleichzeitige Erwerb eines höherwertigen Abschlusses (Realschulabschluss oder Fachhochschulreife) ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Nach der Ausbildung

- Nach der Ausbildung kann die *einjährige Fachoberschule (FOS)* besucht und die Fachhochschulreife erworben werden. Im Anschluss an die Fachhochschulreife an der Fachoberschule besteht die Möglichkeit, die *Berufsoberschule (BOS)* zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife zu besuchen.
- Der Erwerb der Fachhochschulreife berechtigt zu einem Studium an einer Fachhochschule. Der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife berechtigt zum Studium an einer Universität, an einer Fachhochschule oder einer Akademie.
- Der Besuch einer *Fachschule* setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie mehrjährige Berufserfahrung voraus. In überwiegend zwei Jahre dauernden Bildungsgängen werden „vertiefte berufliche Fachqualifikationen auch im Hinblick auf Führungsaufgaben“⁶³ vermittelt. Sie schließen mit einer staatlichen Prüfung ab.

Um die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung und die weiteren Bildungswege transparenter zu gestalten, hat das Regionale Übergangsmanagement Kiel eine Übersicht über die Anschlussperspektiven an den drei Regionalen Berufsbildungszentren entwickelt und als Flyer veröffentlicht.⁶⁴

3.4.2 Die Regionalen Berufsbildungszentren als Lernorte im Übergang

Die Regionalen Berufsbildungszentren mit ihren vielfältigen Aus- und Weiterbildungsangeboten bieten aktuell für rund 50 Prozent der Kieler Schülerinnen und Schüler die direkte Anschlussperspektive nach dem Abschluss der Sekundarstufe I. Die Berufsbildungszentren spielen damit eine wichtige Rolle als Lernorte im Übergang Schule – Beruf.

Aus der amtlichen Schulstatistik der Landeshauptstadt Kiel lassen sich für die Bildungsgänge „Berufsfachschule I“ (zweijährig), „Ausbildungsvorbereitendes Jahr“ und „Berufseingangsklassen“ (jeweils einjährig) allerdings keine Aussagen treffen, inwieweit diese Bildungsgänge Schülerinnen und Schüler zu einem höherwertigen Abschluss oder einem konkreten Anschluss verhelfen.

Das Regionale Übergangsmanagement der Landeshauptstadt Kiel hat sich deshalb gemeinsam mit den Regionalen Berufsbildungszentren auf die Durchführung einer Verbleibabfrage in den oben genannten Bildungsgängen verständigt, um die Übergänge und Anschlüsse transparenter

⁶³ Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2013): Schul- und Bildungsangebot der Landeshauptstadt Kiel, S. 45

⁶⁴ Abrufbar unter www.uebergangsmanagement-kiel.de

darzustellen. Die Abfrage erfolgte erstmalig für das Schuljahr 2012/2013 auf Basis der mit dem Datenschutzzentrum SH abgestimmten Version (ULD-SH) und orientiert sich an der aktuellen Verbleibabfrage an den allgemeinbildenden Schulen. Befragt wurden die Abteilungsleiterinnen und -leiter, die Klassenlehrerinnen und -lehrer, die Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie die Coaching-Fachkräfte der jeweiligen Bildungsgänge für das Schuljahr 2012/2013.

Im Verlauf der Umsetzung dieser erstmaligen Befragung wurde deutlich, dass die vorgesehenen Tabellenabfragen noch stärker an die Schulwirklichkeit der Beruflichen Schulen angepasst werden müssen, um die Grundlagen für eine valide Auswertung zu erhalten. Diese Anpassungen und Weiterentwicklungen werden für die zukünftigen Abfragen in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungszentren vorgenommen.

Die Ergebnisse der diesjährigen Abfrage konnten aufgrund dieser noch notwendigen Anpassungen nur eingeschränkt ausgewertet werden, sind aber im Folgenden dargestellt.

Die Berufsfachschule I (BFS I)

Im Schuljahr 2012/2013 begannen insgesamt 504 Schülerinnen und Schüler an den Standorten RBZ 1, RBZ Technik und RBZ Wirtschaft mit der Berufsfachschule I. Dieser Ausbildungsgang bietet Schülerinnen und Schülern mit Hauptschulabschluss die Gelegenheit in zwei Jahren einen Realschulabschluss zu erwerben.

Die diesjährige Abfrage hat ergeben, dass 294 Schülerinnen und Schüler (58,33%) die Versetzung ins zweite Schuljahr und damit die Möglichkeit zu einem Realschulabschluss im Schuljahr 2013/2014 erreicht haben.

Zum Verbleib der 210 Schülerinnen und Schüler, die den Bildungsgang BFS I an den drei Kieler RBZ vorzeitig beendet haben, lagen zum Stichtag für 171 Schülerinnen und Schüler konkrete Angaben vor.

Von ihnen

- sind knapp 34% ohne konkrete Anschlussperspektive,
- streben 12,3% eine duale Ausbildung an,
- planen 5,8% ein Langzeitpraktikum,
- besuchen 7% eine Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme,
- wechseln 7,6% in eine SGB II Maßnahme,
- streben 5,8% eine Arbeitstätigkeit an,
- planen 4,7% eine Wiederholung des ersten Jahres der BFS I, z.B. aufgrund eines längeren krankheitsbedingten Ausfalls,
- die übrigen Schülerinnen und Schüler verteilen sich kleinteilig auf andere Optionen wie z.B. Bundeswehr, Umzug, etc. oder es können aus datenschutzrechtlichen Gründen keine weiteren Angaben über den Verbleib gemacht werden.

Betrachtet man dieses erste Ergebnis, muss überlegt werden, wie in diesem Bildungsgang der Übergang in die duale Berufsausbildung deutlich erhöht werden könnte. Auffällig ist auch, dass viele Schülerinnen und Schüler im Anschluss an das erste Jahr der BFS I zunächst niedrigschwellige berufsorientierende Angebote anstreben. Andere Anschlussoptionen wie z.B. das Freiwillige Soziale Jahr oder der Bundesfreiwilligendienst lassen sich unter den Anschlüssen nicht finden.

Durch Interviews mit den entsprechenden Abteilungsleiterinnen und -leitern der BFS I stellte sich außerdem heraus, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer persönlichen Einschränkungen Schwierigkeiten mit den schulischen Anforderungen haben, zu steigen scheint (hierunter fallen z.B. psychische Erkrankungen und/oder Suchterkrankungen). Diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern muss intensiver berücksichtigt werden, ebenso wie die Jugendlichen, die aus pädagogischen Gründen (hohe Fehlzeiten; geringe Motivation dem Unterricht zu folgen, etc.) den Anforderungen der Berufsfachschule I nicht gewachsen sind. Für sie könnte bereits frühzeitig im ersten Halbjahr des Schuljahres eine geeignete Anschlussperspektive entwickelt werden.

Das Ausbildungsvorbereitende Jahr (AVJ)

Das „Ausbildungsvorbereitende Jahr“ wendet sich an Schülerinnen und Schüler, die bislang entweder keinen Hauptschulabschluss oder keinen Ausbildungsplatz haben. Diese heterogenen Voraussetzungen sind bei Auswertung der Verbleibabfrage zu den AVJ-Angeboten eine besondere Herausforderung. Eine weitere Herausforderung liegt darin, dass es neben dem allgemeinen Ausbildungsvorbereitenden Jahr auch noch zwei Sonderformen gibt: das RBZ Wirtschaft bietet zusätzlich das sogenannte „Kaufmännisch Vorbereitende Jahr (KVJ)“ an und das RBZ 1 das sogenannte „AVJ-Kooperativ“, in dessen Rahmen es möglich ist, Langzeitpraktika im Garten- und Landschaftsbau zu absolvieren.

Im Schuljahr 2012/2013 besuchten an den drei verschiedenen Berufsbildenden Schulen insgesamt 227 Schülerinnen und Schüler das Ausbildungsvorbereitende Jahr. Knapp die Hälfte von ihnen war ohne Hauptschulabschluss, der Rest verfügte über einen Hauptschulabschluss (50%) oder einen Realschulabschluss (3%).

Bei der Analyse des Verbleibs der Schülerinnen und der Schüler wurde auch bei diesem Bildungsgang deutlich, dass die Abfrage verfeinert und die Erhebung verlässlicher Daten zu den Abschlussperspektiven erst noch erarbeitet werden muss.

Laut vorliegender Verbleibanalyse hat mindestens die Hälfte der Jugendlichen, die zu Beginn des Ausbildungsvorbereitenden Jahres noch keinen Hauptschulabschluss hatte, diesen nach Abschluss des Jahres erreicht.

Bezüglich der Anschlussperspektive liegen für 148 AVJ-Schülerinnen und Schülern konkrete Angaben vor:

- 22% planen den Besuch des Bildungsgang BFS I,
- 18,2% haben am Stichtag noch keine Anschlussperspektive,
- 16,2% streben eine duale Ausbildung an,
- 14,9% finden im niedrigschwellig berufsorientierten Bereich einen Anschluss,
- 13,5% besuchen eine Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme,
- die übrigen Schülerinnen und Schüler verteilen sich kleinteilig auf andere Anschlussmöglichkeiten wie z. B. Besuch der Berufsfachschule III, Jobben, etc..

Die auffällig niedrige Zahl von Schülerinnen und Schülern (14,9%), die im niedrigschwelligen berufsorientierenden Bereich (z. B. Projekt BOJE, siehe Kap. 3.3.2) einen Anschluss findet, wirft die Frage auf, ob es für diese Zielgruppe neben dem AVJ überhaupt noch genug weitere schulische qualifizierende Angebote gibt, die diese Jugendlichen zum Hauptschulabschluss führen könnte. Die neue „Berufseingangsklasse in Vollzeit“ wäre hier ab dem Schuljahr 2013/2014 eventuell eine Möglichkeit, um den Hauptschulabschluss doch noch zu erreichen.

Durch die Interviews mit den entsprechenden Abteilungsleitungen des AVJ ergibt sich auch für diesen Bildungsgang, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihrer persönlichen Einschränkungen bzw. psychischen Erkrankungen den Anforderungen nicht gewachsen sind, stetig steigt. Im gleichen Maße besorgniserregend ist auch hier die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aus pädagogischen Gründen noch nicht für den Bildungsgang des AVJ geeignet scheinen und für die bereits kurz nach dem Beginn des AVJ eine andere – geeignete – Anschlussperspektive gefunden werden muss. Diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern weist ebenfalls in der Mehrzahl hohe Fehlzeiten auf, zeigt keine Motivation dem Unterricht zu folgen und bricht den Bildungsgang sehr früh ab.

Die Berufseingangsklasse (BEK)

Alle Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule ohne Anschlussperspektive verlassen haben und nicht volljährig sind, unterliegen der Berufsschulpflicht. In Schleswig-Holstein wird diese in sogenannten „Berufseingangsklassen“ (BEK) an den Regionalen Berufsbildungszentren abgeleistet. Es handelt sich um eine Teilzeitmaßnahme, die wöchentlich eine ein- bzw. zweitägige Beschulung vorsieht. Durch die Besonderheiten dieses Bildungsganges (Betreuung der Schülerinnen und

Schüler über einen möglichst kurzen Zeitraum bis zum gefundenen Anschluss, das Ableisten der Praktika und Qualifizierungsmaßnahmen bei zum Teil externen Partnern, der seltene Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern) ist es schwierig, ihn im gesamten Jahresverlauf darzustellen.

Im Schuljahr 2012/2013 waren insgesamt 228 Schülerinnen und Schüler in den Berufseingangsklassen gemeldet. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, neben dem Unterricht auf freiwilliger Basis zusätzliche Unterstützung zur beruflichen Orientierung in Anspruch zu nehmen. Im vergangenen Schuljahr haben mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler (58,7%) dieses Angebot in Form von individuellem Coaching genutzt. Diese Jugendlichen sind auch die Bezugsgröße für die Verbleibanalyse. Über die 94 Schülerinnen und Schüler (41,3%), deren Aktivitäten nicht über das individuelle Coaching begleitet worden, können die RBZ keine Angaben machen. Es bleibt offen, ob die Jugendlichen vielleicht aus eigener Initiative erfolgreich eine Anschlussperspektive finden konnten.

Für die Jugendlichen, die am Coaching teilgenommen haben, zeigt sich folgendes Bild:

- 29,8% finden den Anschluss in berufsvorbereitenden Maßnahmen,
- 17,9% streben einen höheren Bildungsgang an einem RBZ an,
- 13,7% beginnen eine duale Ausbildung,
- gut ein Drittel der Jugendlichen findet trotz der Anbindung an das Coaching keine Anschlussperspektive bzw. ist ihr Verbleib unbekannt. Die Gründe dafür sind vielschichtig und komplex. Vor allem sind es Abwesenheit und fehlende Motivation, aber auch diverse andere institutionelle Unterbringungen.

Ab dem Schuljahr 2013/2014 wird an zwei Standorten (RBZ1 und RBZ Technik) die Berufsschulpflicht im Rahmen von 20 Stunden in der Woche abgeleistet. Diese positive Entwicklung der Vollzeitbeschulung und der damit verbundene Auftrag zum Ausbau der Coaching-Begleitung könnte einen Beitrag zur besseren schulischen Integration der Jugendlichen leisten und somit den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreicher gestalten. Die systematische und regelmäßige Teilnahme an schulischen Maßnahmen und die engere Anbindung des Jugendlichen an das schulische Geschehen könnten ebenfalls sicher stellen, dass die Bildungs- und Anschlusswege für alle Schülerinnen und Schüler gezielt unterstützt und verfolgt werden könnten.

Fazit

Wie eingangs erwähnt, muss die Verbleibanalyse der Schülerinnen und Schüler an den Regionalen Berufsbildungszentren noch verfeinert werden. Es zeigt sich aber bereits jetzt, dass die gewonnenen Daten wichtige Steuerungsinformationen liefern können. Diese sollen zukünftig auch für einen der Kernindikatoren zur Überprüfung der Weiterentwicklung des Themenfeldes Übergang Schule – Beruf herangezogen werden (vgl. Kap. 5).

Die Regionalen Berufsbildungszentren nehmen sowohl für die kommunale Bildungspolitik als auch für den regionalen Arbeitsmarkt eine wichtige Schlüsselfunktion ein. Sie sollen neue Wege gehen können, um künftig bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote – insbesondere mit den regionalen Partnern aus der Wirtschaft – flexibel und differenziert zu gestalten. Darüber hinaus sollen sie befähigt werden, sich eigenverantwortlich und eigenständig bei Anpassungs- und Gestaltungsprozessen auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem, technischem und pädagogischem Gebiet in der Region zu beteiligen, um für Jugendliche aktuelle sowie zukunftsorientierte Bildungsprozesse zu organisieren. Mit diesen vielen neuen Möglichkeiten, aber auch hohen Anforderungen, können die Regionalen Berufsbildungszentren in Kiel zu einem wesentlichen Faktor in der Regionalentwicklung werden. Sie stellen einen wichtigen weiteren Bündnispartner für die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf dar.

3.5 Resümee

Die erfolgreiche berufliche und soziale Integration junger Menschen ist eine Aufgabe, die nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten zu bewältigen ist. Dabei kommt der Gestaltung gelingender Übergänge von der Schule in den Beruf eine besondere Bedeutung zu, vor allem vor dem Hintergrund einer unüberschaubaren Zahl von oft nicht unterscheidbaren oder isoliert nebeneinander stehenden Angeboten sowie durch die Vielzahl von unterschiedlichen Zuständigkeiten und Interessen.

Die Aktivitäten des Regionalen Übergangmanagements haben in dieser Situation zu mehr Transparenz und verbesserten Abstimmungsprozessen zwischen den Beteiligten geführt. Hervorzuheben ist hierbei insbesondere die Generierung von steuerungsrelevanten Daten über die Verbleib-Abfrage der Jugendlichen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen. Aber nicht nur die bessere Datenlage zu Übergangsverläufen, auch die Herstellung von Transparenz in den Angeboten sowie die Bestandsaufnahme und Beschreibung lokaler Angebotsstrukturen haben dafür gesorgt, dass Handlungsbedarfe identifiziert werden konnten. Es konnten zusätzliche Angebote für unversorgte Jugendliche entwickelt werden, die dann in der Folge gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter Kiel, dem Schulamt Kiel und Bildungsträgern durch Mittel des Beschäftigungsförderungsfonds erfolgreich umgesetzt wurden.

Einen weiteren Meilenstein stellt die wachsende Einbindung von Eltern und Migrantenorganisationen in die Berufsorientierung und Berufswahl ihrer Kinder dar. Multiplikatorenfortbildungen für Lehrkräfte und Bildungsbeauftragte verhalfen nachhaltig die Transparenz des Übergangssystems zu erhöhen und die komplexen Möglichkeiten von Bildungswegen effektiver nutzbar zu machen.

Auf dieser Basis sollen die vorhandenen Netzwerke gestärkt und Kooperationen erweitert werden. Doppelstrukturen sollen abgebaut und effektivere Übergänge in Ausbildung und Arbeit initiiert werden. Prozessorientierte Beratungsprojekte, die den Jugendlichen zum Handeln und Entscheiden im Berufsorientierungs- und Berufsfindungsprozess befähigen, werden eine wesentliche Rolle in einem neugestalteten Übergangssystem einnehmen und von den Arbeitsbündnispartnern unterstützt.

Die Datenerhebung über den Verbleib und die Anschlussperspektiven der Jugendlichen sollen über alle Schulformen und Bildungsgänge ausgeweitet werden und in ein verbindliches, gemeinsam getragenes, systematisches Übergangsmoitoring münden. Ziel muss es sein, dass **kein Jugendlicher verloren geht** und für alle Jugendlichen eine berufliche Perspektive und Teilhabe garantiert werden kann.

Durch die Gründung des Kieler Arbeitsbündnisses ist die Basis für die notwendige gemeinschaftliche Weiterentwicklung und Steuerung des Kieler Übergangssystems geschaffen worden.

TEIL II: Dokumentation des Gestaltungs- prozesses

Zukünftige Handlungs-
schwerpunkte zur Verbesserung
des Übergangs Schule – Beruf

TEIL II: Dokumentation des Gestaltungsprozesses

Zukünftige Handlungsschwerpunkte zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf

Aufbauend auf den dargestellten Aktivitäten haben die Landeshauptstadt Kiel, das Jobcenter Kiel, das Schulamt Kiel und die Agentur für Arbeit in Kiel eine lokale Verantwortungsgemeinschaft initiiert, die sich über eine verbindliche Kooperation mit Leitzielen, abgestimmten Maßnahmen und messbaren Kennzahlen Handlungsschwerpunkte in der Verbesserung des Übergangs Schule und Beruf gesetzt haben.

Das Spektrum der geplanten Interventionen reicht von einer verbesserten Berufsorientierung mit verbindlichen Berufsorientierungscurricula an Schulen über verstärkte Unterstützungsaktivitäten für unversorgte Jugendliche nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule, der benachteiligungssensiblen Ansprache von sozialen Risikogruppen, der verstärkten Elterneinbindung bis hin zu prozessorientierten Konzepten zur beruflichen Orientierung, die darauf zielen, allen Schülerinnen und Schülern sinnvolle Anschlüsse in Ausbildung, Weiterbildung und Studium zu ermöglichen.

Die Mitarbeit der Kieler Wirtschaft, ihrer Kammern und Interessensverbände als wichtige Partner ist gesichert und unabdingbarer Bestandteil der Aktivitäten dieses umfangreichen Handlungsrahmens.

4.1 Das Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf



Im September 2012 gründete sich, eingebettet in den Prozessgedanken der Bildungsregion, das Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf. Gründungsmitglieder waren die Landeshauptstadt Kiel, das Jobcenter Kiel, das Schulamt Kiel und die Agentur für Arbeit in Kiel. In dem ersten Workshop wurden folgende drei übergeordnete Leitziele (vgl. Kap. 4.2) entwickelt:

- 1. Jede Jugendliche und jeder Jugendliche ist ausbildungsreif.**
- 2. Kein Abschluss ohne Anschluss.**
- 3. Ausbildung hat Vorrang.**

Diese Leitziele wurden in der ersten Sitzung des Kieler Bildungsbeirates im Oktober 2012 vorgestellt und dort gemeinschaftlich diskutiert. Danach folgte im Dezember 2012 ein zweiter Workshop, der die Leitziele in Handlungsziele und Maßnahmenansätze operationalisierte.

Ende Januar 2013 fand die **zweite Kieler Bildungskonferenz**⁶⁵ statt, die das Thema „Übergang Schule – Beruf“ in den Fokus stellte. Eingeladen waren Fachleute aus Schule und weiteren Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Kammern, Politik, Landes- und Kommunalverwaltung sowie Jugendliche und weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger.

65 Die Dokumentation der 2. Kieler Bildungskonferenz steht zum Download bereit unter www.kiel.de/bildungsregion

In vier themenspezifischen Foren diskutierten die Teilnehmenden unter den Aspekten „Zusammenarbeit Schule–Betrieb“, „Ehrenamtliche Begleitungsangebote“, „Familiäre Unterstützung“ und „Individuelle Bedarfe und Beratungsangebote“ die aktuelle Situation in Kiel und die aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsansätze.

Diese Ideen wurden durch das Bildungsmanagement der Landeshauptstadt Kiel mit den Ansatzpunkten des Arbeitsbündnisses verglichen. Der Abgleich ergab, dass alle Aspekte, die das Arbeitsbündnis in seinen Maßnahmen zur Stärkung des Übergangs aufgegriffen hat, eine Entsprechung in den Überlegungen der Konferenzteilnehmenden fand. Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstrichen vor allem die Bedeutung des Praktikums, die Notwendigkeit von Qualitätsstandards in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben sowie einer verstärkten Einbindung von Eltern. Zusätzlich empfahlen sie einen stärkeren Austausch zwischen den verschiedenen Schulformen und -arten sowie zwischen Schüler- als auch Lehrerschaft.

Diese Empfehlungen wurden an das Arbeitsbündnis rückgemeldet und in einem weiteren Workshop des Bündnisses mit der konkreten Maßnahmenplanung abgeglichen. Insgesamt entwickelte das Arbeitsbündnis zu den drei Leitzielen 18 Maßnahmenansätze mit zum Teil mehreren Einzelmaßnahmen (siehe Anhang).

Des Weiteren wurden bereits Anfang 2013 die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft und der Unternehmensverband Kiel als Mitglieder des Arbeitsbündnisses gewonnen.

Auf der Frühjahrssitzung des Kieler Bildungsbeirates wurden dann ebenfalls die Konferenzergebnisse sowie die Handlungsschwerpunkte des Arbeitsbündnisses vorgestellt und diskutiert. Insbesondere die Aufwertung des Praktikums wurde von den Mitgliedern des Beirates begrüßt und in seiner Bedeutung unterstrichen. Im Sommer 2013 folgte ein vierter Workshop des Bündnisses, der die Verstetigung der begonnenen Koordinierungsarbeit sowie die Umsetzungskontrolle der vereinbarten Maßnahmen zum Inhalt hatte.

Die Arbeit des Bündnisses und die von ihm entwickelten Maßnahmen wurden im September 2013 durch einen Beschluss der Kieler Ratsversammlung bekräftigt,⁶⁶ gefolgt von der offiziellen Unterzeichnung des Aktionspapiers des Bündnisses durch die Kooperationspartner im November 2013.

4.2 Die konkreten Handlungsschwerpunkte in den Leitzielen

Das Arbeitsbündnis hat die zukünftigen Handlungsschwerpunkte in drei Leitzielen formuliert und mit Indikatoren hinterlegt. Diese plakativen Leitziele illustrieren den Prozesscharakter der dahinter liegenden gemeinsamen Aufgabenstellungen, auf die sich die Bündnispartner für den Übergang Schule und Beruf verständigt haben und die im Folgenden dargestellt werden.

4.2.1 Leitziel 1: Jede / r Jugendliche ist ausbildungsreif – Handlungsschwerpunkte

Für alle allgemeinbildenden Kieler Schulen bis zur Sekundarstufe I wird ein gemeinsames Berufsorientierungscurricula mit Mindeststandards und Zuständigkeiten entwickelt. Dies ist die Grundlage, um mit jeder Schule eine verpflichtende Rahmenvereinbarung zu schließen. In der Verantwortung der jeweiligen Schulen liegt es, diese Rahmenvereinbarung zur beruflichen Orientierung an ihrer Schule umzusetzen, um allen Schülerinnen und Schülern sinnvolle Anschlussperspektiven zu ermöglichen. Berufsorientierung ist dabei viel mehr als der punktuelle Verweis auf die Angebote der Agentur für Arbeit oder die Unterstützung bei der Gestaltung von Bewerbungen und bei der Suche nach einem Praktikumsplatz. Sinnvolle Berufsorientierung ist eine dauerhafte Querschnittsaufgabe der gesamten Schule, die früh beginnt, fächerübergreifend angelegt ist und die Jugendlichen begleitet ohne sie zu bevormunden.

Deswegen soll Berufsorientierung sorgfältig in den Schulalltag eingearbeitet werden und in der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer Berücksichtigung finden.

⁶⁶ Drucksache 0640/2013, verfügbar unter www.kiel.de, Menüpunkt „Infosystem Kommunalpolitik“.



Ausgehend von den Stärken und Talenten wird mit jeder Jugendlichen, jedem Jugendlichen eine individuelle Berufs- und Lebensplanung entwickelt mit dem Ziel einer Integration in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt.

Unter Einbindung bewährter Elemente des „Handlungskonzeptes Schule & Arbeitswelt“ sollen flächendeckend an allen Schulen individuelle Berufswegeplanungen gemeinsam mit dem Jugendlichen erarbeitet werden. Darüber hinaus sollen die Vorstellungen und Erwartungen an die fachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen der Jugendlichen im kommunikativen Austausch mit den (Praktikums-)Betrieben und den Kammern und den Verbänden der Wirtschaft abgeglichen werden, um gemeinsam dem Begriff „Ausbildungsreife“ mehr Substanz zu verleihen.

Kooperationen der Schule mit Wirtschaftsunternehmen, Kammern und Verbänden, sowie Bildungsträgern werden in dem sogenannten „Kooperationskalender“ erfasst und in die Berufsorientierungsaktivitäten eingepasst. Zur Qualitätssicherung werden Kennzahlenanalysen aus Vergleichsarbeiten herangezogen, damit Erfolge transparenter werden und Berufsorientierung noch zielgerichteter unterrichtet werden kann.

4.2.2 Leitziel 2: Kein Abschluss ohne Anschluss – Handlungsschwerpunkte

Berufliche Anschlussperspektiven herzustellen ist zwingendes Ziel bei allen Aktivitäten. Jeder Bildungs- und Ausbildungsgang, sowohl an Schule und als auch am Regionalen Berufsbildungszentrum ist aufgerufen, nach einem erfolgreichem Bildungs- bzw. schulischem Berufsabschluss auch Verantwortung für eine geeignete berufliche Anschlussperspektive für die Jugendlichen zu übernehmen.

Keine Jugendliche, kein Jugendlicher ist ohne Anschluss nach dem Schulabschluss. Alle haben eine passgenaue Anschlussperspektive und die Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Die unterstützenden Partner werden durch gemeinsame Anstrengungen und kreative jugendgerechte Aktionen frühzeitige Unterstützungs- und Beratungsleistungen anbieten. Dabei soll vor allem ein aktives Berufswahlverhalten geweckt werden. Informationsquellen werden unter Einbindung des Nutzungsverhaltens von Jugendlichen mit digitalen Medien nutzbar gemacht. Praktika sollen auf der Grundlage von Potenzialanalysen nach den Interessen und Stärken des Jugendlichen gewählt, gut vorbereitet, unterstützt und begleitet werden und eine intensive Nachbereitung im Sinne einer möglichen beruflichen Perspektive in dem erprobten Berufsfeld beinhalten. Verstärkte Vermittlungsaktivitäten sind insbesondere für Schülerinnen und Schüler notwendig, die kurz vor Ende ihres jeweiligen Bildungsganges noch keine berufliche Perspektive gefunden haben bzw. deren Verbleib unklar ist.

Grundsätzlich sollen alle Jugendlichen eines Jahrganges erfasst werden und ein professionelles Beratungsangebot erhalten. Ebenso sollen die im Jobcenter für Jugendliche gemeldeten Jugendlichen durch eine gut abgestimmte Netzwerkstruktur individuelle Unterstützung zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung erhalten.

Die Bündnispartner Industrie- und Handelskammer zu Kiel, die Kreishandwerkerschaft Kiel und der Unternehmensverband Kiel bieten einzelfallbezogene Unterstützung der Schulen bei der Suche nach passgenauen Praktikumsstellen an. Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss sollen wieder mehr Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. Zur passgenauen Vermittlung in Praktika, zur Bewerbung und zur Anforderungsklärung in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen, werden flankierend Seminarveranstaltungen für die Lehrerinnen und Lehrer angeboten.

4.2.3 Leitziel 3: Ausbildung hat Vorrang – Handlungsschwerpunkte

Die Beratungsstrategien werden weiter auf eine berufliche Ausbildung konzentriert. Ausbildung hat Vorrang bedeutet hierbei nicht, dass jede Beratung nur das Ziel hat, in eine berufliche Ausbildung zu lenken, sondern in der Beratung werden den Jugendlichen die Vorteile einer betrieblichen dualen oder auch trialen Ausbildung nahe gebracht. Die Entscheidung für einen weiterführenden Bildungsgang oder für eine berufliche Ausbildung müssen die Jugendlichen selbst treffen.

Die bildungspolitische Herausforderung lautet ‚Bildungsketten aufbauen statt Warteschleifen herstellen‘. Vor allem prozessorientierte Beratungsprojekte wie die Talentschmiede, die interkulturelle Bildungsberatung oder IN-JOB sind dafür von den Bündnispartnern auf den Weg gebracht worden, um passgenaue Anschlussperspektiven mit dem Jugendlichen zu entwickeln.

Die Übergänge in Ausbildung, Studium und Beschäftigung werden ohne ‚Warteschleifen‘ gestaltet. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes ist es wichtig, die Potenziale der Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu nutzen.

Darüber hinaus werden neue Schul- und Lernformen entwickelt und erprobt. Als Beispiel kann hier das neue Schulprojekt Schule und Betrieb (SuB) an der Leif-Eriksson-Gemeinschaftsschule in Kiel-Mettenhof genannt werden. Dieses Projekt verzahnt die Bildungs- und Erziehungsziele mit dem praktischen Lernen in Betrieben. Gefördert werden sollen insbesondere die fachlichen, methodischen, persönlichen und sozialen Kompetenzen. Außerdem soll über diese Lernform die Beschäftigungs- und Ausbildungsfähigkeit erhöht werden. Kooperationspartner in diesem Projekt mit der Gemeinschaftsschule sind das Schulamt Kiel, das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft sowie die Landeshauptstadt Kiel (Regionales Übergangsmanagement).

Nach wie vor liegen Migrantinnen und Migranten beim Zugang zu Bildung und Ausbildung deutlich hinter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurück. Deshalb werden Eltern mit Migrationshintergrund über ihre Organisationen und ihrer Begegnungsstätten stärker in die Prozesse der Berufsorientierung mit einbezogen. Multiplikatoren wie die ehrenamtlichen Bildungsberaterinnen und -berater der Interkulturellen Interessensgemeinschaft Schule und Beruf der Migrationsorganisationen sind ein erster Schritt für mehr Beratungskompetenz und Transparenz des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems für Familien mit Migrationshintergrund.



4.3 Resümee

Mit der Etablierung dieses konkreten Zielsystems zum Themenbereich Übergang Schule und Beruf ist es erstmals in Kiel gelungen, eine gemeinsame Vereinbarungskultur mit großer Bereitschaft zur Selbstverpflichtung auf den Weg zu bringen.

Die Beteiligten des Kieler Arbeitsbündnisses zum Übergang Schule und Beruf bilden damit eine strategische Partnerschaft zur effektiven Bewältigung der Übergangsprozesse und zur Verbesserung der Integrationsleistung des Gesamtsystems. Dafür haben sich die Bündnispartner die vorgestellten Leitziele und Handlungsschwerpunkte gesetzt. 18 konkrete Maßnahmen, zum Teil mit weiteren Einzelmaßnahmen, wurden entwickelt und mit wirkungsorientierten Kernindikatoren unterlegt (siehe Anhang).

Auf einer jährlich stattfindenden Auswertungskonferenz werden diese von den jeweils zuständigen Protagonisten des Bündnisses präsentiert und gemeinsam ausgewertet. Die Ergebnisse werden in den folgenden Bildungsberichten dargestellt.

Die Ergebnisqualität dieser gemeinsam verantworteten Interventionen wird Einfluss nehmen auf die weitere Gestaltung von Übergängen und Bildungsbiographien in der Bildungsregion Kiel.

TEIL III: Evaluierung

Kernindikatoren zur Evaluation



5

TEIL III: Evaluierung

Kernindikatoren zur Evaluation

Um die Wirksamkeit der dargestellten Bemühungen zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf überprüfen zu können, sind konkrete Messgrößen notwendig. Die Partner des Kieler Arbeitsbündnisses einigten sich daher auf konkrete Kennzahlen und Indikatoren bei einzelnen Maßnahmen sowie auf einige zentrale Kernindikatoren. Sowohl quantitative Auswertungen (z. B. Verbleibabfrage, SGBII-Zahlen, Schulstatistiken) als auch qualitativ fundierte Beschreibungskonstrukte (z. B. Berufsorientierungscurriculum, Kooperationskalender, Begriffsbildung Ausbildungsreife) sollen helfen, Bildungsprozesse und -ergebnisse nachhaltig zu verbessern. Die Basis bilden dabei die jährlichen Schulstatistiken, die Quartalsberichte des Jobcenters und die seit 2009 durch das Regionale Übergangsmanagement der Landeshauptstadt Kiel selbst erhobenen Daten zum Verbleib der Schülerinnen und Schüler nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen.

Folgende ausgewählte Kernindikatoren sowie die dahinterstehenden Frage- und Aufgabenstellungen sollen helfen, den Erfolg des gemeinsamen Handelns zu überprüfen, weitere Handlungsbedarfe zu identifizieren sowie Lösungsstrategien weiterzuentwickeln:

- **Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss**

In den letzten drei Jahren konnte die Zahl der Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen haben, weiter gesenkt werden. Der statistische Nachweis wird hier über die jährliche Landes- und Schulstatistik geführt und abgeglichen mit den erhobenen Zahlen der jährlichen Verbleibstatistik des Regionalen Übergangsmanagements.

Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass es bei dieser Auswertung um die Zahlen der Jugendlichen geht, die keinen Hauptschulabschluss erreicht haben. Das umfasst auch die Schülerinnen und Schüler, die einen Schulabschluss auf einer Förderschule erreicht haben.⁶⁷ Insgesamt soll die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss dauerhaft auf **unter 6 Prozent** reduziert werden.

	2010	2011	2012	2013	
Ohne Hauptschulabschluss	5,53%	5,96%	4,59%	6,16%	↓

Abb. 9: Entwicklung der prozentuellen Anzahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss inkl. der Jugendlichen mit Schulabschluss auf einer Förderschule (SPL-Abschluss), Quelle: Verbleibanalyse 2013 des Regionalen Übergangsmanagement/Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

- **Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Anschlussperspektive nach den allgemeinbildenden Schulen**

Die Anzahl der Jugendlichen, die nach dem Abschluss in den allgemeinbildenden Schulen keine Anschlussperspektive benennen konnten, lag 2009 noch über 25%. Mit Hilfe der Verbleibabfrage durch das Regionale Übergangsmanagement der Landeshauptstadt Kiel und den vielen Gesprächen an den Schulen über den Leitgedanken, dass nach dem Schulabschluss auch für den weitergehenden Anschluss Verantwortung von der Schule übernommen werden müsse, konnte die Zahl der „Unversorgten“ an den Schulen bis zum Jahr 2013 bis auf 14% Prozent gesenkt werden.

⁶⁷ Dieser Abschluss heißt sonderpädagogischer Abschluss Lernen (SPL) und bedeutet, dass die Jugendlichen den Abschluss ihrer Schulform erreicht haben und somit ein positives (und auch anschlussfähiges) Ergebnis erzielt haben. Sie fallen rein statistisch in die Kategorie „ohne Hauptschulabschluss“ und sind daher in die nachstehenden Zahlen eingerechnet.

Diese zu den jeweils beginnenden Sommerferien erhobenen Daten konnten dann durch die freiwillige Mitwirkung⁶⁸ der verbliebenen Jugendlichen während der Ferienzeit mit Unterstützung der Coaches aus dem „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ auf 7,3% verringert werden.

Die Zahl der Jugendlichen ohne Anschlussperspektive sollte generell gegen Null gehen. Für das Jahr 2014 soll die Zahl der **Unversorgten zum 30.09. zunächst weiter unter 10%** bleiben.

	2010	2011	2012	2013	↓
Ohne Anschluss zum 15./30.06.	25,67%	26,21%	16,13%	13,74%	
Ohne Anschluss zum 30.09.		18,49%	11,26%	7,30%	

Abb. 10: Entwicklung des prozentualen Anteils der Jugendlichen ohne Anschlussperspektive nach der Schule zum jeweiligen Stichtag, Quelle: Verbleibanalyse 2013, Regionales Übergangsmanagement / Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

- **Erhöhung der Zahl der direkten Übergänge von der Schule (Sek. I) in Ausbildung**

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die nach der Schule in eine Ausbildung gehen, hat sich durch gemeinsame Anstrengungen von der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Projekt Talentschmiede von 6% im Jahre 2010 auf 18% in 2012 verdreifacht. Allerdings hat sich gleichzeitig der jährliche prozentuale Anteil der Realschülerinnen und Realschüler, die direkt in die Ausbildung gehen, verringert, so dass die direkte Übergangsquote in den letzten Jahren nur leicht gestiegen ist.

Doch diese Tendenz soll noch weiter gesteigert werden. Als Ziel für das Jahr **2014 sollen 30% direkter Übergänge** von der Schule in den Beruf erreicht werden. Evaluiert werden sollen diese Zahlen auf der Grundlage von Erhebungen des Regionalen Übergangsmanagements, des Projektes Talentschmiede, sowie den Statistiken von der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Kiel.

	2010	2011	2012	2013	↑
Duale Ausbildung	20,62%	16,74%	20,63%	21,01%	

Abb. 11: Entwicklung des prozentualen Anteils der Jugendlichen (mit Haupt- und Realschulabschluss) mit direktem Übergang von der Schule in die duale Ausbildung, Quelle: Verbleibanalyse 2013, Regionales Übergangsmanagement / Bildungsbüro der Landeshauptstadt Kiel

- **Steigerung der Anschlussperspektiven für Jugendliche, die die Bildungsgänge an den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) vorzeitig beenden.**

Das Ziel für die Erfassung der Abschlussergebnisse und der Anschlussperspektiven ist es, an allen drei RBZ eine entsprechende Datenbasis zu entwickeln, damit nachfolgende Anschlussberatungen der Jugendlichen ermöglicht werden können. Mit der 2013 gestarteten Verbleibanalyse ist ein erster Schritt zur Entwicklung dieser notwendigen Datenbasis gegangen worden.

- **Qualitätsstandards in der Vorbereitung von Schülerpraktika für Lehrkräfte**

Insbesondere Praktika sind ein wesentliches Instrument der Berufsorientierung und bieten umfassende Möglichkeiten der Einblicke in die betriebliche Praxis. Gut vorbereitete Praktika durch die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen vergrößern die Chancen des Lernerfolges im Rah-

⁶⁸ Um die Jugendlichen in den Sommermonaten individuell nachbetreuen zu können, ist es notwendig, dass zuvor über die Schulen entsprechende Einverständniserklärungen und Datenfreigaben eingeholt werden. Dieses Engagement der Kieler Schulen ist unterschiedlich stark ausgeprägt, was bedeutet, dass diese Zahlen nur die Jugendlichen erfassen, denen Unterstützung angeboten werden konnte.

men des Berufsorientierungsprozesses. Unter dem Titel: „Erwartungen von Betrieben an Praktika“ werden die Industrie- und Handelskammer zu Kiel, die Kreishandwerkerschaft Kiel und der Unternehmensverband Kiel mindestens zwei Veranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer durchführen. Weitere Veranstaltungen sind bei Bedarf möglich. Für die Zukunft sollen auf der Basis dieser Veranstaltungen und der damit thematisierten Qualitätsstandards überprüfbare Indikatoren entwickelt werden.

Alle diese Indikatoren werden in **jährlichen Auswertungskonferenzen** überprüft und in den folgenden Bildungsberichten veröffentlicht. Auf dieser Grundlage sollen innovative Strategien und Lösungsansätze in Hinblick auf gelingende Übergänge weiterentwickelt werden. Durch die Einbindung dieser Arbeiten in den Gesamtprozess der Bildungsregion Kiel wird der Ansatz der Bildungsketten weiterverfolgt und Glied für Glied verbunden werden.

Desweiteren wird darauf geachtet, dass die Handlungsschwerpunkte und ausgewählten Kernindikatoren ihre Entsprechung im bereits bestehenden „Integrierten Stadtentwicklungskonzept Kiel“ (INSEKK) und den kleinteiligeren Sozialraumberichten der Landeshauptstadt Kiel finden. So sind beispielsweise einzelne Schwerpunkte des Arbeitsbündnisses im INSEKK unter dem strategischen Ziel der kinderfreundlichen Stadt, Unterpunkte Handlungsschwerpunkt „Bildung/Schule“ sowie „Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche“⁶⁹ zu finden. Die im „Sozialraumbericht 2011 Gaarden“ im Baustein 5 aufgeführten Überlegungen zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf sind bereits weitestgehend durch die Akteure des Arbeitsbündnisses umgesetzt worden.⁷⁰ Die Berührungspunkte zu diesen Stadtentwicklungs- und Sozialraumplanungen werden auch zukünftig berücksichtigt, damit das Bildungsmanagement und -monitoring nicht parallel, sondern integrativ arbeitet und weiterentwickelt wird.

69 Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2011): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Kiel, S. 45

70 Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2011): Sozialraumbericht 2011. Gaarden, S. 77

Fazit und Ausblick



6

Fazit und Ausblick

Dieser Bildungsbericht gibt Auskunft über die Probleme Jugendlicher und junger Erwachsener am Übergang Schule – Beruf und die Folgen für ihre Lebensplanung. Nach wie vor stellt der Schritt von der Schule in die berufliche Anschlussperspektive einen großen Schritt in das Erwachsenenalter dar, den viele nicht ohne Unterstützung oder Umwege bewältigen. Für manche bleibt dieser Weg auch mehr oder weniger verschlossen, denn ohne qualifizierende Ausbildung ist der Weg in Langzeitarbeitslosigkeit und dauernde Alimentation durch den Staat vorgezeichnet.

Seit mindestens 10 Jahren wird dieses Thema in Deutschland ausgiebig und intensiv diskutiert. Forschungsprojekte und operative Projektvorhaben werden sowohl von EU-, Bundes- als auch Landesebene durchgeführt mit dem Ziel, Transparenz in die Übergangsproblematik Schule und Beruf zu bringen und vor allem strukturelle Lösungen für effektivere Übergänge in die Arbeitswelt zu entwickeln. Das gleiche Ziel verfolgen auch bundesweite Verbände (z.B. Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeiterwohlfahrt) und bundesweite Netzwerke (z.B. Weinheimer Initiative, Bundesnetzwerk Schule – Ausbildung) oder Forschungsinstitute (z.B. Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut Arbeit und Technik, Deutsches Jugendinstitut) und Stiftungen (z.B. Bertelsmann Stiftung, Freudenberg-Stiftung). Sie alle erkennen die Probleme und sprechen eindeutig von dem großen Handlungsbedarf, systematische Lösungen im Sinne der Jugendlichen zu entwickeln. Auch der Bundesbildungsbericht spiegelt von Jahr zu Jahr immer wieder die besorgniserregende Situation an den Übergängen wider.

Stadtrat Möller, Dezernent für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport der Landeshauptstadt Kiel hat auf der Jahresversammlung der Weinheimer Initiative in Freiburg 2013 mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Probleme der häufig nicht gelingenden Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt längst bekannt sind und stellt die Frage, warum so viel Geld für Forschungen und befristete Projekte ausgegeben wird, wenn die Ergebnisse all dieser Arbeiten, die Rahmenbedingungen für die Akteure vor Ort neu zu gestalten, nicht systematisch in föderativer Politik als bildungspolitische Interventionen aufgenommen werden.

Die Landeshauptstadt Kiel gibt sich schon lange nicht mehr mit Defizitbeschreibungen am Übergang Schule und Beruf zufrieden, sondern bewirkt im Sinne der Daseinsvorsorge mit allen wichtigen Akteuren in gemeinsamer Verantwortungsübernahme sukzessive Erfolge auf der lokalen Ebene. Im Zusammenwirken mit den relevanten Akteuren im Übergang Schule und Beruf hat das Regionale Übergangsmanagement dabei zu mehr Transparenz des lokalen Übergangsgeschehens und zu verbesserten Abstimmungsprozessen zwischen den Beteiligten geführt.

Zusammenfassend sollen an dieser Stelle ein paar wesentliche Grundlagenarbeiten hervorgehoben werden, die diesen Prozess vorangetrieben haben:

- bessere Datenlage über Übergangsverläufe von Jugendlichen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen,
- Bestandsaufnahme und Beschreibung lokaler Angebotsstrukturen, sowie Handreichungen und Übersichten zum besseren Verständnis des Bildungssystems und seiner Möglichkeiten,
- zusätzliche Angebote für wichtige unversorgte Zielgruppen von Schülerinnen und Schülern auf der Basis des erhobenen Datenmonitorings und der festgestellten Lücken an Unterstützungsangeboten,
- Einbindung von Multiplikatoren der Migrant*innenorganisationen in die Berufsorientierung und Berufswahl von Kindern mit Migrationshintergrund.

Das neu gegründete „Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf“ ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft im Sinne der Bildungsregion Kiel.

„Das Kieler Arbeitsbündnis Schule und Beruf ist denn auch die konsequente Fortsetzung der lokal gesammelten Erfahrungen“⁷¹, so der Geschäftsführende Vorsitzende der Agentur für Arbeit Kiel, Dr. Wolf-Dieter Schmidtke-Glamann, auf einer vielbeachteten Präsentation im „Plöner Kreis“ und auch auf der Sommerklausur 2013 der „Weinheimer Initiative“ in Weinheim. Dabei sieht er die Landeshauptstadt Kiel in der Rolle der kommunalen Koordinierung, die im Umsetzungsprozess mit einer klaren Rollenzuweisung unter Nutzung des Knowhow der strategischen Bündnispartner unterstützt wird:

- Präventionsketten als Leitvorstellung für biographiebezogene Aktivitäten (und kommunale Controlling- und Steuerungssysteme),
- Prävention vor Reparatur,
- Anschlussorientierung als übergreifende Handlungsmaxime,
- Leitbild für die Bildungsregion.

Die lokale Ebene ist der Ort, an dem die Probleme des Übergangs junger Menschen auf den Arbeitsmarkt sichtbar werden. Die Akteure vor Ort sind auf Daten und Beschreibungen von Problemlagen angewiesen. Handlungsbedarfe können nur im Kontext der Lebenslagen von Jugendlichen identifiziert werden. Eine prozessorientierte begleitende Evaluierung der Entwicklung zeichnet die erreichten Wirkungen nach. Die Abstimmung von Zielen, Aufgabenstellungen, Projekten, Organisationsweisen und Kooperationsformen steht im Mittelpunkt der kommunalen Bemühungen. Allein auf der lokalen Ebene können – auf der Grundlage von lokalen Aktionsbündnissen und mit Kenntnissen der konkreten Verhältnisse vor Ort – Entscheidungen über Prioritäten, Schrittfolgen und Ressourcenverwendung wirkungsorientiert getroffen werden.

Auf der anderen Seite kann eine kommunale Koordinierung aufgrund inhaltlicher und struktureller Beschränkungen nur begrenzte Wirkungen entfalten. Die Kommunen benötigen das Land Schleswig-Holstein als Bündnispartner, als Gestalter wichtiger Rahmenbedingungen. Das Land könnte beispielsweise für die Schulen ein verbindliches Verfahren zur Erfassung des Verbleibs der Jugendlichen nach der Schule festlegen. Ebenso könnte die Mitverantwortung für die Entwicklung einer verbindlichen Anschlussperspektive von Jugendlichen nach der Schule verankert werden.

Es sind vor allem Fragen der **gesetzlichen und systematischen Gestaltung der Übergänge** von der Schule in den Beruf berührt. Ein projektbasierender Übergangsansatz ist nicht in der Lage, die großen Systeme, die am Übergang Schule und Beruf bewegt werden müssen, nachhaltig in neue Handlungsschritte zu begleiten. Deshalb muss die Arbeit der Bündnispartner vor Ort durch eine systematische Gestaltung der Übergänge flankiert werden: Eine verlässliche Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf anstelle Aktionismus durch einen förderprogrammativen Ansatz mit punkturellen Projekten ist die Kernaussage.

In diesem Sinne ist die Zielperspektive der Koordinierung vor Ort die Grundlage für eine tragfähige Entwicklungspartnerschaft mit dem Land Schleswig-Holstein für eine Unterstützung des Übergangsgeschehens von der Schule in die Arbeitswelt.

In Kiel sind alle wesentlichen Akteure – zu Recht – begeistert von dem Engagement, der Stringenz und der Konsequenz mit der dieser wesentliche Lebensabschnitt junger Menschen begleitet und zunehmend erfolgreicher gefördert wird. Die Synergieeffekte sind greifbar und erlebbar geworden. Die Nachhaltigkeit zu sichern, weitere Partner zu begeistern und Netzwerke auf übergeordneter (Landes-)Ebene verbindlich herzustellen, sind die nächsten Meilensteine.

⁷¹ Schmidtke-Glamann, Wolf-Dieter: Das Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf, Powerpoint-Präsentation am 21.06.2013 in Weinheim (Sommerklausur der Weinheimer Initiative) und am 08.08.2013 in Meldorf (Plöner Kreis), Folie 5

TEIL III: Weitere Informationen

Exkurs: Übergang

Schule – Beruf / Studium

TEIL IV: Weitere Informationen

Exkurs: Übergang Schule – Beruf/Studium

7.1 Die Kieler Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II

Im Schuljahr 2012/2013 haben insgesamt 1.649 Kieler Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe II abgeschlossen. 26,3% von ihnen erlangten die Fachhochschulreife, 73,6% der Schülerinnen und Schüler die Allgemeine Hochschulreife. Diese Zahlen sind in den letzten drei Jahren relativ konstant.

	2010/11	2011/12	2012/13
Fachhochschulreife (allgemeinbildend)	39	48	55
Fachhochschulreife (berufsbildend)	386	373	380
Hochschulreife (allgemeinbildend)	989	819	826
Hochschulreife (berufsbildend)	420	411	388
Anzahl gesamt	1.843	1.651	1.649

Abb. 12: Entwicklung der absoluten Anzahl der Schulabgängerinnen und -gänger nach der Sek. II von allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen der Schuljahre 2010 / 11, 2011 / 12 und 2012 / 13 im Vergleich. Quelle: eigene Darstellung des Bildungsmanagements der Landeshauptstadt Kiel auf Grundlage der Kieler Schulinformation der Schuljahre 2010 / 11, 2011 / 12 und 2012 / 13.

In diesem Jahr hat das Regionale Übergangsmangement der Landeshauptstadt Kiel zum ersten Mal die abgehenden Schülerinnen und Schüler der 9. – 12. Klassen von den Gymnasien nach ihrer Anschlussperspektive befragt.

In den Klassen 9 bis 12 befanden sich im Schuljahr 2012/2013 insgesamt 3.507 Schülerinnen und Schüler in den Kieler Gymnasien. Die Ergebnisse der Verbleibabfrage zeigen, dass nur knapp 50 von ihnen in diesem Schuljahr das Gymnasium vor dem Abitur verlassen haben.

Je nach erreichtem Abschluss (Realschulabschluss oder Fachhochschulreife) fanden 98% dieser Jugendlichen eine Anschlussperspektive. Meistens handelt es sich hier um eine duale Ausbildung, selten um das FSJ oder das Berufliche Gymnasium am RBZ⁷².

Es gibt zusätzlich einen Anteil von Jugendlichen, die das Gymnasium für ein anderes Fächerprofil (z. B. naturwissenschaftlichen Schwerpunkt) wechseln. Sie führen damit aber den schulischen Weg an einem anderen Ort fort und werden somit nicht als „Abgänger“ erfasst.

Es ist wünschenswert, dass zukünftig auch der Verbleib der Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Sekundarstufe II erfasst werden kann, um bei den Informations- und Beratungsangeboten der Schulen, der Hochschulen, der Betriebe und anderer Akteure gegebenenfalls Weiterentwicklungen anstoßen zu können.

7.2 Angebote Berufs- und Studienorientierung in der gymnasialen Oberstufe

Die Unterstützung der Berufs- und Studienorientierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen findet auch in der Sekundarstufe II statt. Nach Ausführungen des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein gibt es folgende verbindliche Zielvorgaben⁷³:

⁷² Ergebnisse der Erhebung 2013 des Bildungsbüros/Regionales Übergangsmangement der Landeshauptstadt Kiel.

⁷³ Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2008): Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien und der Oberstufe der Gesamt- / Gemeinschaftsschulen (Konzeption für G8; für den 9-jährigen Bildungsgang entsprechende Verwendung), S. 4

„Am Ende der Sekundarstufe II kennen die Schülerinnen und Schüler

- die Leistungsanforderungen in den für sie relevanten Studiengängen bzw. Berufsfeldern,
- die Zusammenhänge von ökonomischen, ökologischen, technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen für den Wandel der Arbeitswelt.

Die Schülerinnen und Schüler können

- ihre individuellen Kompetenzen im Vergleich mit den Anforderungen der Berufswelt realistisch einschätzen und die eigene Leistungsbereitschaft kritisch bewerten sowie Konsequenzen für die Berufs- und Studienwahl ziehen und die entsprechende Ziele planen und realisieren,
- Informationen zu Entwicklungen in der Berufswelt auswerten, Verantwortung für den eigenen Lern- und Arbeitsprozess übernehmen und das eigene lebensbegleitende Lernen organisieren.“

Um diese Ziele zu erreichen, sollen die Schulen interne Curricula erarbeiten, den Berufswahlpass einsetzen, einen schulischen Ansprechpartner für die Berufsorientierung benennen sowie ein Betriebs- und ein Wirtschaftspraktikum durchführen. Außerdem werden pro Jahrgang 2–3 Unterrichtsstage für die Berufsorientierung „zur Verfügung“ gestellt. Neben diesen schulischen Aktivitäten gibt es auch im Bereich der Sekundarstufe II verschiedene Orientierungs- und Beratungsaktivitäten von externen Akteuren.

Angebote der verschiedenen Hochschulen

Alle drei Hochschulen in Kiel (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Fachhochschule Kiel sowie Muthesius Kunsthochschule) bieten für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe verschiedene Informations-, Orientierungs- und Schnupperangebote an.

Universität und Fachhochschule haben zudem zentrale Studienberatungen, die individuell beraten. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel läuft außerdem das „Projekt erfolgreiches Lehren und Lernen“ (PerLe), welches von 2012 bis 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Das Ziel des Projekts ist es, Studierende zu einem für sie passenden Studium zu verhelfen und sie darin so zu begleiten, dass sie es zügig und erfolgreich abschließen können. Durch mehrere aufeinander abgestimmte Maßnahmen und Teilprojekte sollen die Studienerfolgsquoten und die Studienzufriedenheit gesteigert werden. Die fünf Teilprojekte umfassen den Bereich der Vorstudienberatung und die Entscheidungsfindungsphase von Schülerinnen und Schülern, die Orientierungsphase zu Studienbeginn sowie die effiziente Begleitung der Schul- und Berufspraktika. Diese bei der Zielgruppe der Studierenden ansetzenden Maßnahmen werden durch übergreifende Innovationen bei der Qualitätsentwicklung in der Lehre und in der Hochschuldidaktik ergänzt.⁷⁴

Stipendiatenprogramm „Studienkompass“

Ein weiteres Angebot zur Unterstützung beim Weg ins Studium bietet der „Studienkompass“, der auch in Kiel erfolgreich arbeitet. Es haben sich bereits Schülerinnen und Schüler von 14 Kieler Schulen für dieses Programm beworben. Der Studienkompass unterstützt und fördert Schülerinnen und Schüler insgesamt drei Jahre: zwei Jahre vor dem Abitur und ein Jahr bis zum Ende des ersten Studienjahres. Die Jugendlichen werden in ihrer Entscheidungsfindung, Studien- und Berufsorientierung, dem Identifizieren von eigenen Stärken und Schwächen unterstützt und bei Fragen rund um das Studium beraten.

Das Studienkompass- Programm richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, die sich in einer familiären Lage befinden, in der die Aufnahme eines Studiums nicht selbstverständlich ist.

⁷⁴ Weitergehende Informationen unter www.perle.uni-kiel.de



Die Erfahrung zeigt, dass Jugendliche aus nicht-akademischen Familien seltener ein Studium beginnen. Gerade die Potentiale dieser Jugendliche sollen mittels des Programms erkannt und ausgeschöpft werden.⁷⁵

Angebote der Initiative „Arbeiterkind.de“

Auch die bundesweit tätige Initiative Arbeiterkind.de ist in Kiel aktiv und bietet Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden, die als erste in ihrer Familie einen akademischen Abschluss anstreben, verschiedenste Unterstützungsangebote von Mentorinnen und Mentoren über Beratungsangebote zu Stipendien, Stammtischen u.v.m.⁷⁶

„Berufsinformationszentrum“ der Agentur für Arbeit

Das bereits vorgestellte Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit ist für Schülerinnen und Schüler eine weitere Anlaufstelle, um sich über Berufs- und Studienmöglichkeiten zu informieren und sich in der Berufs- und Studienwahl zu orientieren. Hier kann auch nach passenden Studienplätzen oder Ausbildungsplätzen gesucht werden. Das Berufsinformationszentrum ist auch mobil für Schülerinnen und Schüler zu finden, beispielsweise in Schulen oder auf Berufswahlmessen. Zusätzliche Angebote sind Workshops und Veranstaltungen beispielsweise zu den Themen Beruf, Berufswahl, Bewerbung und Studium im Ausland.⁷⁷

75 Weitergehende Informationen unter www.studienkompass.de

76 Weitergehende Informationen unter www.arbeiterkind.de

77 Weitergehende Informationen unter www.arbeitsagentur.de

Anhang

8

Anhang

8.1 Aktionspapier des Kieler Arbeitsbündnisses zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf sowie die Maßnahmenübersicht zu den drei Leitzielen



Landes-
hauptstadt Kiel



Schulamt
Landeshauptstadt Kiel

Aktionspapier des Kieler Arbeitsbündnisses zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf

Entwurf, Stand: August 2013

Präambel

Im Rahmen der Gestaltung der Bildungsregion Kiel ist der gelungene Übergang zwischen Schule und Beruf ein zentrales Aufgabenfeld für die kommunale Verantwortungsgemeinschaft.

Es gilt, den Übergang Schule – Beruf als ein Element der Organisation von Präventionsketten sowie als zentralen Baustein für eine präventive Arbeitsmarktpolitik und die Sicherung von Fachkräften am Wirtschaftsstandort Kiel aktiv zu gestalten. Neben diesen wirtschaftspolitischen Aspekten bildet der sozialpolitische Aspekt der Teilhabe und Inklusion sowie das bildungspolitische Ziel, jeder/jedem die Gestaltungsfähigkeit eines aktiven und selbstbestimmten Lebens zu ermöglichen, die Grundlage des gemeinsamen Engagements für die Bildungsregion Kiel.

Mit der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung verpflichten sich die Akteure ein Arbeitsbündnis zum Aufbau eines koordinierten Gesamtsystems des Übergangs Schule – Beruf weiterzuentwickeln. Die aufgeführten Ziele werden mit gemeinsamen Kräften verfolgt und die Akteure werden sich an den Ergebnissen messen lassen.

Initiiert von der Landeshauptstadt Kiel, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter Kiel und dem Schulamt ist zu wünschen, den Kreis um weitere Partner im Sinne einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft stetig zu erweitern.

Die Bündnispartner verständigen sich auf drei Leitziele sowie Maßnahmen zur Umsetzung. Zur zukünftigen Überprüfung, ob die gewünschten Ergebnisse erreicht worden sind, wurden Indikatoren festgelegt, die jährlich erhoben werden.

Eine Übersicht über die vereinbarten Maßnahmen zur Operationalisierung der Ziele ist als Anlage beigefügt.

Ziele

Leitziel 1: Jede Jugendliche und jeder Jugendliche ist ausbildungsreif.

Ausgehend von den Stärken und Talenten wird mit jeder Jugendlichen, mit jedem Jugendlichen eine individuelle Berufswegplanung entwickelt mit dem Ziel einer Integration in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt.

Ansatz der Maßnahmen:

Zur Umsetzung dieses Ziel wird die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren (u. a. Schulamt, Schule, Schulsozialarbeit, RÜM, Migrationsdienste, Berufseinstiegsbegleiter, Eltern) intensiviert und die Berufsorientierung an den Kieler Schulen durch verbindliche Verfahren gestärkt. Ein einheitliches Berufsorientierungscurriculum ab Klasse 7 wird angestrebt. Desweiteren werden im Dialog zwischen Schule und Wirtschaft die Anforderungen an die Ausbildungsreife in einer gemeinsamen Checkliste konkretisiert.

Kernindikator:

- Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss
→ Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss soll dauerhaft unter sechs Prozent liegen⁷⁸.

Leitziel 2: Kein Abschluss ohne Anschluss.

Kein/e Jugendliche/r ist ohne Anschluss nach dem Schulabschluss. Alle haben eine passgenaue Anschlussperspektive und die Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Handelns.

Ansatz der Maßnahmen:

Um die Berufsorientierung zu unterstützen, wird das Praktikum in Zusammenarbeit mit den Kammern und weiteren Netzwerkpartnern zielgerichtet als Berufswahlinstrument genutzt. Darüber hinaus wird die Beratung und Begleitung aller Jugendlichen und ihrer Eltern ab Klasse 8 intensiviert. Jugendliche, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, werden im Abschlussjahr gezielt zu „Perspektivgesprächen“ eingeladen. Alle Jugendlichen, die sechs Monate vor Schulabschluss noch keine Anschlussperspektive haben, werden durch die verschiedenen Netzwerkpartner aktiv unterstützt. Diese verstärkten Handlungs- und Vermittlungsaktivitäten sind durch Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulen und der Berufsberatung aufeinander abgestimmt.

Kernindikator:

- Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Anschlussperspektive
→ Die Zahl dieser unversorgten Schülerinnen und Schüler soll von zuletzt 16% auf unter 10% gesenkt werden.

⁷⁸ Inklusive der Schülerinnen und Schüler mit Förderabschluss.

Leitziel 3: Ausbildung hat Vorrang.

Die Übergänge in Ausbildung, Studium und Beschäftigung werden ohne „Warteschleifen“ gestaltet. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kiel ist es wichtig, die Potenziale der Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu nutzen.

Ansatz der Maßnahmen:

Die Transparenz der Informationen über die verschiedenen Ausbildungsangebote wird erhöht. Multiplikatoren sowie Eltern und Migrantenorganisationen werden aktiviert und fortgebildet. Durch zielgruppenorientierte Bausteine werden die Angebotsstrukturen verbessert und die Anzahl der passgenauen Anschlüsse gesteigert.

Kernindikatoren:

- Erhöhung der Zahl der direkten Übergänge in Ausbildung nach der Sek. I
→ Die Zahl der direkten Übergänge soll von knapp 21% auf 30% gesteigert werden.
- Neu zu entwickelnder Indikator: Steigerung der Anschlussperspektiven für Jugendliche, die die Bildungsgänge an den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) vorzeitig beenden.
→ Ziel ist die Entwicklung einer entsprechenden Datengrundlage für alle drei RBZs.
- Qualitätsstandards in der Vorbereitung von Schülerpraktika
→ Ziel ist die Entwicklung von Qualitätsstandards und entsprechenden Indikatoren. Als Grundlage dafür werden die IHK Kiel, die Kreishandwerkerschaft Kiel und der Unternehmensverband Kiel jährlich mindestens zwei Veranstaltungen unter dem Titel „Erwartungen von Betrieben an Praktika“ für Lehrerinnen und Lehrer durchführen.

Zukünftige Arbeitsweise des Bündnisses

- 1) Auswertungskonferenz (jährlich)
- 2) Ergebnisberichterstattung (halbjährlich, zunächst November 2013)
- 3) Weitere Treffen/Abstimmung themenspezifisch

Die Koordination des weiteren Prozesses übernimmt das Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen der Landeshauptstadt Kiel. Die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen erfolgt in enger Abstimmung der jeweiligen Akteure.

Unterzeichner

- Adolf-Martin Möller, Dezernent für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport der Landeshauptstadt Kiel
- Michael Stremlau, Geschäftsführer des Jobcenter Kiel
- Dr. Wolf-Dieter Schmidtke-Glamann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Kiel
- Barbara Weber, Schulrätin im Schulamt Kiel
- Ingo Scheuse, Geschäftsführer des Unternehmensverband Kiel
- Hans Joachim Beckers, Leiter der Aus- und Weiterbildung der IHK zu Kiel
- Ebba Brettschneider, Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft Kiel

Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule - Beruf

Stand: 13.06.2013

<p>Leitziel: I</p> <p>Jede Jugendliche und jeder Jugendliche ist ausbildungsfähig.</p> <p>Handlungsziel: Ausgehend von den Stärken und Talenten wird mit jeder Jugendlichen, jedem Jugendlichen eine individuelle Berufs- und Lebensplanung entwickelt mit dem Ziel einer Integration in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt.</p>						
Maßnahmen	Umsetzung durch	Zeithorizont	Ziele	Indikatoren	Kooperationspartner	Erfolge
<ul style="list-style-type: none"> Berufsorientierungscurriculum Kiel entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> Schulamt, Berufsorientierungsbeauftragter, Sek I Schulen 		<ul style="list-style-type: none"> Handlungssicherheit bei den beteiligten Schulen herstellen, Mindeststandards mit verbindlichen Verfahrensschritten und Zuständigkeiten festlegen, In der lokalen Verantwortungsgemeinschaft die Leistungen der einzelnen Partner sowie die Schnittmengen erkennen und Unterstützung realisieren 	<ul style="list-style-type: none"> Eine Rahmenvereinbarung liegt vor, nach der alle Sek I Schulen arbeiten, Kooperationskalender jeder einzelnen Schule ist entstanden 	<ul style="list-style-type: none"> Bildungsministerium, BB, BO-Leitkräfte der Schulen 	
<ul style="list-style-type: none"> Qualitätssicherung durch Kennzahlenanalyse ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> Schulamt, RÜM, Sek I Schulen 		<ul style="list-style-type: none"> Überprüfen und ggf. korrigieren der Erfolge der schulischen Vorgehensweisen 	<ul style="list-style-type: none"> Verringerung der unversorgten Abgangsschülerinnen und -schüler, Erhöhung der Zahl der Übergänge in ungeforderte Maßnahmen (Ausbildung, schul. Weiterqualifizierung) Erhöhung der Zahl SchüSch mit Abschluss 	<ul style="list-style-type: none"> RÜM 	<ul style="list-style-type: none"> Verringerung der unversorgten Abgangsschülerinnen und -schüler, Erhöhung der Zahl der Übergänge in ungeforderte Maßnahmen (Ausbildung, schul. Weiterqualifizierung), Erhöhung der Zahl SchüSch mit Abschluss
<ul style="list-style-type: none"> Begriffsbildung Ausbildungsreife 	<ul style="list-style-type: none"> Schulamt, Berufsorientierungsbeauftragter, Sek I Schulen 		<ul style="list-style-type: none"> Klärung der Vorstellung und Erwartungen an die fachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen der Jugendlichen, Annäherung der Sichtweisen bzw. Sichtweisenverweiterung, zielführende Vorbereitung in Schule und aufnehmenden Betrieben 	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsame Checkliste 	<ul style="list-style-type: none"> BB, IHK, KHW 	<ul style="list-style-type: none"> Veränderung der Anzahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsreife bei der BB
<ul style="list-style-type: none"> Individualisierte Berufswegeplanung 	<ul style="list-style-type: none"> Schulamt, Berufsorientierungsbeauftragter, Sek I Schulen 		<ul style="list-style-type: none"> Überprüfen der vorhandenen Elemente Praktikum, Kompetenzfeststellungsverfahren, Berufswahlpass in Hinblick auf die Möglichkeit, Entwicklung von Ausbildungsreife sowie passgenauere Übergänge 	<ul style="list-style-type: none"> Verringerung der unversorgten Abgangsschülerinnen und -schüler, Verhindern von späteren Abbrüchen, Risikogruppen sind identifiziert und erhalten spezielle Unterstützungsangebote 	<ul style="list-style-type: none"> Netzwerkpartner Schulsozialarbeit, Jugendamt, Migrationsdienste, Handlungskonzepte Coaches, Berufseinstiegsbegleiter, Eltern 	<ul style="list-style-type: none"> Siehe oben

Ab Schuljahr 2012/13

Abkürzungen: BB: Berufsberatung, BO: Berufsorientierung, IHK: Industrie- und Handelskammer, KHW: Kreishandwerkerschaft, RÜM: Regionales Übergangsmanagement, Sek: Sekundarstufe, SchüSch: SchülerInnen und Schüler



Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule - Beruf

Kein Abschluss ohne Anschluss.					
Handlungsziel: Keine Jugendliche, kein Jugendlicher ist ohne Anschluss nach dem Schulabschluss. Alle haben eine passende Anschlussperspektive und die Jugendlichen stehen im Mittelpunkt des Handelns.					
Leitziel: II	Maßnahmen	Umsetzung durch	Zeithorizont	Ziele	Indikatoren
<ul style="list-style-type: none"> Berufsorientierung (BO) 	<ul style="list-style-type: none"> Kooperationsvereinbarung zw. Schule und Berufsberatung, Konkrete Absprache zw. BO-Lehrkraft /Klassenlehrer/-in und Berufsberater/-in 	<ul style="list-style-type: none"> Ab Klasse 8 	<ul style="list-style-type: none"> Aktive Berufswahlverhalten wecken, Informationsquellen rechtzeitig vorstellen und nutzbar machen, Spezielle Info-Angebot wie BIZ-Besuch und Planet Beruf i.d.R. vor dem Praktikum, Einzelgespräche mit jedem/jeder Jugendlichen, Eltern, Berufsberatung, Lehrkräften und ggf. Dritten, Gezielte Anmeldung zur Potenzialanalyse und Kompetenzfeststellung, AC für eingestufte Hauptschüler/-innen, Klassenlehrer/-in gibt leistungsgerechte Empfehlungen nur bei den Schüler/-innen, die das Potenzial für die weiterführenden Schulen haben, Ausführliche Vorbereitung des Praktikums zur bewussten Nutzung im Rahmen der BO und Berufswegplanung. Aktive Begleitung durch die Lehrkraft, Klassenlehrer/-in stellt aktuellen Stand der unversorgten Schüler/-innen ohne Anschlussperspektive fest Klassenlehrer/-in und Berufsberater/-in stellen Handlungsbedarfe für die noch unversorgten Schüler/-innen fest, Berufsberater/-in organisiert zusätzliche Vermittlungsaktivitäten der AA + JC für die unversorgten Jugendl. mit Ausbildungsreife 	<ul style="list-style-type: none"> Anzahl der Berufsorientierungsaktivitäten an den Schulen in den 8. Klassen, Anzahl der Berufsorientierungsaktivitäten an den Schulen, Bestandsanalyse der Schulen, Anzahl der Schüler/-innen zu Beginn der Abschlussklasse, Bilanz zum 30.09./Anzahl der unversorgten Bewerber/-Innen, Verbleibanalyse RUM 	<ul style="list-style-type: none"> Schulen, Berufsberatung, Jobcenter, Kammern, Arbeitgeber Stadt, Netzwerkpartner
<ul style="list-style-type: none"> frühzeitiges Beratungsangebot nach Berufsorientierung für alle SchülerInnen/ Schüler und Eltern zur Berufswegplanung Praktikum als bewusstes Berufswahlinstrument 	<ul style="list-style-type: none"> Kooperationsvereinbarung zw. Schule und Berufsberatung, Konkrete Absprache zw. BO-Lehrkraft /Klassenlehrer/-in und Berufsberater/-in 	<ul style="list-style-type: none"> Ab Klasse 8 	<ul style="list-style-type: none"> Ab Klasse 8 	<ul style="list-style-type: none"> 90% positive Übergänge im Sek I-Bereich, 100% Verbleibklärung der An-schlüsse von abgehenden Schüler/-innen 	<ul style="list-style-type: none"> Schulen, Berufsberatung, Jobcenter, Kammern, Arbeitgeber Stadt, Netzwerkpartner
<ul style="list-style-type: none"> Verstärkte Handlungs-/Vermittlungsaktivitäten für unversorgte Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> Das Schülerteam im Jobcenter für Jugendliche hat sich auf die zu betreuende Personengruppe spezialisiert, es arbeitet in einer Netzwerkstruktur, welche für alle relevanten Beratung, Hilfen und Lösungen ermöglicht. 	<ul style="list-style-type: none"> Halbes Jahr vor Schulentlassung 	<ul style="list-style-type: none"> Ziel ist die Erfassung aller Schulabgänger/-innen eines Jahrganges und die Versorgung dieser mit einer beruflichen Perspektive. Dabei werden die Prioritäten auf eine berufliche Ausbildung gelegt. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Messbarkeit wird durch eine ausführliche Dokumentation festgehalten. Erwartet wird, dem kommunalen bildungspolitischen Leitgedanken zu folgen, dass „Jeder Abschluss mit einer Anschlussperspektive“ verbunden sein muss. 	<ul style="list-style-type: none"> Schulen, Berufsberatung, Jobcenter, Kammern, Arbeitgeber Stadt, Netzwerkpartner
<ul style="list-style-type: none"> Zu Beginn eines jeden Schuljahres werden im Jobcenter für Jugendliche Kiel rund 1600 Schüler/-innen erfasst die auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, Aus dieser Gruppe werden die potentiellen Schulabgänger/-innen des laufenden Schuljahres ermittelt und verbindlich zu „Perspektivgesprächen“ eingeladen. 	<ul style="list-style-type: none"> Grundsätzlich wird die Arbeit auf diesem Handlungsfeld jährlich am 30.09. eines jeden Jahres ausgewertet. Über das Jahr sind Arbeitsschwerpunkte terminlich fixiert: Erfassung aller Schulabgänger/-innen bis 31.12. Ersitzgespräch mit allen Schulabgänger/-innen der Sekundarstufe 1 bis 28.02. Ersitzgespräch mit den Schulabgänger/-innen von Gymnasien und Fachgymnasien bis 31.03. Weiterführende perspektivische Beratung und Herstellung eines sicheren Anschlusses fortlaufend, auch über den 30.09. eines jeden Jahres hinaus 	<ul style="list-style-type: none"> Ab Klasse 8 	<ul style="list-style-type: none"> Ziel ist die Erfassung aller Schulabgänger/-innen eines Jahrganges und die Versorgung dieser mit einer beruflichen Perspektive. Dabei werden die Prioritäten auf eine berufliche Ausbildung gelegt. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Messbarkeit wird durch eine ausführliche Dokumentation festgehalten. Erwartet wird, dem kommunalen bildungspolitischen Leitgedanken zu folgen, dass „Jeder Abschluss mit einer Anschlussperspektive“ verbunden sein muss. 	<ul style="list-style-type: none"> Schulen, Berufsberatung, Jobcenter, Kammern, Arbeitgeber Stadt, Netzwerkpartner

Maßnahmen	Umsetzung durch	Zeithorizont	Ziele	Indikatoren	Kooperationspartner	Erfolge
<ul style="list-style-type: none"> Einzelfallbezogene Unterstützung der Schulen bei der Suche nach passgenauen Praktikumsstellen. 	<ul style="list-style-type: none"> Ansprechpartner/-innen werden von der IHK, der Kreishandwerkerschaft und dem Unternehmensverband benannt 		<ul style="list-style-type: none"> Berufberater/-in organisiert zusätzliche Vermittlungsaktivitäten der AA + JC für die unversorgten Jugendlichen mit Ausbildungsreife. Einzelfallbezogene Unterstützung der Schulen bei der Suche nach passgenauen Praktikumsstellen 	<ul style="list-style-type: none"> Die zuvor getätigten Eigenbemühungen der Schüler/des Schülers sollten benannt werden 		
<ul style="list-style-type: none"> Lehrseminare zur Unterstützung der passgenauen Vermittlung in Praktika 	<ul style="list-style-type: none"> IHK in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und dem Unternehmensverband 		<ul style="list-style-type: none"> Angebot von Lehrer/-innenseminaren, in denen zur Unterstützung der passgenauen Vermittlung in Praktika Kenntnisse über die Anforderungen in den Betrieben sowie das Bewerbungsverfahren für Praktika vermittelt werden 			
<ul style="list-style-type: none"> Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss sollen eine Chance auf Ausbildung erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> IHK in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und dem Unternehmensverband 		<ul style="list-style-type: none"> Auch Bewerber/-innen mit einem Hauptschulabschluss sollen eine Chance auf Ausbildung erhalten 			

Abkürzungen: AA: Agentur für Arbeit, AC: Assessment Center, BIZ: Berufsinformationszentrum, BO: Berufsorientierung, JC: Jobcenter, RÜM: Regionales Übergangsmanagement, Sek.: Sekundarstufe



Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule - Beruf

Ausbildung hat Vorrang.						
Handlungsziel: Die Übergänge in Ausbildung, Studium und Beschäftigung werden ohne "Warteschleifen" gestaltet. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kiel ist es wichtig, die Potenziale der Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu nutzen.						
Maßnahmen	Umsetzung durch	Zeithorizont	Ziele	Indikatoren	Kooperationspartner	Erfolge
<ul style="list-style-type: none"> • Übergangsmontoring (Transparenz) 	<ul style="list-style-type: none"> • RÜM, Bildungsbüro der LH Kiel 		<ul style="list-style-type: none"> • Datenbank mit internetbasierter Abfragemöglichkeit laufend aktualisieren • Verbleibanalysen von Sek. I, Sek II und RBZ jährlich erstellen verbunden mit einer jährlichen Auswertungskonferenz 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualität der Datenbank und der RÜM-Homepage • Jährliche Verbleibanalysen aller Schulformen der LH Kiel • Jährliche Auswertungskonferenz 	<ul style="list-style-type: none"> • Alle Schulen Sek. I, Sek. II, RBZ, • Jobcenter, Agentur für Arbeit, • Bildungsträger 	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Angebotsstrukturen durch zielgruppenorientierte Bausteine (z.B. Talentschmiede oder IN-JOB) 	<ul style="list-style-type: none"> • RÜM 		<ul style="list-style-type: none"> • Analysen (Handlungsbedarfe herausarbeiten, Lösungsansätze und -strategien vorbereiten für den Bildungsbeitrag) • Stärkung von Multiplikator/-innen an den Schulen bei Migrantenorganisationen und bei Bildungsträgern (Lehrkräfte, Pädagogen/-innen, Erzieher/-innen und Bildungsbeauftragte) durch periodische Fortbildungsveranstaltungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlagen für den Bildungsbeitrag, • Erhöhung der Teilnehmer/-innenzahlen bei der Talentschmiede auf 240, • Erhöhung der Vermittlungszahl bei der Talentschmiede auf 120, • Reduzierung der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss auf unter 6 %, • Mind. 50 % der Teilnehmer/-innen im Projekt IN-JOB erhalten passgenaue Anschlussperspektiven 	<ul style="list-style-type: none"> • Talentschmiede (JAW), • IN-JOB (Mikropartner), • Migrationsorganisationen, • Schulamt 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung/Steigerung siehe "Indikatoren"
<ul style="list-style-type: none"> • Fortbildung von Multiplikator/-innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bildungsbüro 		<ul style="list-style-type: none"> • Handlungsorientierte Schul- und Lehrformenteil mit größerem betrieblichem Praxisanteil (z.B. Flex-Klassen, Schub - Schule und Betrieb) begleiten und evaluieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der dualen Ausbildung auf 30 % der HSA, • Fortbildungsveranstaltungen regelmäßig und nach Bedarf 	<ul style="list-style-type: none"> • Schulamt, • Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen 	
<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung und Unterstützung bei neuen Lehr- und Schulformen des Übergangs 	<ul style="list-style-type: none"> • RÜM 		<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung und Steuerung von prozessorientierten Beratungsprojekten (z.B. Talentschmiede, IN-JOB) zur Verbesserung des Übergangs in Ausbildung sowie passgenauer Anschlussperspektiven 	<ul style="list-style-type: none"> • Projektsteuerung und Zielerreichung bei Zielgruppen und Schulen, Ergebniszielvereinbarung, • Aktualisierte und neue Handreichungen, Lehrmaterial 	<ul style="list-style-type: none"> • Schulamt, • Schulen, • Bildungsträger 	<ul style="list-style-type: none"> • Siehe oben
<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung von Eltern und Migrationsorganisationen 	<ul style="list-style-type: none"> • Interkulturelle Bildungsberatung der LH Kiel (XENOS) 		<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitswirksame Darstellungen und Handreichungen nachvollziehbarer Systematik der Anschluss- und Bildungsperspektiven für Multiplikator/-innen und Schüler/-innen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mindestens 1.000 Beratungen, • 3 multilinguale Elternveranstaltungen, • 6 Veranstaltungen der Interessengemeinschaft der Migrationsorganisationen 	<ul style="list-style-type: none"> • Jungendlichen-Jobcenter Kiel, • Interessengemeinschaft der Migrationsorganisationen Übergang Schule und Beruf, • Schulen und Jugendhäuser 	

Ab Schuljahr 2012/13

Abkürzungen: IN-JOB: Projektkname, JAW: Jugendaufbauwerk, RBZ: Regionales Berufsbildungszentrum, RÜM: Regionales Übergangsmangement der LH Kiel, XENOS: EU-Programm Integration und Vielfalt

8.2 Abkürzungsverzeichnis

AA	Agentur für Arbeit
abh	Ausbildungsbegleitenden Hilfen
AGH	Arbeitsgelegenheiten
ALG-II	Arbeitslosengeld-II (Grundsicherung für Arbeitssuchende)
AVJ	Ausbildungsvorbereitendes Jahr
BAB	Berufsausbildungsbeihilfe
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BEK	Berufseingangsklasse
BFS	Berufsfachschule
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIZ	Berufsinformationszentrum
BO	Berufsorientierung
BOS	Berufsoberschule
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme
Ebd	Ebdiese(r) – entsprechende Zitat-Seite
EQ	Einstiegsqualifizierung
ESF	Europäischer Sozialfonds
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
FOS	Fachoberschule
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
IHK	Industrie- und Handelskammer
JAW	Jugendaufbauwerk
JJC	Jobcenter für Jugendliche
MBA	Mittlerer Bildungsabschluss
MSO	Migrantenselbstorganisationen
PT-DLR	Projekträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt
RBZ	Regionales Berufsbildungszentrum
RÜM	Regionales Übergangsmanagement
Sek I + Sek II	Sekundarstufe I + Sekundarstufe II
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SPL	Sonderpädagogischer Abschluss Lernen
TU-Dortmund	Technische Universität Dortmund
ULD	Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz

8.3 Literaturverzeichnis

- Agentur für Arbeit (Hg.) (2013):** Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Hannover
- Analytix, Institut für quantitative Marktforschung & statistische Datenanalyse (Hg.) (2013):** Auszubildendenprojektion 2030 in den Kreisen der Industrie- und Handelskammern Kiel und Flensburg – Ergänzungsbericht, Kiel
- Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2011):** Expertenmonitor. Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung, Bonn/Gütersloh
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographischen Wandel, Bielefeld
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) (2012):** Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld
- Bildungsberatung Ost (Hg.) (2013):** Sachbericht Bildungsberatung Kiel-Ost 2012–2013, Kiel
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.) (2011):** BIBB REPORT Ausgabe 16/11. Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten, Bonn
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.) (2012):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012, Bonn
- Bündnis für den Norden.** Neue Horizonte für Schleswig-Holstein, Koalitionsvertrag 2012–2017 von SPD, Grünen und SSW, Kiel
- Bündnis für Ausbildung (2011):** Vereinbarungen 2011 zum Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein, Kiel
- Deutscher Städtetag (Hg.) (2012):** Bildung gemeinsam verantworten. Münchner Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung gemeinsam verantworten“ am 8./9. November 2012
- Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge (Hg.) (2011):** Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung kommunalen Managements am Übergang Schule – Beruf: benachteiligungssensibel – chancengerecht – inklusiv, Berlin
- Drucksache 0640 / 2013:** Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf. Kiel
- Drucksache 0852 / 2008:** Aktive Beschäftigungsförderung. Kiel
- Jobcenter Kiel (Hg.) (2013):** Arbeitsmarktprogramm 2013. Segel setzen, Horizonte schaffen. Kiel
- Kruse, Wilfried & Expertengruppe (2010):** Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe, Stuttgart
- Kruse, Wilfried (2012):** Überlegungen und Hinweise für eine Bildungsberichterstattung der Landeshauptstadt Kiel. TU Dortmund, Sozialforschungsstelle. Dortmund/Kiel
- Krüger-Charlé, Michael (2010):** Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. In: Institut Arbeit und Technik (Hg.): „Forschung Aktuell“ vom 14.10.2010, Gelsenkirchen
- Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2013):** Schul- und Bildungsangebot der Landeshauptstadt Kiel.
- Landeshauptstadt Kiel / Amt für Familie und Soziales (Hg.) (2012):** Beitrag zur Sozialberichterstattung. Quartalszahlen 2012
- Landeshauptstadt Kiel / Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen (Hg.) (2013):** Kieler Schulinformation. Die Schulstatistik der Landeshauptstadt Kiel für das Schuljahr 2012/2013, Kiel

- Landeshauptstadt Kiel / Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (Hg.) (2011):** Sozialraumbericht 2011 Gaarden.
- Landeshauptstadt Kiel / Regionales Übergangsmanagement (Hg.) (2013):** Auswertung der Verbleibstatistik-Abfrage für das Schuljahr 2012/2013. Stand 30.06.2013 und 30.09.2013
- Landeshauptstadt Kiel / Stadtplanungsamt (Hg.) (2011):** Integriertes Stadtentwicklungskonzept Kiel (INSEKK).
- Landtagsdrucksache 16/346:** Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ). Bericht der Landesregierung, Kiel
- Maak Merki, Katharina (2008):** Die Architektur einer Theorie der Schulentwicklung. In: journal für schulentwicklung 2/2008, S. 28
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2011):** Evaluierung der Umsetzung des Zukunftsprogrammes Arbeit in den Jahren 2007 bis 2010. Evaluierung des Handlungskonzepts Schule & Arbeitswelt. Anhang 1 zum Endbericht, September 2011, Kiel
- Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2008):** Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien und der Oberstufe der Gesamt-/Gemeinschaftsschulen (Konzeption für G8; für den 9-jährigen Bildungsgang entsprechende Verwendung), Kiel
- Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2013):** Landeskonzzept Berufsorientierung der Regional- und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein, Kiel
- Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2009):** Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt. Präventive und flankierende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen im Förderzeitraum 2009 bis 2011, Kiel
- Programmstelle „Lernen vor Ort“ beim PT-DLR (Hg.) (2012):** Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht?, Bonn.
- Schmidtke-Glamann, Wolf-Dieter:** Das Kieler Arbeitsbündnis zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf, Powerpoint-Präsentation am 21.06.2013 in Weinheim (Sommerklausur der Weinheimer Initiative) und am 08.08.2013 in Meldorf (Plöner Kreis)

Verzeichnis der Internetquellen, Stand 10.10.2013

- www.bertelsmann-stiftung.de
- www.schule-betrieb-sh.de
- www.berufswahlpass.de
- www.schleswig-holstein.de
- www.kiel.de
- www.kiel.de/bildungsregion
- www.kiel.de/leben/bildung/berufsbildende/index.php
- www.uebergangsmanagement-kiel.de
- www.perle.uni-kiel.de
- www.ihk-schleswig-holstein.de/bildung/ausbildung/projekte/1576886/VerA_staerkt_Auszubildende_SES_Initiative_jetzt_auch_in_Flensbu.html
- www.ausbildungsbruecke.patenmodell.de
- www.arbeiterkind.de
- www.studienkompass.de
- www.arbeitsagentur.de
- www.perspektive-berufsabschluss.de
- www.ib-sh.de
- www.landtag.ltsh.de/infothek

Pressemitteilungen und Artikel

- Bundesinstitut für Berufsbildung: Pressemitteilung 20/2013 vom 13.06.2013, Bonn
- Dräger, Jörg, in: Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung vom 20.09.2012, Gütersloh
- Dräger, Jörg, in: „Jugendliche versauern in der Warteschleife.“ Artikel in „Die Welt“ vom 19.09.2012
- „Kieler Nachrichten“ vom 22.07.2013